Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung

Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS

Band: 8 (1979)

Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 8. Jahrgang Nr. 4 April 1979 **Kiosk Fr. 1.80**

[Nr 4a = Zeitungen Nr 17/18 1979]

das konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz:

Auflage 32 000

Adressen: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30 Postfach 1351, CH-3001 Bern Tel. (031) 25 88 05

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Reaktionen auf Meienberg:
Indochina, wir und die anderen *Seite 2*

Autolobby Schweiz *Seite 3*

In Anschluss an die Bahrodiskussion:
Wer macht unsere Revolution? *Seite 5*

Hauskrach im Zürcher Filmkollektiv *Seite 8*

Ilanz I/II:
Wie Wasserkraft Profite schafft *Seite 11*

Interview mit Max Frisch:
Kunst und Politik *Seite 14*

Die Energiewirtschaft am Ende des atomaren Abenteuers?

Von Ruggero Schleicher

Die Wende von Harrisburg

Die Beinahe-Katastrophe von Three Mile Island ist ein schwerer Schlag für die Atomindustrie: sie wird sich davon nicht mehr erholen. Das Vertrauen in die Experten ist geschwunden, wirtschaftliche Überlegungen werden über kurz oder lang dem atomaren Abenteuer ein Ende setzen.

Alle Welt ist erschrocken: der einflussreiche amerikanische Senator McGovern kündigte einen Gesetzentwurf für einen *sofortigen Bewilligungsstopp* an. Morris Udall, Vorsitzender des Innenausschusses im Repräsentantenhaus, verlangt eine *grundlegende Überprüfung des Nuklearprogramms.*

In Deutschland fordern die Jusos und der Bürgerinitiativenverband die sofortige *Abschaltung aller Reaktoren.* Die Vereinigung japanischer Wissenschafter setzt sich für die *Einstellung aller Kernkraftprojekte* ein. In Schweden wird es eine Volksabstimmung geben. Bei uns schliesslich forderte *Nationalrat Euler* Am Samstag die *vorläufige Stillegung aller Atomkraftwerke.*

Doch ist es nicht nur bei verbalen Forderungen geblieben: Die Atomkraftwerke Tihange I in Belgien und Ringhals II in Schweden wurden bereits abgestellt.

Das Vertrauen in die Experten ist geschwunden

Sofort gestorben ist in Harrisburg niemand, aber die Strahlenkrebsopfer in den kommenden Jahren werden Hunderte sein – das haben erste Schätzungen ergeben.

Extrem unwahrscheinlich sei ein solcher Unfall, hatte Prof. Rasmussen noch vor wenigen Jahren beteuert. Auf seine Rechnungen hatten sich jahrelang die Sicherheitsbehörden in aller Welt gestützt. Schon vor einigen Wochen hat sich die amerikanische Aufsichtsbehörde von diesem Bericht distanzieren müssen. Nach Harrisburg sind die ausgetüftelten Risikoberechnungen erst recht nicht mehr glaubwürdig: Es ist einfach nicht möglich, bei so komplizierten, kaum erprobten Anlagen jeden technischen und menschlichen Fehler vorauszusehen. Erst kürzlich mussten fünf amerikanische Atomkraftwerke stillgelegt werden – bei der Berechnung der Erdbebenfestigkeit hatte sich ein Fehler eingeschlichen.

Der Atomstrom wird zu teuer

Besorgnis um die Sicherheit der Menschen und ihrer Nachkommen mögen der einflussreichen Atomlobby vielleicht wenig anhaben. Was sie aber zu Fall bringen wird: langsam entpuppt sich die Atomtechnik auch *finanziell als Fiasko.* Harrisburg hat auch die Topmanager geschockt:

- Die Börsenkurse der im Atomsektor engagierten Konzerne fielen um zehn Prozent.
- Zwei Atomkraftwerke wurden sofort abbestellt, eines davon war sogar schon im Bau. Seit einigen Jahren schon zeigt sich: Atomstrom wird teurer, als man dachte:
- Ständige *Pannen* führen zu beträchtlichen Produktionsausfällen.
- Immer neue *Sicherheitsauflagen* verteuern die Anlagen (in Frankreich allein in den letzten 3 Jahren um 30%).
- Das *Müllproblem* ist nach wie vor ungelöst – die Kosten sind unabsehbar.
- *Uran wird knapp* und die Preise steigen. Die Aufträge für neue Werke sind deshalb in den letzten Jahren stark zurückgegangen. In den USA wurden seit 1974 keine mehr bestellt. Viele Reaktorhersteller haben aufgegeben.

Harrisburg bringt nun das Fass zum Überlaufen. Die Stillegung des havarierten Werks wird mehrere Milliarden kosten – schon 1975 schätzte die Industrie, dass die Stillegung eines Reaktors gleich teuer kommen kann wie der Bau. Manager der verantwortlichen Elektrizitätsgesellschaft drohen heute mit einem Bankrott, falls die Strompreise nicht drastisch erhöht werden. Die auf Anweisung Carters unterbliebene Evakuation – Produktionsausfall eingerechnet – wäre ebenfalls auf einige Milliarden zu stehen gekommen.

Was nun – so fragen sich heute die Wirtschaftsbosse – wenn solche Unfälle doch nicht so selten sind?

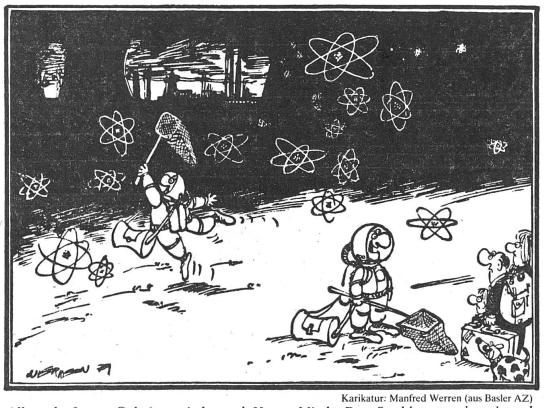
Elf Jahre dauert das kostspielige Bewilligungsverfahren heute in den USA. Die Atomindustrie hoffte eine Verkürzung durchsetzen zu können. Damit aber ist es wohl vorbei – eher sind neue Auflagen und Stillstände zu erwarten.

Auch über *Gorleben* wirft die radioaktive Wolke von Harrisburg ihre Schatten. Die Sicherheit der kaum erprobten Wiederaufbereitungstechnik, die auf den gleichen Unfallwahrscheinlichkeitsberechnungen wie Harrisburg beruht, scheint noch zweifelhafter, als sie es in letzter Zeit ohnehin schon geworden ist. Der «Stern» berichtete über eine geheimgehaltene Expertise, die 25 kritische Gutachter im Auftrag der Landesregierung erarbeitet hatten: das Urteil war vernichtend. Gerüstet mit solchen Argumenten werden die Bürgerinitiativen den Bau der Anlage womöglich verhindern. Gelingt es tatsächlich nicht, das Abfallproblem zu «lösen», so will zumindest die westdeutsche Regierung keine weiteren Atomkraftwerke erlauben.

Wie geht es weiter?

Der Unfall von Harrisburg kam gerade noch rechtzeitig: Bevor wir auf Gedeih und Verderb von der Atomindustrie abhängig sind, hat die schönfärberische Propaganda an Glanz verloren. Risiken und Kosten der Atomtechnik werden sichtbarer.

Noch ist die Sache nicht gewonnen. Nur eine starke und wachsame Bewegung kann gegen Propagandanebel und Lobbyeinfluss ankämpfen. Die Rückzugsgefechte werden hart sein, denn es geht um viel: Rieseninvestitionen sollen halbwegs amortisiert werden, und es bleibt die grosse Frage – was kommt danach?



Karikatur: Manfred Werren (aus Basler AZ)

Alles o.k., Leute. Geht jetzt wieder nach Hause. Mit der Rest-Strahlung werden wir auch noch fertig.

Aktionen der Atomkraftgegner

Zur Zeit befinden sich 6 Zürcher Atomkraftgegner im Hungerstreik

- Die *nationale Koordination der Atomkraftgegner* organisiert für *Pfingsten* einen internationalen *Demonstrationstag* gegen die Atomenergie. Dabei soll gegen die zivile wie auch gegen die militärische Nutzung der nuklearen Energie protestiert werden. Simultan sollen Demonstrationen vor verschiedenen Atomanlagen Europas und Übersee stattfinden.
- *Grossdemonstration am 12. April in Zürich auf dem Bürkliplatz*
- *Schwerpunktaktionen in Graben*
- *Aufklärungsveranstaltungen über Gorleben*
- *Demonstrationen am 1. Mai*
- *Abstimmungskampagne gegen das revidierte Atomgesetz*
- *Die Lancierung weiterer kantonaler Atomschutzinitiativen*
- *Die Vorbereitung einer neuen eidgenössischen Initiative*

Zur Diskussion stehen vier Varianten:

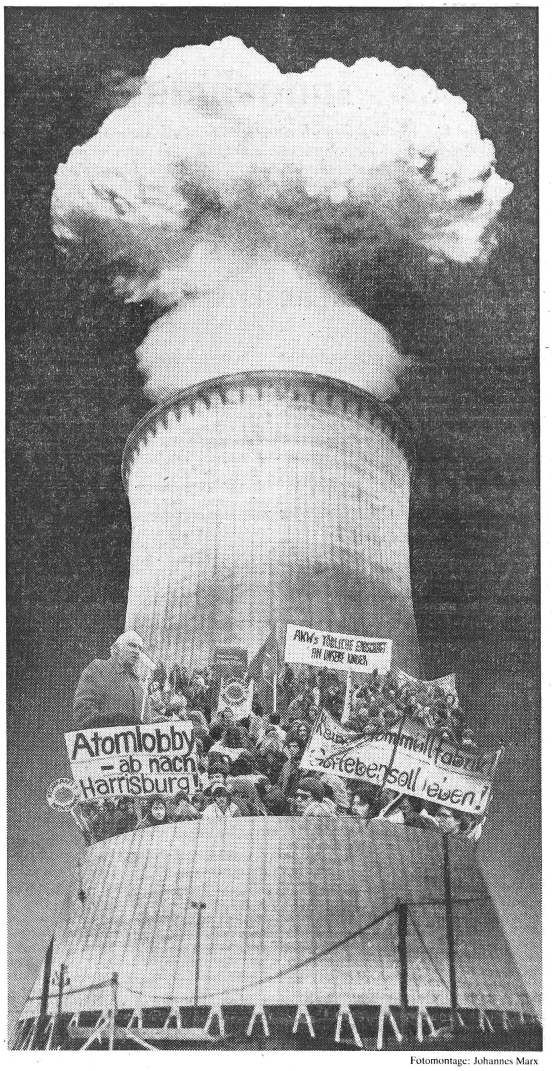
a) *Verbot und Stillegung der Atomkraftwerke*

b) *Kein weiterer Ausbau der Atomenergie*
Das heisst: Nach Leibstadt sollen keine weiteren Atomkraftwerke in Betrieb genommen werden.

c) *Baustopp und öffentliche Diskussion über die Energiepolitik*
Alle Atomanlagen bedürfen einer Konzession, welche von der Bundesversammlung erteilt wird und dem *obligatorischen Referendum* unterstellt ist.

d) *Energieartikel*
Hier sollen vor allem erneuerbare Energiequellen, namentlich Wasserkraft und Sonnenenergie, Vorrang haben. Die Atomenergie soll ersetzt werden. Neue Grundsätze zur Anwendung und zum Verbrauch von Energie sollen ins Gesetz aufgenommen werden.

Weitere Veranstaltungen werden von der «Telefonzitig», 01-242 11 12 angekündigt



Fotomontage: Johannes Marx

Der Harrisburger

Das neueste US-Export-Produkt
Verkauf und Vertrieb: «das konzept» only

Atomenergie hin oder her – *grosstechnisch* muss die Energieversorgung bleiben, wenn sie für die Grosskonzerne rentieren soll. In riesigen Solar- und Kohlekraftwerken würden die Kraftwerkhersteller ihr Know-how gerne weiter nutzen. Häuserisolationen, energiesparende Maschinen, Wärmepumpen und kleine Heizkraftwerke sind für sie weniger interessant. Der Kampf für eine umweltfreundliche, dezentrale und damit kontrollierbare Energieversorgung bleibt wichtig.

Was heisst das für die Schweiz?

Bei uns hat schon die Abstimmung vom 18. Februar eine beachtliche Kräfteverschiebung gebracht.

Ritschard wolle nach Leibstadt am liebsten *keine A-Werke mehr* bauen, meinten einige Optimisten schon vor zwei Wochen. Mit *Kohn* habe er wegen *Kaiseraugst* Krach bekommen, glaubten andere zu wissen. Ein wenig Distanz zu seinem Freund aus der Atomwirtschaft hatte Ritschard nach der Abstimmung sicher nötig. Und um den Bau geht es bei Kaiseraugst schon lange nicht mehr, da wird nur noch um Entschädigungen gepokert – mit dem neuen Atomgesetz ist das besonders lohnend. Und Kohn ist Präsident der Kaiseraugster Kraftwerksgesellschaft.

Ein *BKW-Direktor* versicherte mir hingegen schon vor der Abstimmung: «Da sind wir uns doch einig, Kaiseraugst wird nicht gebaut.»

Graben, ein BKW-Projekt, hatte dagegen als einziges noch Chancen. Jetzt nach Harrisburg aber werden die Kraftwerksherren Mühe haben, den Schweizern nach GEK-Rezept die Elektro- und Fernheizung aus Atomkraftwerken schmackhaft zu machen. Schon *Gösgen* bringt eine teure Stromschwemme. Die übrige Wirtschaft wird langsam aufmukken. Ritschard und sein Chefbeamter Kiener sind schon vorsichtiger geworden.

Graben wird deshalb wohl nicht gebaut. Die Frage ist, ob auch Leibstadt und vielleicht sogar Gösgen verhindert werden können. Die Schweizer Wirtschaft würde darunter nicht leiden. Durch ein Umschwenken auf eine umweltfreundliche, dezentralisierte Energieversorgung würden eher mehr und bessere Arbeitsplätze geschaffen. Mit ihrem Energiekonzept haben die Umweltorganisationen wichtige Vorarbeit für einen Kurswechsel geleistet. Diese Vorstellungen müssen nun durchgesetzt werden.

Die Tragweite von Harrisburg haben viele noch nicht erkannt. Euler und Hunderte von Demonstranten in verschiedenen Schweizer Städten haben zu Recht die vorläufige Stillegung aller A-Werke gefordert – viele andere werden es noch tun.

Über kurz oder lang – der 28. März war für die Atomindustrie der Anfang vom Ende. Aber was kommt danach?

Griechenland-Flüge
Für alle Abflüge
am 20.4. Fr. 100.--
Ermässigung

SSR-Reisen
Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn
Telefonverkauf: 01/242 31 31
anders als anders
Reisen für junge Leute.

Nach dem chinesischen Einmarsch in Vietnam

Indochina, wir und die andern

Im letzten «konzept» brachten wir einen Beitrag von Niklaus Meienberg über «Die Verlagerung unserer Sehnsüchte nach Asien», der verschiedene Leser zu einer Stellungnahme herausgefordert hat: Zwei Leser vermissen die marxistische Analyse und wehren sich gegen Meienbergs Hoffnungslosigkeit, ein Genosse greift ironisierend den Vorwurf der mangelnden Selbstkritik verschiedener Linksparteien auf, ein vierter verweist auf seine Erfahrungen in Vietnam. Ausserdem baten wir Niklaus Meienberg, auf einen Artikel von Hugo Bütler in der «NZZ» vom 17. März einzugehen.

Wohin mit unseren Sehnsüchten?

Von René Zeyer

In der letzten Ausgabe konnte der geneigte Leser miterleben, wie dem Niklaus Meienberg der berühmte Weltgeist auf den Kopf gefallen ist, und das gab einen hörbaren Klaps, gestöhnt haben anschliessend wohl beide. Soll heissen: Nicht erst, wenn Machttatsachen und Machtfolgen für uns europäische Linke schmerzhaft werden, sollte man aufstöhnen; nicht erst wenn die chinesische Armee Vietnam eine «Lektion» erteilt, mit der gleichen Brutalität und dem gleichen sprachlichen Zynismus wie die dazumalige Kanonenbootpolitik der Kolonialmächte.

Sondern schon vorher sollte man, nein, nicht aufstöhnen, sondern analysieren. Sicher ist die regelmässige Lektüre der «Le Monde» durchaus zuträglich, aber: wenn das Statement Meienbergs den Erkenntnisvorsprung ausdrücken soll, den er sich dadurch erworben haben will, kann man «Le Monde» durchaus wieder abbestellen. Er drückt sich nämlich fein säuberlich um jede Analyse der Geschehnisse in Asien. Vielleicht durchaus zu Recht: denn unsere Kenntnisse über die Ziele der chinesischen Aussenpolitik sind tatsächlich sehr rudimentär. Einen ersten Aufschluss böte da die *«Polemik über die Generallinie»* zwischen der sowjetischen und der chinesischen Kommunistischen Partei, ist zwar ein massiges Buch und auch nicht mehr das jüngste, aber da stehen wohl die grundsätzlichen Sachen zum Verhältnis zwischen sozialistischen Ländern untereinander und zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern andererseits. Und von der Notwendigkeit, einem sozialistischen Land manchmal eine «Lektion» zu erteilen, steht da tatsächlich nichts.

Aber: bei aller moralischen Entrüstung sollte man doch nicht die rudimentärsten Kenntnisse marxistischer Methodik einfach über Bord werfen, wie Meienberg das tut, einer dieser Sozialisten aus Gefühl, mit der Revolution im Blut und im Herzen, dieses manchmal aber in der Hose.

*

Also:

1. China und Vietnam sind, ausgehend von den ökonomischen Verhältnissen, sozialistische Staaten (ebenso wie die UdSSR); es ist keine Kapitalakkumulation mehr möglich, die Produktionsmittel sind vergesellschaftet, der Anlass zu politischem Handeln kann also nicht mehr der persönliche Profit sein.

2. Dennoch ist natürlich unmarxistisches Handeln möglich, Fehlanalysen, Irrtümer sind im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung nie ausschliessbar.

3. In einem System, das seine Entscheidungen nach dem Prinzip der sozialistischen Demokratie fällt, können solche Fehlentscheidungen aber nur noch individueller, nicht allgemeiner Natur sein, das heisst, nicht mehr systemimmanent wie beispielsweise die zyklischen Krisen des Kapitalismus.

4. Dennoch sind Kriege zwischen sozialistischen Staaten, die schliesslich eingebettet in die globale Machtstruktur des Nebeneinander von kapitalistischen und sozialistischen *National*staaten existieren, möglich.

5. Grob kann man im Moment in China zwei Fraktionen unterscheiden: die eine, die eine rasche militärische Aufrüstung unter Einbeziehung von ausländischem Kapital befürwortet, vertreten von Peng, äh Deng Xiao, und die andere, angeführt von Hua Kuo-feng, die die sich auf die eigenen Produktivkräfte stützen will.

6. Beide Fraktionen halten einen dritten Weltkrieg, die globale Auseinandersetzung mit der UdSSR, für unumgänglich.

7. Es wäre also möglich, dass Deng mittels einer militärischen Intervention in Vietnam einen ersten Stellvertreterkrieg gegen die Sowjetunion führen wollte und der anderen Fraktion gleichzeitig die Notwendigkeit einer raschen militärischen Aufrüstung unter Mithilfe der USA vor Augen führen wollte, indem er die rüstungstechnische Unterlegenheit der chinesischen Truppen vorführte. – Mit Moral hat das wenig zu tun, aber so etwa könnte ein erster Ansatz aussehen.

*

Aber verlagern wir die Sache wieder etwas mehr nach Europa, in die Schweiz. Sicher sind wir 1968 auf die Strasse gegangen, sicher auch mal in einen Polizeiknüppel oder ins Tränengas reingelaufen, sicher haben wir unsere Konflikte nach Asien verlagert, uns mit den Vietcong identifiziert, sicher haben die dortigen Ereignisse für viele junge Menschen, auch für mich, den Anstoss für politische Betätigung gegeben. Aber genauso sicher haben wir den Vietnamern nicht beim Siegen geholfen. Deshalb verstehe ich die Arroganz nicht, mit der Meienberg, übrigens stellvertretend für viele, jetzt jammernd seiner Enttäuschung Ausdruck verleiht, dass Politik, auch wenn sie von Sozialisten betrieben wird, kein «sauberes Spiel» ist.

So nach der Devise: also bitte schön, wenn man mit Scheisse vergiftete Pfeile in den Boden rammt und ein amerikanischer Soldat trampelt drauf, dann ist das ja verständlich und gerechtfertigt, aber wenn China aus Hegemoniebestrebungen oder aus Gründen, deren Rechtfertigbarkeit ich mal rein hypothetisch unterstellen will, in Vietnam einmarschiert, dann sollte es sich dabei doch im klaren sein, bitte sehr, das darunter meine mit Sehnsüchten gespickte Seele zu leiden hat. Also dafür sind wir doch 1968 nicht ins Tränengas reingelaufen, nicht wahr? Wenn wir das damals gewusst hätten, wären wir lieber zu Hause geblieben. Wenn wir was gewusst hätten? Dass bei der Wahl zwischen Pest und Cholera am besten gar nichts gewählt wird, meint Meienberg. Ja verdammt noch mal, weiss er denn wirklich, was er da schreibt?

Sicher tut's weh, tut's uns in der Seele weh, was China in Vietnam für Schweinereien angestellt; sicher waren die Stalinschen Massenmorde ein Verbrechen – aber will da wirklich irgend jemand im Ernst behaupten, *nach diesen Ereignissen soll die Weltpolitik uns doch in Ruhe lassen?*

Ich finde, sich gelackmeiert fühlen, verhohnepipelt, versäckelt, dass sind sozusagen unsere Intimitäten, die man doch für sich behalten sollte. Weil sie so fatal an die weinerlichen Weltschmerzgefühle junger Literaten erinnern, weil sie völlig unproduktiv sind, weil sie nicht Umdenken, Nachdenken, Neudenken provozieren, sondern diffus waberndes Bauchweh, höchstens. Klar wäre es schön, wenn das Volk, pardon, das Prrroletariat, mit wehenden roten Fahnen, angeführt von uns Revolutionären, mit unüberwindlichem Schwung die Kapitalisten von den Schalthebeln der Macht fegte, alle Menschen werden Brüder, die Unverbesserlichen steckt man in ein Museum, Engels hat ja mal die Schweiz als geeignet dafür vorgeschlagen, und dann erzählt der rote Grossvater seinen Enkeln von dunnemals mit dem Gewehr auf der Barrikade und dem Kopf im Tränengas. Aber leider spielt sich's so nicht ab, nie. Auch in Vietnam nicht, auch nicht in China.

Und: nehmen wir doch mal an, dass weder die Machthaber in China noch die in Vietnam gehirnamputiert sind; wenn's zu schwer fällt: nur mal spasseshalber, dass sie Kommunisten sind und dass sie sich bei ihren Handlungen ab und zu mal was überlegen. Das kompliziert das Ganze sicher ungemein, aber dafür wären wir Intellektuellen doch eigentlich zuständig, fürs Komplizierte, für Haupt-, Nebenwidersprüche, reale Machtverhältnisse. Wenn man's mal so sieht, wäre unsere Aufgabe doch eigentlich eher, zuerst einmal nachzudenken, zu analysieren. Und dann zu kommentieren. Vielleicht den kleinen Gedanken im Hinterkopf behaltend: Wem nützt's, was man schreibt? Der hämische Beifall der «NZZ» war Meienberg diesmal sicher.

Wir alle warten darauf, dass Meienberg seine neusten Erkenntnisse über die Arbeiter in der Schweiz, in Arbon und auch anderswo, uns vermittelt. Für solche Aufklärung wären wir ihm wirklich dankbar. Denn wir hätten dann wieder das Gefühl: Der Mann weiss, worüber er schreibt. Und: warum er schreibt.

Diskrete Abgründe des Bürgertums

Von Niklaus Meienberg

Darf man als Linker traurig sein? Darf man zugeben, dass die Geschichte anders gelaufen ist als wir hoffen? Darf man radikale Selbstkritik üben in der Öffentlichkeit? Darf man an die totale Begeisterung von gestern erinnern, im Moment der gegenwärtigen Entzauberung? Darf man sogar pessimistisch sein?

Oder muss jede realistische Schilderung der z.B. indochinesischen Zustände auszklingen mit einer neuen Gebrauchsanweisung für einheimischen Optimismus . . . «Es lebe die Einheit der Arbeiterklasse der Schweiz»? Die Wahrheit ist revolutionär, hat einer vor Jahren gesagt. Und ein anderer: «Es ist verbrecherisch, die Leute über die wahren Kräfteverhältnisse im Unklaren zu lassen.» (Lissagaray, Historiker der Kommune von Paris). Aber vielleicht darf man nicht vor der eigenen Tür wischen, weil Beifall von der falschen Seite kommen und eine bürgerliche Schreibkraft sich an unserer Besinnlichkeit verlustieren könnte?

Genau das hat ein Phantom-Schreiber namens Bü. (Bürstenbinder? Büttel? Büttenpapier?) in der NZZ getan, mit dem Unterton: Schaut Euch diese netten Linken an, die geben jetzt zu, dass ihr jahrelanger Vietnam-Protest ganz falsch gewesen ist! Endlich sind sie auf die Linie eingeschwenkt, welche unsere gesunde Zeitung schon immer vertreten hat!

Wenn einer so liebevoll auf den Indochina-Artikel im letzten «konzept» eingeht und über seine Betrachtungen gar den Titel setzt: *«Sturz der Idole»* (NZZ vom 17. März), so hat er oder es, denn vermutlich handelt es sich um ein Kollektiv und nicht um eine Person, ein Anrecht darauf, dass es und *seine* Idole auch ein bisschen aus der Nähe betrachtet werden.

Was hat uns dieses Bü., welches seit Jahren die Funktion des Ideologie-Polizisten ausübt, in Sachen Wahrhaftigkeit und politischer Moral eigentlich anzubieten? Dieses Wauwau, welches automatisch bellt, bald kurz bald lang, wenn sich einer kritische Gedanken macht? Um eine einzelne Person kann es sich schon deshalb nicht handeln, weil in den Bü.-Artikeln jene ungeheure Abgeklärtheit, Unfehlbarkeit, Höhenluft, Reife herrscht, welche die Möglichkeiten eines Individuums übersteigt und weil jede persönliche Färbung, jede menschlich-leidenschaftliche Regung in den Bü.-Produkten ausgemerzt ist, ausser die Sammler-Leidenschaft des Polizisten.

Bü. ist also ein publizistisches Retortenbaby, ein schreibender Homunculus, zusammengestückelt aus allen ambulanten Objektivitäten, welche jene Zeitung anzubieten hat. Die Abkürzung Bü. (Bückling?) steht für ein Kollektivpräparat, für die Generallinie des Züribärgs, an welcher alle fähigen Redaktoren jener Zeitung gemeinschaftlich lismen, Masche um Masche. Jeder darf sein Scherfchen in den Eintopf geben und am Schluss steht Bü. darunter: *Bürgertum.* Die Klasse hat gesprochen, die Sache ist erledigt.

Gewisse Leute allerdings, welche das Personalisieren nicht lassen können, behaupten, dieses Bü. (Büsi? Büsipo?) gebe es tatsächlich in Form einer Einzelperson, wohnend in eigentlichen Zimmerfluchten auf dem von ihm verteidigten Züribärg, bestückt mit einer reichen Frau, abstammend von einem zugerischen Regierungsrat der kath.-kons.-Färbung. Immerhin bestehe er nicht aus Fleisch & Blut, sondern nur aus Haut & Karrierismus & Gedankenblässe; dabei noch eher jung, keine vierzig, aber bereits mit einem Stil hantierend, der nach Beinhaus riecht. Eine Altersprosa, deren Patina durchaus artistisch wirkt, den sprachlichen Spagäten und Verrenkungen seines Idols F.L. (Fürstentum Liechtenstein?) nachempfunden. Dieser Bü. sei nämlich der Butler des F.L. Und an Stelle des Herzens habe er einen Kieselstein, an Stelle des Hirns eine Kartei und an Stelle des Charakters einen Gummibaum.

*

Es ist schwierig mit dem Bürgertum. Machen wir *keine* Selbstkritik, so heisst es: wie sind sie doch verstockt! Wie haben *wir* doch immer recht gehabt! Vielleicht wäre unter wirklich aufgeklärten Bürgern auch eine andere Reaktion möglich. Eine bürgerliche-ehrliche Erinnerung an die Zeit des Vietnamkriegs. Warum haben wir jener Zeitung die schlimmen und leider zutreffenden Nachrichten z.B. über die Grausamkeiten der Roten Khmer nicht geglaubt? *Weil sie uns vorher während des amerikanischen Vietnamkrieges ganz jämmerlich belogen hat:* Belogen durch Unterlassung. Die Vietnam-Berichterstattung eines Ch. M. oder Kx. ist ein journalistisches Schandblatt, verglichen mit den Artikeln in «Le Monde», «New York Times» oder «Washington Post». Haben die doch wirklich geglaubt, der freie Westen, in den Worten von Bü., die «liberaldemokratische Ordnung», werde in Vietnam durch Marschall Ky und Präsident Thieu verteidigt und durch die Amerikaner gestützt; haben das noch geglaubt in einem Moment, als die totale Korruption dieser Kriegsgurgeln längst offensichtlich war. Ein gewisser E. M. von der Falkenstrasse hat in Vietnam noch Krieg geführt, als ihn die Amerikaner längst aufgegeben hatten. Nixons Einmarsch in Kambodscha wurde von jener Zeitung als normal empfunden: der Einmarsch der Vietnamesen nicht. Kein Wort des Mitleids für das von der amerikanischen Kriegsmaschine geplagte Volk, keine auch nur angedeutete Verurteilung der Entlaubungskampagne, der Zerstörung aller traditionellen Strukturen der massenhaften Bombardierung der Zivilbevölkerung. Kein Nachdenken über die Tatsache, dass die enge Anlehnung Vietnams an die Sowjetunion und die Militarisierung des Landes und die harte Zentralisation von heute durch die ebenso brutale wie debile amerikanische Politik mindestens mitverursacht worden sind. Keine Bestandesaufnahme der grauenhaften Verwüstungen. Keine Nachdenklichkeit, kein Herz und kein Verstand *damals,* und *heute* keine Erinnerung.

Muss man wirklich an diese schimpfliche Berichterstattung erinnern, oder ist sie allen noch präsent?

*

Wir sind stolz darauf, uns damals für Vietnam engagiert zu haben. Wofür haben wir uns engagiert? Für den Rückzug der Amerikaner, die dort nichts zu suchen hatten. Für den Frieden in Vietnam. Für den Wiederaufbau des Landes. Und keiner muss sich schämen, weil er für Ho Chi Minh Sympathien hatte, und nicht für General Westmoreland. Die meisten von uns haben sich wohl auch für die Menschenrechte in Vietnam engagiert.

Und gerade deshalb haben wir ein Recht, verschiedene Entwicklungen zu kritisieren. Den bürgerlichen Schreibkräften tut der neue Vietnamkrieg nicht weh, sie berichten cool über militärische Fakten, wie sie es schon im amerikanischen Krieg getan haben. Uns aber trifft es. Wir sind nämlich damals nicht für die Beherrschung des Südens durch den Norden auf die Strasse gegangen, sondern für ein *demokratisches Vietnam.* Wir haben nicht auf den Sieg der Bürokratie gesetzt, sondern auf die Befreiung der Unterdrückten. Wir haben nicht den exklusiven Führungsanspruch einer Partei bewundert, sondern die Widerstandskraft eines Volkes. Nicht für die Gewaltherrschaft der blutigen roten Spinner in Kambodscha gekämpft, sondern für die Selbstbestimmung der Khmer. (Übrigens auch hier wieder: In jener Zeitung kein Wort der Erinnerung an die amerikanische Mitverantwortung für das gegenwärtige Schlamassel. Die Amerikaner haben den gemässigten Sihanouk vertrieben und den rechtsextremen Lon Nol gestützt; als heftige Reaktion kamen die Roten Khmer.)

Und *weil* wir aus all den Gründen für ein befreites Indochina waren, hätten wir noch vor den Bürgerlichen diesen Völkermord in Kambodscha (nur zum Beispiel) beschreiben und verurteilen müssen. Wir hätten die Phraseologie schneller durchschauen, die Wirklichkeit besser erfassen müssen. Schlechte Marxisten, die einem vulgär-marxistoiden Vokabular aufsitzen und deshalb die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen! Tapferkeit vor den Freunden, wie Ingeborg Bachmann sagte: die hat uns oft gefehlt. Die haben wir gegenüber den Ländern, welche sich sozialistisch nennen, zu wenig praktiziert, auch in Europa. Kaum sind irgendwo die Produktionsmittel verstaatlicht, so kriegt das Land einen Heiligenschein, und man darf nicht mehr laut reden. Was bringt diese Verstaatlichung, wenn sie Selbstzweck bleibt und weiterhin eine winzige Gruppe über die Produktionsmittel verfügt und keine Selbstverwaltung (autogestion) anfängt?

Wir wollen aber nicht Bü. heissen, sondern uns entwickeln.

Fortsetzung der Leserdiskussion auf Seite 4

Nur (Hoch-)Mut, Genossen!

Von Roland Gretler

Lieber Niklaus Meienberg,

Wir werden wohl, wie Du es selbst ja schon angetönt hast, nach neuen Identifikationsmöglichkeiten Ausschau halten müssen. Solange uns noch ein Quentchen revolutionäre Phantasie geblieben ist, stehen unsere Chancen gar nicht so übel. Wir müssen nur noch ein bisschen Geduld haben, bis dank Sputnik und Nasa auch einige ausserirdische Völker in den internationalen (oder muss man wohl sagen interplanetaren?) Klassenkampf einbezogen werden. Stell Dir vor, was für ein gewaltiges, interstellares neues Feld der Identifikationsmöglichkeiten! Das reicht noch für Generationen nach uns. Wir müssen den qualitativen Sprung nur wagen, und schon wird die neue Militanz die Massen erfassen! Nur keine revolutionäre Ungeduld.

Vor allem aber müssen wir im Augenblick jeden Zweifel an der Korrektheit unserer Massenlinie bekämpfen. Nur nicht unter den Genossen das Gefühl aufkommen lassen, wir hätten irgendwelche entscheidende Fehler gemacht. Und den Karren beisammen halten, dass er nicht unserer Kontrolle entgleitet. Falls sich herausstellen sollte, dass wir uns in irgendeiner Einzelfrage doch von einem bürgerlich-anarchistisch-trotzkistisch-maoistisch-moskauhörigen Abweichler einmal zu einer falschen Taktik verleiten liessen, müssen wir unter allen Umständen die schmutzige Wäsche unter uns waschen; mit rigoroser Härte darauf achten, dass nichts davon an die Öffentlichkeit dringt, weil das der Klassenfeind nur für seine eigene konterrevolutionäre, volksfeindliche Propaganda ausnützen würde. Und natürlich den (oder die) Schuldigen aus unseren Reihen ausmerzen!

Die Hauptgefahr besteht zurzeit darin, dass einige zweiflerische Elemente das Vertrauen in Kader und revolutionäre Avantgarde schädigen könnten, durch künstlich aufgeblasene (objektiv verbrecherische) und *voreilige* Diskussionen. (Es hat noch nie etwas eingebracht, wenn man die Probleme besprechen wollte, bevor sie gelöst waren).

*

Schon kann man da und dort feststellen, dass wankende Genossen im Geheimen reformistisches Geschreibsel wie etwa das TA-Magazin (das sich selbst einem kleinbürgerlichen Rebellen, wie Du es bist, verweigert) etc. lesen und sich in Auseinandersetzungen mit Subjekten einlassen, denen jegliche Grundkenntnisse in Diamat und Marxismus-Leninismus abgehen. Dadurch schleicht sich das Gift unkontrolliert in den monolithischen Block der Avantgarde der Volkskräfte ein, und es könnte bald soweit kommen, dass unstabile Genossen beginnen, sich um ihre eigenen Angelegenheiten zu kümmern – und sich sogar in diese einzumischen. Wehe uns, wenn die sich in diesem Zusammenhang zu fragen beginnen, warum sie eigentlich links sind! Wenn *die* selbst damit anfangen, ihre eigenen Erfahrungen zu reflektieren, dann Gnade Gott, dann ist ihr Anfang unser Ende. Dann könnte ja plötzlich jeder links sein!! Es wäre dann nicht verwunderlich, wenn an der Basis immer mehr sogenannte Bürgerinitiativen wie Pilze aus dem Boden schiessen würden, welche sich unserem Führungsanspruch verweigern würden!

Oder erst, Gott bewahre uns, dass gar etwas von diesem unausgegorenen Nörglergeist in die reformistischen Gewerkschaften dringen würden und diese dadurch zu pseudokämpferischen Augenwischereien antörnen würde. Das gilt es zu verhindern, solange Zeit dazu ist. Wehret den Anfängen! Wo wollten wir noch *mobilisieren,* wenn alles sich selbst schon bewegt?

*

Es ist unsere geschichtliche Aufgabe, zu verhindern, dass der faschistoide Repressionsstaat, wie ihn unsere wissenschaftliche Analyse ganz klar als existent beweist, sich mit dem Mäntelchen der «bürgerlichen Demokratie» tarnen kann, indem wir das Wiederaufleben politischer Aktionsformen durchkreuzen, welche ihre Irrelevanz gerade dadurch manifestieren, dass sie die herrschende Klasse noch nicht verboten hat. Wenn wir gewissenhaft unseren historischen Auftrag, die Heranorganisierung einer revolutionär-marxistischen Liga der Volkseinheit (M-L) unter Einschluss aller friedliebenden Kräfte erfüllen wollen, dann heisst das in unserer besonderen historischen und nationalen Situation: Schluss jetzt mit der Diskussion! Die nächste Weisung kommt bestimmt!

Es lebe die Einheit von Volk und Partei!
Es lebe die brüderliche Solidarität der Völker!
Es lebe der proletarische Internationalismus unter der Führung von (vorläufig offenlassen)!

Der Lange Marsch zum rechten Weg

Von Al Imfeld

Lieber Niklaus,

herzlichen Dank für Deinen mutigen und vor allem auch ehrlichen Diskussionsbeitrag zu den Ereignissen in Indochina. Man spürt aus jeder Deiner Zeilen eine Enttäuschung, die ab und zu fast in Resignation oder gar Sarkasmus ausweicht. Du kommst mir wie Hiob auf dem Misthaufen vor. Natürlich können Deine offenen und sehr selbstkritischen Gedanken missdeutet werden. Aber das soll Dich nicht stören. Ich finde es äusserst menschlich, dass Du das Über-Denken wagst. Schliesslich sollte es gerade das Merkmal des echten Linken sein, dass er immer auf der Hut ist und den Mut zum Hinterfragen hat. Denn jeder Dogmatismus – ob POCH oder FDP, ob katholisch oder kapitalistisch, ob faschistisch oder maoistisch – hat jetzlich nichts, aber auch gar nichts mit echtem Sozialismus oder einer neuen Ordnung zu tun. Nur der Rechte hat immer recht und muss auf dem *Status quo* beharren; er kann dem Eigentlichen (sowohl dem Guten wie dem Bösen) nie auf den Grund gehen. Der echte Linke sollte wissen, dass wir uns inmitten von Gegensätzen, in einem Prozess voller Dialektik, im Strom der Geschichte mit Menschen befinden. «Historischer Materialismus» kann nüchtern als dieses Selbstverständnis gedeutet werden: Wir haben sowohl die *Geschichte* wie das *Material* der Gesellschaft und des Menschen realistisch zu begreifen.

Niklaus, Du hast mit Deinen Fragen einen Anfang gesetzt. Nun liegt es an uns, die weiteren wichtigen Schritte zu vollziehen: lernen die Geschichte sowohl Vietnams und Indochinas als auch Chinas zu verstehen. Ich war selbst 1966 als Korrespondent der *«Washington Post»* in Vietnam und hatte das Glück, sowohl im Süden als auch im Norden (einschliesslich drei Tage mit Ho Chi Minh) zu weilen. 500 Jahre Geschichte mit Hass und Krieg, mit Intrigen und äusserer Einmischung werden selbst mit Blut nicht in zwei oder drei Jahren reingewaschen. Jeder Realist wusste, dass nach dem Befreiungskrieg noch lange nicht «Sozialismus» in Herrlichkeit erstrahlen würde. Da gab es zu viele unaufgearbeitete Probleme, die wiederum auf einer unteren Ebene auseinanderbuchstabiert werden mussten. Zu dem kommt – wie wir auch vom Mau-Mau-Krieg in Kenya und von den langwierigen Guerillaoperationen im südlichen Afrika wissen – dass *jeder* Krieg oder Ausnahmezustand *alle* Menschen angreift und zerstört. Der Aufbau einer neuen Ordnung oder Gesellschaft ist ein Langer Marsch.

Auch ich leide sehr unter den Ereignissen. Auch ich muss sie verurteilen. Aber was für das Christentum billig ist, soll für einen anderen idealistischen Versuch recht bleiben: mit dem Versagen der Christen – so heisst es immer – sei noch nichts gegen das Christentum an sich gesagt. . .

Wir benötigen einen langen Schnauf – vor allem aber das Ende mit dem Gezänk nach der Frage, wer recht hat. Mit-Leiden, Mit-Tragen, Mit-Denken, Mit-Suchen: erst das ist menschlich und solidarisch. All das, was geschehen ist – sowohl auf amerikanischer, sowjetrussischer, chinesischer als auch vietnamischer Seite –, hat noch wenig mit einer neuen Ordnung zu tun. Der Kampf wird noch lange weiterdauern müssen . . .

das konzept

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter.
Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ). Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000

Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inserateverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile –.62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Die Mitarbeiter-Sitzung: fällt aus (Karfreitag)
Redaktionsschluss **Nr. 5/79: 23. 4. 79**
Inserateschluss: **Nr. 5/79: 27. 4. 79**

Die Mai-Nummer erscheint am **8. 5. 79**

Warum eine alternative Verkehrsorganisation in der Schweiz immer nötiger wird

Schleichwege und Trampelpfade in der Verkehrspolitik

Von Beat Schweingruber

Warum wird in der Schweiz in Sachen Verkehrspolitik unbekümmert im alten Stil weitergewurstelt, obwohl die Forderungen nach weniger Strassenbau, weniger Unfällen, weniger Verkehr, umweltfreundlicheren Autos usw. immer lauter – bei den letzten Abstimmungen von etwa 40 Prozent der Stimmenden – erhoben werden? – Der folgende Artikel zeigt, wie die Autolobby ihre Interessen (trotzdem) durchsetzt und wer ihr dabei hilft.

März 1977: Im eidgenössischen Parlament wird die *Volksinitiative für «Demokratie im Nationalstrassenbau»* beraten bzw. abgelehnt. Das Nationalstrassennetz ist vor 20 Jahren beschlossen worden, was damals richtig schien, muss es auch heute noch sein, und das Volk soll sich jetzt nicht mehr einmischen. Immerhin findet sich im Nationalrat eine knappe Mehrheit, die glaubt, dem grossen Unmut im Volk über den masslos gewordenen Autobahnbau doch Rechnung tragen zu müssen. Sie beauftragt den Bundesrat in einer Motion, einige besonders umstrittene Teilstücke neu zu «überprüfen». Damit lässt sich gleichzeitig der Initiative einiger Wind aus den Segeln nehmen, ohne dass irgendwelche Verpflichtungen eingegangen werden müssen. Trotzdem wird die Motion von Bundesrat *Hürlimann* nur widerwillig entgegengenommen.

Im *Februar 1978* wird die Initiative gegen rund 40 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Der Bundesrat kündigt an, dass er, in Ausführung des parlamentarischen Auftrags, eine Expertenkommission zur Überprüfung des Nationalstrassennetzes einsetzen wird.

Wirkungslose Umwelt-«Lobby» . . .

Die grossen Umweltorganisationen *(WWF, Bund für Naturschutz, Heimatschutz, Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz usw.)* formieren eine *gemeinsame Arbeitsgruppe,* die rege mit der Verwaltung, das heisst mit dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) korrespondiert. Sie macht Vorschläge für die *personelle Zusammensetzung* und das *Vorgehen* der Kommission, schlägt Vertreter der Umweltschutzorganisationen vor, aber sämtliche Anregungen werden vom EDI völlig übergangen. Die letzten Briefe werden nicht einmal mehr beantwortet.

Im November 1978 endlich wird die Kommission unter dem Vorsitz des Migros-Politikers Nationalrat *Walter Biel* eingesetzt. Unter den 21 Mitgliedern figuriert kein einziger der von den Umweltorganisationen vorgeschlagenen Vertreter, kein einziger Promotor der Initiative «Demokratie im Nationalstrassenbau», hinter der immerhin 40 Prozent des Schweizer Volkes stehen, und es ist auch niemand aus dem Einzugsbereich der umstrittenen Nationalstrassenabschnitte drin, der diesen kritisch gegenüberstände. (Die Migros als Grossverteiler und Treibstofflieferant hat ihr ganz besonderes Interesse an möglichst viel Autobahnen.)

. . . gegen die Macht der Automobilisten

Einsitz gefunden haben hingegen: Die beiden Zentralpräsidenten der grössten *Automobilklubs ACS* und *TCS,* der Direktor des betroffenen Amtes für Strassen- und Flussbau *Jules Jakob* – von dem man weiss, dass er ein angefressener Strassenbauer ist und keinen Meter Nationalstrasse preisgibt, weder in der Länge noch in der Breite –, ferner drei eidgenössische Parlamentarier, die im Aktionskomitee g e g e n die Initiative mitgemischt haben, darunter auch *Alois Hürlimann,* der gleichzeitig der Vorberatenden Kommission für den Nationalstrassenbau angehört. Also – mit Biel zusammen – bereits sieben Personen, deren Stellung von vornherein relativ klar ist.

Wer stellt die Weichen?

Wer bestimmt denn solche Kommissionen und nach welchen Kriterien? – Formell ist der Gesamtbundesrat zuständig, faktisch das federführende Departement. In unserem Fall hat der Direktor des *Eidgenössischen Amtes für Strassen- und Flussbau (ASF),* der bereits erwähnte Jules Jakob, dem Departementschef *Bundesrat Hürlimann* mehrere Varianten vorgelegt. Diese hat dann hier und dort noch jemanden ausgewechselt und zuletzt jeden einzelnen genehmigt.

«Die Auswahl erfolgt zielgerichtet», bekennt der ASF-Vizedirektor *Felix Endtner* freimütig, «danach, von welchem Mann man was beantwortet haben will. Man hätte gern eine bestimmte Person, aber dann gibt es natürliche, sprachliche und regionale Rücksichten usw.» – Warum hat man Franz Weber, der die auslösende Initiative lanciert hat, nicht berücksichtigt? Endtner: «So extreme Leute wie Weber hat man in der Kommission einfach nicht gewollt. Man hat die engagierten Nationalstrassengegner bewusst ausgeklammert, die sollen dann in Hearings zu Wort kommen. Die Kommission soll eher ein unparteiischer Richter sein.» – Und warum ist dann die Autolobby so dick vertreten? «Die haben ja nur zwei Vertreter, den ACS- und den TCS-Präsidenten. Dazu vielleicht noch unseren Direktor, aber das ist eigentlich etwas anderes.» – Sie zählen also den ASF-Direktor zur Autolobby? «Die, welche Strassen bauen, sind natürlich schon fürs Auto», meint der Vizedirektor ausweichend.

Gerangel um Tempo 50

Diese Kommission wird jetzt also «unparteiisch» überprüfen, ob allenfalls auf ein paar Nationalstrassenstücke verzichtet werden könne. Eine andere Kommission untersucht seit langem, ob eine *Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit innerorts auf 50* angezeigt sei; dies, obschon seit Jahren wissenschaftliche Studien beweisen, dass damit die Rate der Verkehrstoten und -verletzten erheblich gesenkt werden kann. Ein Gerichtsmediziner und ein einsichtiger Vertreter der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BfU) stehen in dieser Kommission einer Mehrzahl von Autolobbyisten gegenüber. Jetzt ist man immerhin so weit gekommen, dass in einigen ausgewählten Gemeinden ein Versuch mit Tempo 50 durchgeführt werden soll. Die Stadt Zürich, deren Stadtrat sich mit Nachdruck darum bewirbt, soll aber vorläufig nicht berücksichtigt werden.

Vor diesem ungeheuren Schritt, einen zeitlich und örtlich begrenzten Versuch mit Tempo 50 durchzuführen, ist das hierzulande zum unerlässlichen Ritual gewordene Vernehmlassungsverfahren bei «Kantonen, Parteien und den interessierten Kreise» durchgelassen worden.

Merkwürdige Vernehmlassung

Unter den im Vernehmlassungsverfahren berücksichtigten Verbänden figurieren zum Beispiel der *Verband schweizerischer Mineralölinteressenten* und der *Verband der schweizerischen Carrosserie-Industrie.* Da verwundert es schon, dass die Gewerkschaft der Totengräber und die Fabrikanten von Kindergrabsteinen nicht auch noch angefragt worden sind.

Interessant auch die Auswertung. Von den Verbänden, Organisationen und Amtsstellen haben sich *20 gegen Tempo 50* ausgesprochen, *25 dafür;* von den Kantonen *12 dagegen* und *elf dafür* (welch letztere aber 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen); bei den Parteien sind *eine dagegen* und *drei dafür.* Jene einzige Partei, die sich gegen eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit stemmt, ist – Furglers CVP. Wie hiess das doch letzthin: «Recht auf Leben»? Oder «Helfen statt töten»? Item. Mit einem normalen Taschenrechner käme man jetzt auf *35mal gegen* Tempo 50 und *39mal dafür.* Eventuell verwendet der Bundesrat (immer dieser Furgler!) aber einen Taschen*spieler.* Jedenfalls kann er öffentlich behaupten, «eine Mehrheit von Kantonen und Verbänden» habe sich gegen Tempo 50 ausgesprochen. Man kann beispielsweise auf dieses Resultat kommen, indem man alle Autoverbände doppelt zählt.

Mitmischelnde Chefbeamte . . .

Die bisher erwähnten Beispiele sind natürlich noch keine Beweise für das *Wirken einer Autolobby.* Aber es sind immerhin *Hin*weise darauf. Etwas durchsichtiger werden die Verhältnisse im Fall jenes Chefbeamten in der Polizeiabteilung des Furgler-Departements, der mit den Lärm- und Abgasvorschriften der Motorfahrzeuge zu tun hat. Müller, so heisst der Mann, pflegt mit den Spitzenleuten aus der Automobilbranche zusammenzusitzen und ihnen gute Tips zu vermitteln. An einer solchen Sitzung, es geht um das bundesrätliche Programm betreffend Lärm und Abgase der Motorfahrzeuge, wirft er den Automobilherstellern und -importeuren vor, dass sie ihre Interessen zuwenig verteidigten, währenddem die Umweltschützer bei Furgler mit ihren Anliegen die Türen einrennten. Der Departementschef befinde sich in einer Zwangslage und wäre für Argumente von seiten der Wirtschaft dankbar.

. . . und ausländische Botschafter

In der gleichen Sache – Abgasnormen – wird auch international gemischelt. Einmal haben die Autohersteller massgeblichen Einfluss auf die europäische Reglementierung der entsprechenden Vorschriften. Dann wird auch andersherum gehandelt. Auf Veranlassung der Chambre syndicale Suisse de l'automobile (CSSA, Dachorganisation der schweizerischen Automobilwirtschaft) intervenieren 1975 die Botschafter der Herstellerländer Italien, Frankreich und Deutschland bei Volkswirtschaftsminister Brugger und verlangen, dass die Schweiz keine schärferen Abgasnormen im Alleingang erlasse. Woran sich der Bundesrat bisher brav gehalten hat, selbst wenn er seine eigenen Programme und Versprechen deswegen fahren lassen muss.

Eine Schlüsselstelle für das Ansetzen der Autolobby – irgendeiner Lobby – ist klargeworden: die Chefbeamten. Eine zweite auch schon: die Chefs der Chefbeamten. Wie stehen unsere Bundesräte zur Autolobby?

Nicht ganz neutrale Bundesräte

Obwohl es immer noch etwa heisst, unsere Bundesräte führen mit dem Tram zur Arbeit, was im übrigen selten stimmt, kann man keinem ein besonders kritisches Verhältnis zum Auto nachsagen. *Fritz Honegger* zum Beispiel war bis zu seiner Bundesratswahl ein ganz klassischer Vertreter der Autolobby, sowohl als Verwaltungsrat der *City Parkhaus AG* in Zürich wie der *Elektrowatt-Holding,* Tochter der Kreditanstalt, die milliardenschwer an den Zürcher Expressstrassen beteiligt ist. Es ist nicht unbedingt anzunehmen, dass er nun seine Freunde und Kollegen von damals alle nicht mehr kennt.

Kurt Furgler hat es immerhin bis zum Verwaltungsrat im Garagengewerbe gebracht, und *Pierre Aubert* war bis zu seiner Wahl Präsident der TCS-Sektion Neuenburg. *Hans Hürlimann* seinerseits hat eine unbändige Freude am Strassenbau. Auch *Gnägi Rüedu* ist als sehr autofreundlich bekannt, und sogar *Willi Ritschard* benützt für seinen Arbeitsweg vom Solothurnischen nach Bern normalerweise seinen schmucken BMW.

Komfortable Parlamentsmehrheiten

67 Nationalräte und 17 Ständeräte sind mit der Automobil- bzw. Strassenbauwirtschaft mehr oder weniger direkt verbunden. Das entspricht ziemlich genau einem Drittel der Bundesversammlung. Geht man davon aus, dass die Vertreter der übrigen Wirtschaftszweige mit der Autobranche solidarisch sind, dann sind komfortable Zweidrittelmehrheiten gesichert.

Im übrigen haben sich 93 National- und 29 Ständeräte für mindestens eines der drei schweizerischen Aktionskomitees aktivieren lassen, die unter der Führung der Automobilverbände die angeblich «autofeindlichen» Volksinitiativen bekämpft haben (Albatros-Initiative für schärfere Abgasvorschriften, «Demokratie im Nationalstrassenbau» und «12 autofreie Sonntage»).

Ein pikantes Detail: Nach Aussagen des Automobil-Clubs der Schweiz (ACS) sind 65 bis 70 Prozent der eidgenössischen Parlamentarier ACS-Mitglieder. Der ACS lässt sich die Freundschaft der Parlamentarier auch etwas kosten: Alljährlich lädt er sie zum grossen Parlamentarier-Lunch ein.

Die Martinimethode

Was beim Parlamentarier-Lunch im kleinen und unspektakulär stattfindet, weitet sich im November landesweit zur Methode aus. Dann halten die ACS-Sektionen ihre traditionellen Martinimähler ab. Da werden – neben hohen Tieren aus der Autobranche – Behördenvertreter eingeladen, Regierungsräte, Stadträte, Chefbeamte, Parlamentarier, Polizeifunktionäre usw., und dann findet ein grosses feuchtfröhliches Verbrüderungsfest statt. Man trinkt zusammen, macht Duzis, und das verbindet; das allenfalls Trennende wird verwischt. Man weiss dann auch gleich, als Behördenvertreter, mit wem man sich eventuell anlegt, wenn man noch andere Vorstellungen pflegt. Das Martinimahl als Parade, seht, so stark sind wir, die Automobilisten, so viele sind wir. Das braucht nicht Absicht zu sein, aber es wirkt so.

Wie das auch etwa funktionieren kann, wurde letzthin in Zürich demonstriert. Da macht die Polizei samstagnächtlicherweise eine Grosskontrolle an einer Ausfallstrasse und wundert sich, wie wenig angetrunkene Autofahrer anzutreffen sind und wie viele Taxis statt dessen auswärts rollen. Tage später erfährt man, dass an jenem Abend am ACS-Martinimahl die Kontrolle durchs Mikrophon ausposaunt worden ist . . .

In der Schweiz mit ihrer teilweise direkten Demokratie haben Lobbies ein

Fortsetzung auf Seite 4

Martial Leiter

Die Schweizerische Verkehrs-Stiftung SVS

Vor kurzem ist die Schweizerische Verkehrs-Stiftung SVS aus der Taufe gehoben worden. Diese Stiftung will für eine Umkehr in der bisherigen «verkehrten Verkehrspolitik» kämpfen. Sie bezweckt die Förderung eines menschen- und naturgerechten Verkehrswesens, insbesondere nach folgenden Grundsätzen:

- sparsame Verwendung von Energie, Raum, Rohstoffen;
- minimale Umweltbelastung, vor allem durch Lärm, Erschütterungen, Schmutz- und Schadstoffe;
- Vermeidung von unnötigen Verkehrsaufkommen;
- optimale Sicherheit und Gesundheit für alle Verkehrsteilnehmer, namentlich für Kinder, ältere Leute und Behinderte;
- Begünstigung von Verkehrsmitteln mit optimalem Wirkungsgrad;
- Förderung verkehrsarmer Raumordnungs- und Siedlungsstrukturen;
- Schutz der Natur und der Kulturgüter gegen Beeinträchtigung durch Verkehr.

Die Stiftung betrachtet das Verkehrsgeschehen als Einheit. Sie ist bestrebt, auf dem Gebiet des Verkehrs ein Gleichgewicht herzustellen, bei welchem zwischen den einzelnen Verkehrsarten eine optimale Aufgabenteilung erreicht wird. Oberste Kriterien sind dabei Menschenwürde und Umwelt. Die Schweizerische Verkehrs-Stiftung betreibt und unterstützt jede Politik, die geeignet ist, dieses Gleichgewicht zu erreichen.

Noch in diesem Jahr soll ein *Verkehrsklub* gegründet werden. Er wird als Verein der Schweizerischen Verkehrs-Stiftung zu einer breiten Basis verhelfen, indem *jeder Verkehrsteilnehmer* Mitglied werden kann, sei er nun Fussgänger oder Automobilist, Velo- oder Motorradfahrer, Tram- oder Bahnbenützer, oder alles zusammen. Der Verkehrsklub wird für alle Dienstleistungen zu günstigen Bedingungen anbieten, zum Beispiel Pannenhilfe und internationaler Schutzbrief für Automobilisten, Schutzbrief für Übersee-Tramper, Rechtsschutz für Fussgänger usw.

Mitgetragen wird die SVS durch folgende Organisationen:
Institut Suisse de la Vie (ISV), Schweiz. Bund für Naturschutz (SBN), Schweiz. Energie-Stiftung (SES), Schweiz. Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), World Wildlife Fund (WWF), Gruppe Burgdorf.

Adresse: Schweizerische Verkehrs-Stiftung,
Bahnhofstr. 8, 3360 Herzogenbuchsee

Die Autolobby Schweiz

Unter diesem Titel haben *Beat Schweingruber* und *Paul Romann* im «Tages-Anzeiger-Magazin» Nr. 9 vom 3. 3. 79 eine ausführliche Untersuchung über Umfang, Stärke und Wirkungsweise der Autolobby in der Schweiz publiziert. Anhand *vertraulicher Dokumente* aus der Autobranche sind die Machenschaften im Kampf gegen die *Albatros-Initiative* und gegen *verschärfte Abgasnormen* sorgfältig rekonstruiert und aufgedeckt worden. Zudem enthält die Untersuchung ein *Verflechtungsschema der gesamten Autolobby* und detailliert die entsprechenden Verbindungen der eidgenössischen Parlamentarier.

Zu beziehen beim *«Tages-Anzeiger-Magazin», 8021 Zürich.*

★

1978 – Verkehrsproblem gemeistert

Ein nur scheinbar utopischer Beitrag zur *radikalen Umkehr in der verkehrten Verkehrspolitik,* ebenfalls von *Beat Schweingruber,* im «konzept» Nr. 1/77. Aufgrund von Studien über Umweltbelastung und soziale Kosten der verschiedenen Verkehrsmittel und der konsequenten Anwendung des *Verursacherprinzips* wird nachgewiesen, dass Autofahren mindestens dreimal teurer sein müsste als heute.

Zu beziehen gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei *«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.*

Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit!

treff punkt FLOHMARKT

Kleininserat: 5 Zeilen **10 Fr.**
Kontaktinserat: 5 Zeilen **15 Fr.** (inkl. Chiffregebühr) **(Weitere Zeilen 2 Fr. Zeile à 30 Zeichen)**

Talon ausfüllen und einsenden an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Betrag (min. 10/15 Fr.) auf Postcheckkonto 80-36 651, Inseratenverwaltung «das konzept», 8006 Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.** Falls Text länger als gegebenes Feld, pro zusätzliche Zeile à 30 Zeichen 2 Fr. einzahlen. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Name und Adresse:

Schleichwege . . .

Fortsetzung von Seite 3

besonderes Problem. Sie können ihr Wirken nicht auf Parlamentsvorzimmer, Expertenkommissionen und Vernehmlassungen beschränken, sie müssen ab und zu auch die Volksmeinung bemühen. Das heisst, sie müssen eine gute Presse haben.

Die Autolobby fährt hier gleich auf zwei Bahnen. Sie hat eine grosse eigene Presse, und sie übt nicht unzimperlich Druck auf die «fremde» Presse aus.

Die Autopresse . . .

Die Ideologie des TCS wird im *«Touring»* wöchentlich in einer 900 000-Auflage verbreitet, diejenige des ACS monatlich in über 80 000 Exemplaren der Klubzeitung *«Auto»*. Daneben erscheint die unabhängige *«Automobil Revue»* wöchentlich in 73 000 Exemplaren, deren Gedankengut recht gut mit dem des ACS übereinstimmt, ausserdem haben die fünf «kleinen» Autoklubs mit zusammen über 100 000 Mitgliedern ebenfalls ihre Zeitungen.

Ebenso bedeutend wie die eigene Presse sind die *Pressedienste der Autolobby*. Der TCS-Pressedienst beispielsweise gelangt durchschnittlich jede Woche mit einem Communiqué, einer Pressemitteilung oder einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit. Diese intensive PR-Arbeit schlug sich 1977 in gut 65 Millionen Abdrucken und Berichten in über 3000 schweizerischen Tages- und Wochenzeitungen nieder. Der ACS verfügt über einen ähnlichen, aber etwas bescheidenteren Pressedienst.

«Auto vernünftig», der Pressedienst des *Automobilgewerbes*, erscheint 14täglich und erreicht jeweils eine Abdruckquote von 0,5 bis 1,9 Mio. Exemplaren. «av.» wird finanziert vom Auto-Gewerbe-Verband, von der Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure und von der Chambre syndicale Suisse de l'automobile. Wie unzimperlich solche Pressedienste sein können, zeigte sich im Oktober letzten Jahres, als «Auto vernünftig» aufgrund einer missverstandenen Studie in einer rege abgedruckten Falschmeldung verbreitete, die Autos seien seit 1975 umweltfreundlich geworden. Obwohl vom Amt für Umweltschutz ausdrücklich auf den Irrtum aufmerksam gemacht, erfolgte nie eine Korrektur seitens des «av.» . . .

. . . und die Pression auf die andern

Mit einem Anteil von knapp 14 Prozent am gesamten Werbeaufwand in Presse und Fernsehen gehört die Automobilbranche zu den vier grössten Werbetreibenden. Da gibt über die Erteilung oder Nicht-Erteilung von Inserataufträgen eine recht komfortable Macht über die Presse. Beispiele:

- Die Redaktion des *«Winterthurer Landboten»* hat zur Initiative für 12 autofreie Sonntage die Ja-Parole beschlossen und in der Zeitung begründet. Das Autogewerbe interveniert darauf massiv und droht mit Inserateboykott. Nach einem anderen «autofeindlichen» Artikel sperrt die Emil Frey AG tatsächlich für kürzere Zeit die Inserate.
- 1976 publiziert der «Tages-Anzeiger» einen Artikel über Auto-Selbstimporteure im Raum Basel. Wiederum kurzfristiger Inserateboykott der Emil Frey AG. Eine grössere Reportage im Herbst 1978 über nicht weitergegebene Währungsgewinne im Autohandel zeitigt einen Pressionversuch durch Amag und Emil Frey AG, der aber erfolglos bleibt.
- Im *«Badener Tagblatt»* rückt ein Redaktor das Communiqué des TCS (!) über die nicht weitergegebenen Währungsgewinne ein. In der Folge entschuldigt sich Verleger Wanner in persönlichen Briefen bei den Händlern der Region für diesen «Missgriff».
- Im Herbst 1973 recherchieren *«Züri-Leu»*-Journalisten über die Auswirkungen der Ölkrise auf das Zürcher Autogewerbe. Der Artikel wird in der Setzerei von Verleger Max Frey (ein Freund Emil Freys) persönlich aus der fertigen Seite entfernt. Begründung: Man dürfe in dieser heiklen wirtschaftlichen Situation im Volk nicht unnötig Panik verbreiten.

Die Reihe lässt sich fortsetzen

echo

Linke Vorbilder

«Die Verlagerung unserer Sehnsüchte nach Asien», von Niklaus Meienberg, in Nr. 3/79

Niklaus Meienbergs Frust dient bestenfalls noch dazu, von der «NZZ» publizistisch ausgeschlachtet zu werden. («NZZ», 17. 3.). Dieses globale Flinte-ins-Korn-Werfen bringt genauso wenig wie etwa die überängstliche Zurückhaltung einzelner linker Blätter, Makel in Vietnams Politik einzugestehen.

Sicher sind Modelle, an die man geglaubt hat, in die Brüche gegangen, und es ist auch richtig, dies so schnell wie möglich zuzugeben; aber ist deswegen einfach alles im Eimer, müssen wir gleich auf «Nouvelle philosophie»-Position einschwenken? Ein linkes Bewusstsein muss sich doch nicht vorbehaltlos an «Vorbildern» (wie die «NZZ» schreibt) orientieren; genau jetzt ist doch ein günstiger Zeitpunkt da, eben nicht nach Ersatzvorbildern zu suchen, sondern die verschiedenen «real existierenden Sozialismen» unter die Lupe zu nehmen und aus deren Entwicklung und Schwierigkeiten allenfalls Schlüsse für eigene politische Zielsetzungen zu ziehen.

Für N. M. gilt selbst, was er im Kleingedruckten am Schluss seines Kommentars uns ans Herz legt: weniger im Zürcher Stübchen formuliertes geopolitisches Selbstmitleid, sondern mal wieder konkret werden.

Jürg Fischer, Zürich

*

Kein Punk-Stunk

«Punk statt Stunk», von O. Scheiben und K. Angst in Nr. 3/79

Die Verfasser des Artikels «Punk statt Stunk» distanzieren sich in aller Form von den von der Redaktion gewählten Titeln, die in völligem Widerspruch zum Inhalt des Textes und zu unseren Intentionen und Vorschlägen stehen. Es braucht schon die Gegenwartsferne des eingesottenen 68ers, um mit dem Reflex eines Pawlowschen Hundes Punk und Disco gleichermassen als Fluchtphänomene zu verorten. *Kenneth Angst, Oskar Scheiben*

treff punkt Kontaktinserate

Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr., «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich

BS: Student (25/178/65) sucht etwa gleichaltrigen **Freund** zum Aufbau einer verlässlichen, für beiderseitige Interessen offenen Freundschaft. Zuschriften mit Bild an Chiffre B 434.

Magerer, bärtiger Wassermann (31), gesunder Freigeist mit viel Zeit und wenig Geld, sucht **natürliche, sich selbst beobachtende Frau ohne Illusionen,** die mit viel Einfühlung versuchen würde, mir den Weg aus meiner angewöhnten Homosexualität in die Mitte der Bisex. wieder gangbar zu machen. Raum Bern–Olten. Bildzuschrift an Chiffre A 433.

Bürolist (25) möchte **mit einer sensiblen Frau** eine tiefe Beziehung aufbauen. Bist Du wie ich an sozialen und politischen Problemen interessiert, kurz; an allem, was uns auf- und anregt!? Bitte schreibe mir (eventl. mit Bild). Chiffre C 435.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rp. frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich, Einsendeschluss wie Inseratenschluss (vgl. Impressum).**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in den Rubriken «treffpunkt», «Flohmarkt».)

Suche Reisebegleiter(in) zwischen 16 und 20, die (der) Lust hätte, mit mir (17½jähriger Lehrling) **kreuz und quer durch Spanien und Portugal** zu trampen (vom 8. 7. bis 5. 8.). Serge Uberto, Holzgasse 236, 5242 Lupfig AG, Telefon (nur am Abend) (056) 94 85 06.

Wer kommt mit mir **mit dem SSR nach Korsika** (Figareto)? Mögliche Daten: 6.–20. 7. oder 20. 7.–3. 8. Apothekenhelferin, 18 Jahre alt, unkompliziert, liebt Sonne, Meer und Unterhaltung. Tel. (034) 22 49 12.

Wer hat vom 5. Mai bis 19. Mai 79 Ferien und kommt **kurzentschlossen mit mir irgendwohin?** Ich, weiblich, 25, liebe das Abenteuer. Käthi Huber, Rotenhof 3, 5012 Schönenwerd.

Nordamerika: 4–6 Wochen (Sept./Okt.) mit Miet- oder Kaufwagen **quer durch Kanada und/oder die USA.** Wer begleitet mich (21, Stud. Ing.-Agr., ab Juni in Toronto)? Robert Lehmann, Tanne, 3534 Signau.

Ein junger, gutaussehender Boy von 17½ Jahren sucht gutaussehende junge Reisepartnerin bis 25, für 2–3 Wochen **Ferien in Frankreich am Meer.** Die Sommerferien kann ich vom 7. 7. bis 12. 8. einteilen. Melde Dich bald über (052) 33 13 07.

Ich (20) suche Reisepartner(in) für Amerika-Trip auf Mai, Juni. Möchtest auch Du **Amerika erleben und ca. ½–1 Jahr dort verbringen?** Tel. (056) 22 76 62, Marlène Bloch, Kirchweg 151, 5422 Oberehrendingen AG.

Medizinstudent (22) sucht Reisepartner(in) für **USA-Reise** vom 26. 8. bis 27. 10. 1979. Christoph Branger, Werkgasse 20, 3018 Bern.

Wer hätte Lust, mit mir eine **Interrail-Reise im Juli/August** für 2 Wochen zu unternehmen? Reiseroute noch unbekannt. Schreibt sofort oder telefoniert an: Kurt Müller jun., Postfach 21, 4533 Riedholz, Tel. von 18 bis 19.30: (065) 22 81 55.

Mit ufgschtellte Manne und Fraue es paar Woche nach **Algerie und Tunesie!** Möglichscht bald, per Schiff und Zug, i d Städt, as Meer, i d Wüeschti. Beat, WG Dapplesweg, 3007 Bern, 45 18 63.

SSR-Reisen

Angebote

Das Sommerprogramm 1979 des SSR ist erschienen. Neu sind die USA-Programme: Sonderflüge, die sich mit einem Sprachkurs oder einer Motorhome-Reise verbinden lassen, Ost-West-Trekamerica-Tours oder Western-Safaris (mit dem Höhepunkt einer achttägigen Schlauchboot-Expedition auf dem Colorado River im Grand Canyon). Vielfältig wie nie zuvor sind die Griechenland-Programme, die für jeden Reisestil-Geschmack und jedes Budget etwas Passendes bieten; ähnlich reichhaltige Angebote stehen etwa auch für Frankreich oder Marokko bereit. Die SSR-Spezialität, Tabarka, die populären Sundecker-Arrangements, Sportreisen für Aktive und Passive, Eurotrain, die exklusive Nuristan-Expedition und die Workshops gehören auch 1979 wieder dazu.

(Programme erhältlich bei: SSR, Postfach 3244, 8023 Zürich.)

Ich (18, m) möchte **3 Wochen nach England** (Juli/August) und suche dafür Partnerin von 17 bis 20 Jahren. Es ist geplant, London und andere interessante Städte zu besuchen – mit öffentl. Verkehrsmitteln. Bodo Reinke, Am Wiesengrund 2, D-6541 Ellern.

Suche Partner, der mit mir im Privatflugzeug durch **Nordamerika** fliegen will. Tel. P. (061) 81 36 06, 81 38 35; G. (061) 81 22 21. Zeit: Sommerferien 79.

Unternehmungslustiger, 27 Jahre junger Schweizer, zurzeit in den USA tätig, sucht **Reisepartnerin für Alaska–Feuerland-Trip.** Auto (VW-Bus) und Ausrüstung vorhanden. Reisebeginn Frühjahr 1980. Walter Leimgruber, 22, Columbus Ave, New Providence, N.J. 07974, USA.

Basler, 1.72, sucht für Ferien in Korsika, auf den «Sunny-Cruise»- oder «Katerina»-Kreuzfahrten oder auf den «Sundecker»-Programmen «Vive la France» oder in Spanien charmante, originelle, **sonnenhungrige, hübsche Partnerin** (bis 26). Reisetermine nach Vereinbarung. Hans Georg Müller, Lehenmattstrasse 240, 4052 Basel, (061) 41 62 57.

Mireille Fort (27), professeur d'anglais, cherche garçon ou fille pour faire **le tour de l'Irlande** à bicyclette comme proposé par SSR du 15. 9. 79 au 29. 9. 79. 74 540 Cusy par Alby/Cheran. France.

Je cherche partenaires pour un voyage de deux mois (août–septembre) **en bus et en train au Kenya et en Tansanie.** Antoine Blaettler, Rhodanie 64, chambre 423, 1007 Lausanne.

Für Ende April/Mai ca. 4 Wochen **nach Griechenland Reisepartnerin gesucht,** Alter 30–35. Ich arbeite an der ETH und Reise nicht gerne alleine, sondern lieber mit aufgestellter beweglicher, unkonventionelles Reisen liebender Partnerin. Tel. (01) 32 13 35, Elisabeth verlangen, oder privat (01) 980 15 65.

Spots

Die europäischen Atomenergiehoffnungen werden in absehbarer Zeit nicht in Erfüllung gehen. Zu diesem Ergebnis kommt das Nationale Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut in Grossbritanien. In 14 von 17 europäischen Staaten sind nämlich die Ausbaupläne der nuklearen Energieversorgung für das Jahr 1985 infolge technischer und finanzieller Schwierigkeiten drastisch reduziert worden. Der bis vor kurzem prognostizierte Anteil der Atomenergie an der totalen Energiebedarfsdeckung in Europa soll sich nach Angaben des britischen Institutes halbiert haben. Hierzulande sind allerdings bis jetzt keine Abstriche am Atomprogramm in Aussicht gestellt worden. Anscheinend hegt die schweizerische Energielobby immer noch geheime Exportpläne, jedenfalls soll das geplante AKW in Kaiseraugst vor allem Frankreich mit Atomstrom beliefern.

*

Grossbritannien erhält sein erstes «Atommuseum». Nach Angaben der britischen Atombehörde (UKAEA) soll der defekte Reaktor des «Schnellen Brüters» in Dounreay ausgebaut und das leere Reaktorgebäude für «Demonstrationszwecke» umgerüstet werden. Vorerst müssen sich allfällige «Museumsbesucher» noch 5 Jahre gedulden – das Reaktorgebäude muss nämlich zuerst noch entstrahlt werden, wie es in der Verlautbarung der UKAEA heisst.

*

Eine besondere Art «Aufklärung» praktizierte unlängst die Elektrizitätsgesellschaft von Philadelphia (USA): Statt der üblichen «Informationsfilme» liess sie die Konterfeis heimlich abphotographierter AKW-Gegner über das Fernsehen ausstrahlen. Die amerikanische Elektrizitätsgesellschaft muss sich jetzt wegen «Bespitzelung» und «illegaler Verwendung von Steuergeldern» vor dem Gericht verantworten.

*

Im September vergangenen Jahres wurde das Atomkraftwerk Mühleberg zur Durchführung der Jahresrevision und des Brennstoffwechsels vorübergehend abgeschaltet. Bei der Wiederaufnahme des Betriebs ereignete sich eine Panne. Durch ein Leck an einer Dampfzuleitung war radioaktiver Dampf entwichen. Von drei Arbeitern, die sich in der Nähe befanden, ist einer vom Dampfstrom direkt getroffen worden. («Berner Tagwacht»)

Erschienen:

Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978
(Ergänzung zum Verzeichnis 1972–77)

Das ganze Verzeichnis 1972–78 kostet 8.50 Fr. plus 70 Rp. Porto, die Ergänzung 1978 allein 2.50 Fr. plus 70 Rp. Porto.

Bitte bestellen Sie sofort. Die Auslieferung läuft.

Bezahlung in Briefmarken an «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, oder auf Postcheck 80 - 37626, «das konzept», Zürich, mit Vermerk: Verzeichnis 72–78, oder: Ergänzung 78.

Die Telefonziitig

braucht Hörer, Informanten und Gönner (01/242 11 12) (01/242 63 27) (PC 80 – 53650)

hey

das profilierte Schweizer Homo-Magazin mit dem besten Unterhaltungsteil. Erscheint monatlich mit über 40 Seiten voll engagierter Information in Bild und Text.
Unterlagen bei: SOH, Box 428 CH-8022 Zürich.

ROCK-LPs
Bereits ab Fr. 8.50
Aber auch
Alternative Bücher
COMIX ☆
& Posters
Katalog gratis bei:
APE-RECORDS
Postfach 240
9004 St. Gallen

Rotbuch Verlag

Prokla 31

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Bahro-Diskussion:
Spohn: *Bahros Beitrag zur Sozialismus-Diskussion*
Schäfer: *Was bürokratischer Sozialismus?*
Erbe: *Klassenantagonismus oder Schichtendifferenzierung?*
Damus: *Intelligenz im «realen Sozialismus»*

Einzelheft 9 Fr., Abo im Jahr (4 Nummern) 28 Fr. durch Ihren Buchhändler oder bei: buch und information 8915 Hausen am Albis

verlag olle & wolter

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr. 19

Herbert Marcuse: *Über Bahro, den Protosozialismus und den Spätkapitalismus*

Weitere Beiträge zu Bahro von E. Altvater, R. Steinke, W. Süss, U. Wolter

(kritik-Autoren: Dutschke, Fleischer, Jungk, Krippendorff, Mandel, Negt, Rabehl, Steffen u. a.)

Einzelheft 7 Fr., Abo im Jahr (4 Nummern) 24 Fr. durch Ihren Buchhändler oder bei: buch und information 8915 Hausen am Albis

eva

Rudolf Bahro, Die Alternative

Ungekürzte Studienausgabe 543 Seiten, 16.80 Fr.

eva

Rudolf Bahro, Dokumentation

2., erweiterte Auflage, 128 Seiten, 9.80 Fr.

verlag olle & wolter

Antworten auf Bahro

Herausgegeben von Ulf Wolter

232 Seiten, 14.80 Fr.

Im Anschluss an Bahro: die Frage nach dem revolutionären Subjekt?

Wer macht unsere Revolution?

Von Oskar Scheiben

Die Bedeutung von Bahros Thesen für den Westen diskutieren, so hiess das Fazit unseres ersten Beitrags zu Bahro (vgl. Nr. 1/79). Dieser zweite Artikel ist eine Heraus-Forderung an die Linke: Abrücken von der historisch überlebten Vorstellung des Proletariats als revolutionärem Subjekt, oder: Unsere Revolution geht von anderen Gruppen aus, worunter die Intelligenz eine führende Rolle spielt. Die hier vorgebrachten Thesen bedürfen der Diskussion. Einen ersten Widerspruch drucken wir als Kommentar.

Nicht einmal mehr die herrschende Klasse ist glücklich. Die allen Voraussagen zum trotz ungebrochene Dynamik der kapitalistischen Ökonomie beginnt in ihrer zunehmend brutalere und perversere Formen annehmenden Aneignung der Natur die Lebensgrundlage der menschlichen Gattung selbst zu zerstören. Eine psychische und emotionale Verelendung greift um sich, die immer weniger durch kompensatorische Warenfülle zugedeckt werden kann. Der Persönlichkeitszerfall scheint allgemein zu werden, und der primären oder sekundären Neurotisierung entgeht der einzelne nur zufällig. Verarmung auch im ästhetischen Bereich, wo das schnellwirkende und ebenso schnell vergehende Modeschöne sich breit macht.

Und doch scheint in den höchstentwickelten Metropolen die kapitalistische Organisationsform stabiler denn je. *«Die proletarische Revolution im Westen hat es nicht gegeben; und ihr Eintreten in der bisher erwarteten Form wird immer unwahrscheinlicher».* Die materiellen Voraussetzungen sind längst erfüllt, die Produktivkräfte (Technologie, Produktionsanlagen, Ausbildung) haben einen Stand erreicht, der die «Gesellschaft ohne Unrecht» möglich, ja überfällig macht. Und doch regt sich wenig, dauern die unvernünftigen Zustände an. Wer soll sie umstürzen?

Der überholte Begriff «Proletariat»

Bei Marx und Engels liest's sich einfach: Weil sich *logisch* als künftige revolutionäre Klasse einzig das Proletariat anbot, wurde ihm diese Aufgabe auch *historisch* zugewiesen. Aber bei den Klassikern ist vom Begriff «Proletariat» materielles Elend und politische Rechtlosigkeit nicht wegzudenken. Die «Proletarier» hatten gemäss dem Kommunistischen Manifest «nichts zu verlieren als ihre Ketten», heute haben sie ihren Wagen, ihren Fernseher, ihre Ferien in Mallorca, ihre Pensionskasse. (Diese Aussage übersieht keineswegs die höchst ungleiche und in den letzten Jahren tendenziell noch ungleicher werdende Verteilung der erarbeiteten Güter, sie weist aber auf die grundsätzlich veränderte Handlungsdisposition des Arbeiters hin.)

Nach Marx sollte das Proletariat im entwickelten Kapitalismus die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Die Entwicklung verlief gleich und doch anders als prophezeit. Einerseits macht heute jene Gruppe, die dem ursprünglichen Proletariat noch am nächsten kommt – die Industriearbeiter –, eine geringe Minderheit aus. Andererseits ist die grosse Mehrheit, von der Putzfrau über den Kopflanger bis zum Direktor, lohnabhängig, gehört also zum gesellschaftlichen «Gesamtarbeiter». Doch ist diese bunt zusammengewürfelte Menge mit ihren unterschiedlichsten Bedürfnissen und Motivationen noch *Klasse,* ist sie nicht vielmehr diffuses, geschichtetes «Volk»?

Klasse, Klassengesellschaft sind unter den heutigen Verhältnissen wohl noch korrekte Begriffe in letzter theoretischer Ableitung, für die praktische Politik fehlt ihnen jegliche Griffigkeit und jegliches Auflösungsvermögen.

Die neuen revolutionären Gruppen

Und doch hält die traditionelle Linke ebenso krampfhaft wie dogmatisch an Floskeln wie «Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft» fest und sieht, wenn ein paar hundert Arbeiter irgendwo in den Streik treten, gleich die Morgenröte der Revolution aufsteigen. Als wäre der sogenannte Arbeiter nicht durch Friedensabkommen, schnittige Konsummuster und reformistische Parteien verlässlich in die bürgerliche Gesellschaft, den bürgerlichen Staat integriert.

Wer heute Marx in der Methode treu bleiben will, muss sich in vielen Punkten *gegen* dessen Prophezeiungen wenden und einige liebgewonnene Begriffe revidieren und weiter entwickeln. Es macht denn auch die Qualität von Bahros Alternative aus, dass er in ihr Marx nicht wiederkäut, sondern anwendet – auch gegen ihn selber.

Noch immer gilt: Es ist die konkrete historische Situation zu analysieren; und noch immer gilt: Es sind die konkreten gesellschaftlichen Widersprüche herauszuarbeiten. Wenn auch der Klassenbegriff zunehmend bedeutungslos wird – die Tatsache, dass weiterhin kapitalistisch produziert wird, bleibt. Hergestellt werden nicht planmässig Güter für den Bedarf, sondern anarchisch Tauschwerte, die Gewinn abwerfen müssen. Mehr denn je erscheint der gesellschaftliche Reichtum als *«eine ungeheure Warensammlung»,* alles wird zur Ware bis hin zu persönlichen Beziehungen, die gleichfalls als Tauschakte aufgefasst werden.

Gerade an diesen beiden Punkten – der Profitorientiertheit des Produzierens und der Warenförmigkeit des Denkens und Fühlens – sowie an dem allgemeineren Problem der entfremdeten Arbeit haben sich die neuen Protestbewegungen entzündet. Nicht mehr materielles *Elend* führt zum Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse, sondern gerade die relative *Absättigung* mit Gütern und bürgerlichen Werten ist Voraussetzung für die Auflehnung. Die 68er Bewegung mag als der Prototyp dieser neuen Form von Kontestation gelten; wesensähnliche Züge in unterschiedlicher Ausprägung finden sich bei allen bürgerinitiativ aufgebauten Bewegungen (AKW, Umweltschutz, Frauen, Bürgerrechte usw.): Keine Klasse erhebt sich hier, schon gar nicht eine verelendete, noch entzündet sich der Aufruhr in der Produktion – und der Zeitpunkt: am Gipfelpunkt einer beispiellosen Phase von Hochkonjunktur!

Der Gegensatz, die mehrfache Ungleichzeitigkeit (generationell, konjunkturell), zu den klassischen Kämpfen der Arbeiterbewegung könnte krasser nicht sein; nicht zufällig daher das völlige Unverständnis, ja die teilweise blanke Ablehnung von dieser Seite her. 1968 war auch kein Kampf um einige Lohnprozente oder eine Ferienwoche mehr, wozu die «Klassenkämpfe» der integrierten Arbeiterbewegung degeneriert sind, sondern Aufstand, der aufs Ganze ging: neue Werte, neue Lebensinhalte und -formen, Befreiung des Eros, Abbau von Unterdrückung und Autorität, solidarisches Leben und Produzieren, Absage an das Leistungsprinzip, Make Love not War usw.

Die rückständige Revolutionstheorie

Die traditionelle Linke rümpfte bloss die Nase ob dieser zornigen ausgeflippten Jugend, aber de Gaulle zitterte doch eine Woche lang, und die Welt war danach nicht mehr diesselbe. Auch zehn Jahre danach scheint ein Grossteil der Linken noch immer nicht begriffen zu haben, worum es 1968 ging und was für Chancen damals vertan worden sind. Paradoxerweise ist es ein ostdeutscher Apparatschik, Bahro, der Frankreich 1968 wie selbstverständlich in die Reihe gescheiterter Revolutionen nach 1848 und Deutschland 1918/19 einreiht.

Im Bereich von Staats- und Revolutionsanalyse scheint der Rückstand vieler marxistischer Theoretiker mittlerweile auf ein halbes Jahrhundert und mehr angewachsen zu sein. Abgesehen von einigen Eurokommunisten, die vorsichtig Gramscis Staatstheorie ausgraben, wird unentwegt noch Lenins Revolutionskonzept angestarrt, das unter Umständen seine Richtigkeit bewies, die von den unsrigen ebenso weit entfernt sind wie der Bastille-Sturm vom Sklavenaufstand des Spartakus. Gramsci erkannte, dass in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften Herrschaft weniger durch den staatlichen Machtapparat als vielmehr durch konsenserzeugende Institutionen wie Familie, Kirche, Schule, Medien, Kultur gesichert wird. Darum kann es auch nicht mehr darum gehen, einfach «den Staat zu zerschlagen», sondern die sozialistische Bewegung hat in einem «Stellungskrieg» ihrerseits eine ideologisch-moralische Hegemonie aufzurichten.

Auch Gramsci liegt heute 40 Jahre zurück, gesellschaftlicher Wandel, neue Praxiserfahrungen und sozialwissenschaftliche Erkenntnisse lassen heute den modernen Staat in zwei Punkten besonders verletzlich erscheinen: in seiner Fähigkeit, sich *genügend Legitimation* (selbstverständliche Anerkennung) zu verschaffen, und im Problem *inflationierender Macht,* welches letztere jeder Tramschienenbesetzer zwar aus eigener Praxis kennt, in die linke Theorie jedoch nicht Einlass gefunden hat.

Der spätkapitalistische Staat übt immer mehr Macht aus, droht also in immer neuen Bereichen mit negativen Sanktionen, ist aber faktisch in seinen Mitteln durch rechtsstaatliche Prinzipien und die zivilisatorische Entwicklung immer mehr eingeschränkt: Der schweizerische Bundesrat kann, anders als Somoza, nicht einfach mit Panzern auf Demonstranten schiessen lassen. Das ist die Kehrseite der Entwicklung: Herrschaft durch Konsens statt durch offene Gewalt. Macht, die nicht mehr wirkungsvoll öffentlich dargestellt werden kann, wirkt rasch unglaubwürdig und überzogen. Dem Staat geht es wie dem alptraumgeplagten Bankier: Nur ein kleiner Teil der Guthaben ist liquid – plötzlich stehen alle Kunden vor dem Schalter und fordern ihr Geld.

Die Wichtigkeit einer «Kulturrevolution»

Marx hat für den Früh- und Hochkapitalismus nach jener Klasse gesucht, welche die gesellschaftlichen Widersprüche am eigenen Leib erfährt; heute haben wir, unter veränderten Umständen, dieselbe Frage neu zu stellen: Welche Gruppe innerhalb der breiten Klasse der Lohnabhängigen erfährt im Spätkapitalismus Widersprüche an Leib und Seele am stärksten?

Vierzig Jahre gesellschaftliche Analyse durch die Kritische Theorie (Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas u.a.) haben in der Erkenntnis kulminiert, dass im Spätkapitalismus die wirklichen Bedürfnisse der Individuen noch immer unbefriedigt sind, aber durch künstlich geschaffene kompensiert werden. Bahro definiert diesen Sachverhalt mit dem endlich richtigen Begriffspaar:

«Die *kompensatorischen* Interessen auf der einen Seite sind die unvermeidliche Reaktion darauf, dass die Gesellschaft die Entfaltung, Entwicklung und Bestätigung zahlloser Menschen frühzeitig beschränkt und blockiert. Die entsprechenden Bedürfnisse werden mit Ersatzbefriedigungen abgespeist. Man muss sich im Besitz und Verbrauch von möglichst vielen, möglichst (tausch)-wertvollen Dingen und Diensten dafür schadlos halten, dass man in den eigentlich menschlichen Bedürfnissen zu kurz gekommen ist.

Die *emanzipatorischen* Interessen dagegen richten sich auf das Wachstum, die Differenzierung und die Selbstverwirklichung der Persönlichkeit in allen Dimensionen menschlicher Aktivität.»

Die Herrschaft des Kapitals ist solange nicht bedroht, wie die Individuen in ihren kompensatorischen Interessen befangen bleiben und die kapitalistische Ökonomie die entsprechenden Bedürfnisse einigermassen abzudecken vermag. Der Springpunkt jeder Veränderung liegt demnach in einer *Kulturrevolution* im wahrsten Sinne: einer «Umwälzung der ganzen subjektiven Lebensform der Massen» ihrer Trieb- und Bedürfnisstruktur.

Daraus lassen sich auch die nötigen Schlüsse betreffend das künftige revolutionäre Subjekt ziehen: Es sind Gruppen, deren grundlegende materielle und kompensatorische Bedürfnisse abgesättigt sind und/oder die dank ihrer privilegierten Ausbildung und Arbeit «überschüssiges Bewusstsein» (Bahro) sich aneignen und ihre Persönlichkeit entwikkeln konnten. Dieser neue Typ des Revolutionärs hat mit dem klassischen Proletarier offensichtlich nicht mehr viel gemein. Bahro formuliert es noch deutlicher: Es sei schlechthin unmöglich, «dass eine unterdrückte, der Arbeitsteilung unterworfene, entfremdete Klasse von unmittelbaren Produzenten ‹selbst› herrschende Klasse werden und in dieser Rolle die Hegemonie über den ganzen Kulturprozess ihrer Gesellschaft ausüben könnte.»

Damit ist nicht etwa die klassische Arbeiterbewegung überflüssig geworden; ihre guten Traditionen sind genügend im gesellschaftlichen Gedächtnis verankert, um gerade bei Konjunktureinbrüchen bewusstseinsbildend und politisierend zu wirken. Doch ihr Monopolanspruch ist unhaltbar. Zum Problem wird vor allem die Koordinierung und Synchronisierung der beiden zwiefach ungleichzeitigen Bewegungen: der neuen tendenziell aufsteigenden und der alten tendenziell schwächer werdenden, der mit Überfluss verknüpften und der krisenverbundenen.

Reise nach innen – in die Revolution

Die neue Perspektive erfordert ein radikales Neudenken linker Strategie von der objektiven zur subjektiven Seite hin. Ich beschränke mich auf zwei Punkte:

1. Immer wichtiger wird die *«positiv-konkrete Antizipation»* der Freiheit, das heisst Gegenwart des Ziels im Hier und Jetzt des Lebens» (Marcuse). Gemeint sind gelebte Alternativen wie Sprengen der kleinfamilialen «Strukturfabrik» in Wohngemeinschaften, Ausscheren aus genormtem Konsum, aus leistungsorientierten, hierarchischen Produktionsstrukturen. «Wofür man also aktiv werden soll, das will man gefälligst am eigenen Leib spüren» (Wolfgang Kraushaar). Ansatzweise wird hier der Panzer der kompensatorischen Bedürfnisse gesprengt – sofern der einzelne nicht in einen bewusstlosen Kult von Unmittelbarkeit verfällt, der in reiner Subjektivität schon das Wahre entdeckt zu haben glaubt. Reflexion, Theorie ist nötiger denn je, aber eine richtige, die das konkrete Leben erreicht.

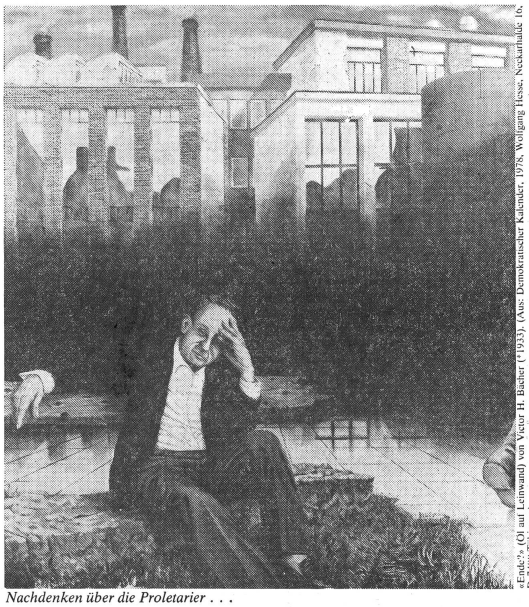
2. Kulturrevolution ist psychischer Aufschwung, emotionale Erhebung. Schon Ernst Bloch bedauerte in einer Abwandlung eines Engels-Zitats, dass der Sozialismus sich möglicherweise allzu sehr von der Utopie zur Wissenschaft entwickelt habe. Wir haben uns die neue Gesellschaft als eine «freie Assoziation solidarischer Individuen» leibhaftig und lebensnah auszudenken und auszumalen; Bahro ist auch hier vorangegangen. So wird die «Idee», weiter gefasst als Bewusstsein und Triebstruktur, zur entscheidenden materiellen Gewalt. ●

Bahros Kulturrevolution

Dies sind die sich wechselseitig bedingenden Hauptrichtungen von Bahros Kulturrevolution und zugleich ein Beispiel einer konkret-objektiven Utopie (Die Alternative, S. 325ff.):

1. Die Arbeit wird nach Prinzip umverteilt, dass *«alle gleichen Anteil an den Tätigkeiten auf den verschiedenen Funktionsniveaus leisten».* Bahro sieht ein, dass die funktionale Arbeitsteilung auf dieser Stufe nicht mehr rückgängig zu machen ist, aufhebbar ist sie dadurch, dass alle gesellschaftlichen Glieder sowohl kreative, dispositive wie monotone Arbeit leisten.
2. *«Umfassende Allgemeinbildung höchster (‹universitärer›) Stufe für alle.»*
3. Bewahren und Fördern von *«Entwicklungsfähigkeit und -bereitschaft bei der überwiegenden Mehrzahl der Heranwachsenden»,* statt sie bei den meisten zu hemmen und zu zerstören.
4. Herstellen von *«Bedingungen für ein neues Gemeinschaftsleben auf der Basis autonomer Gruppen, um die sich erfüllte menschliche Beziehungen kristallisieren können».*
5. Wirkliche *«Vergesellschaftung (Demokratisierung) des allgemeinen Erkenntnis- und Entscheidungsprozesses».*

- Rudolf Bahro, Die Alternative (EVA) (jetzt als Paperback für 16.80 Franken erhältlich)
- R. Bahro, «Ich werde meinen Weg fortsetzen». Eine Dokumentation (EVA)
- Stellungnahmen zu Bahro (Briefe) (rororo)
- Antworten auf Bahros Herausforderung des «realen Sozialismus», hrsg. von Ulf Wolter (Olle & Wolter)
- Herbert Marcuse, Über Bahro, den Protosozialismus und den Spätkapitalismus, in: Kritik, Nr. 19, 1978
- W. Kraushaar, Linke Geisterfahrer: zum Bahro-Kongress, in: links, Januar 1979



«Ende?» (Öl auf Leinwand) von Victor H. Bacher (*1933). (Aus: Demokratischer Kalender, 1978, Wolfgang Hesse, Neckarhalde 16, D-7400 Tübingen)

Nachdenken über die Proletarier . . .

Uns geht's gut!

Thesen wie die, Ideen seien entscheidende geschichtliche Kraft, kann man kurzerhand als Idealismus vom Tisch wischen. Bürgerlich. Ich meine aber, man (und wer das ist, soll noch angedeutet werden) soll sich mit ihnen auseinandersetzen. Denn diese Thesen sind in vielen unserer Köpfe vorhanden, sind Resultat der Kopfarbeit, das lange Ausbleiben des sozialen Wandels zu begreifen. Ich möchte nur einige Punkte kurz erwähnen.

Wirtschaftliches Wohlergehen ist die Grundannahme, die nicht weiter reflektierte Basis dieser Thesen. «Materieller Wohlstand» mag eine relativ breite Schicht von Schweizern kennzeichnen, nicht aber die grosse Mehrheit der Bevölkerung nur schon der westlichen Industrieländer: Muss man an die niedrigen Durchschnittseinkommen des grössten Teils der Lohnabhängigen erinnern? Oder an die über 13 Mio. Arbeitslosen in Europa und Nordamerika?

Von wirtschaftlichem Wohlstand zu reden angesichts der Armut der dritten Welt scheint mir allerdings fast schon zynisch. Um so mehr, als unser relativer Wohlstand das präzise Resultat der Ausbeutung der dritten Welt ist. Davon ist in den Thesen nirgends die Rede.

Eine Gesellschaft ohne Unrecht als heute wirtschaftlich möglich ausgeben heisst in etwa: nationalistisch (auf die Schweiz bezogen) denken, heisst, elf Zwölftel der Erde vergessen. Und die ungerechte nationale Verteilung der Güter? – findet lediglich in einer Klammer Erwähnung.

Die Stabilität des kapitalistischen Systems, die politische Integration der Mehrheit als Fakt hinstellen genügt nicht: Deren Ursachen wären eben anzudeuten. Und da spielen doch der ökonomische Druck, die Angst vor Entlassung, Lohnabbau, entfremdender Arbeit usw. die ganz entscheidende Rolle.

Kommt dazu: Wie kann man von politischer Integration einer Bevölkerung reden, die mehrheitlich beim Demokratie-Stelldichein ausbleibt? Und wenn dann, trotz der ungeheuren und ungeheuer subtilen Unterdrückung der Bürger, einige sich wehren, im Streik, im Protestmarsch oder so, dann sind das doch nicht «ein paar hundert Arbeiter irgendwo». (Das einzige, was da an Röte hochkommen könnte, ist die der Scham angesichts soviel Überheblichkeit.)

Dass Gruppen oder Parteien Streiks unterstützen, kann doch nicht als blosse Revolutionsfreude abgetan werden. Das ist auch Solidarität. Empörung über Ungerechtigkeit. Weiter: Die Anspielung, unsere Linksparteien hätten alle die bornierte Vorstellung, vor der Erstürmung des Bundeshauses könne von Revolution nicht die Rede sein, trifft nur eine böse Karikatur dieser Gruppen. In der Praxis wird doch schon seit langem – mindestens seit 68 – auf «allen Ebenen» gekämpft: auch kulturell, für neue Verhaltensweisen: Solidarität, für ein neues und besseres Verhältnis der Geschlechter, für ein kritisches, besser informiertes Bewusstsein usw.

Opposition, und auch diese, ist doch zu einem ganz wesentlichen Teil dafür verantwortlich, dass es heute überhaupt «rechtsstaatliche Schranken» der Herrschaft gibt.

Von diesen Thesen und den darin eingeschlossenen Annahmen sind also alle die betroffen, die für eine gerechte Gesellschaft, für die Entfaltung der Menschen in der Gesellschaft kämpfen: Sie alle sind dieses «man», das ich eingangs erwähnte. Und ihnen entgegen stehen die, welche ihre Macht und ihren Reichtum verteidigen, mit Haut und Haar und Polizei und Militär und Medien und Schulen und . . . Da soll man nicht mehr von «Klasse» reden? Mir scheint: immer mehr. Aber an den Wörtern soll unsere gemeinsame Anstrengung nicht scheitern.

Ruedi Küng

GOTTES DIENSTE

in der Predigerkirche
neben der Zentralbibliothek

Freitag, 4. Mai
17.30 Uhr Orgelrezital: **Thedi Wegmann**
18.15 Uhr **GLAUBEN, LÄSTERN**
Prediger: **E. Specker,** Professor für Mathematik
Freitag, 8. Juni
17.30 Uhr Orgelrezital: **Ursula Hauser**
18.15 Uhr Prediger: **W. Bernet,** Professor für prakt. Theologie
Freitag, 6. Juli
19.00 Uhr Gottesdienst in der Helferei
Kirchgasse 13
Anschliessend FEST ZUM SEMESTER-SCHLUSS

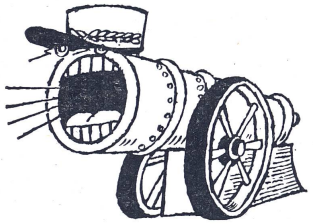
ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 26. April
12.15 Uhr, Uni-Hörsaal 118

ASYLUM

Peter Robinson, USA, 1972

Ein Film über die Bewohner und den Alltag in der therapeutischen Wohngemeinschaft (Kingsley Hall/London), wo der Psychiater Ronald D. Laing zwischen 1969 und 1972 seine Theorien praktizierte.



Dienstag, 8. Mai
20.15 Uhr, Uni-Hörsaal 120

CHRISTENTUM UND MILITARISMUS

Kritische und selbstkritische Überlegungen von **Wolfgang Huber** (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg)

gemeinsam veranstaltet mit dem Katholischen Akademikerhaus (AKI)

Freitag, 11. Mai
20.15 Uhr, Uni-Hörsaal 104

EIGENTLICH MÖCHTEN ÄRZTE UND PSYCHOLOGEN KRANKE HEILEN

Mario Erdheim, Ethnologe, Zürich:
WAS HEISST KRANK?
Verschiedene Begriffe – unterschiedliche Therapien

Samstag, 12. Mai
9–16 Uhr, Foyer Voltastrasse 58
Mediziner und Psychologen reden anhand von Beispielen aus der Praxis über Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Samstag/Sonntag, 19./20. Mai
auf Boldern

ENERGIEPOLITIK UND KIRCHE

Wieviel Energie brauchen wir? Sind Atomanlagen jetzt oder längerfristig lebensbedrohend? Vertragen sich Demokratie und Grosstechnologie? Was wäre der Beitrag der Kirche zu diesen Fragen?

gemeinsam veranstaltet mit Boldern

Samstag, 9. Juni

RIKON – TIBET IM TÖSSTAL

Wanderung nach Rikon – Besichtigung des Instituts und Gespräche mit den Mönchen
Das klösterliche Tibet-Institut in Rikon wurde vor 10 Jahren als neues geistiges Zentrum der im Exil lebenden Tibeter gegründet. Die 8 buddhistischen Mönche erfüllen für ihre entwurzelten Landsleute wichtige Funktionen wie Erhaltung des tibetischen Kulturgutes durch Unterrichten der Tibeter-Kinder in Schrift und Sprache, wissenschaftliche Tätigkeit an Hochschulen, Öffentlichkeitsarbeit.
Wir werden – nach einer beschaulichen Wanderung – Gelegenheit haben, mit den Tibetern über ihr Leben, ihre Heimat, ihre Schwierigkeiten in der Schweiz zu sprechen.

Mittwoch, 13. Juni
20.15 Uhr, Uni-Hörsaal 118

«. . . SEIT EIN GESPRÄCH WIR SIND»

Die Aktualität Hölderlins und die studentische Situation

Götz Hübner, Germanist, Schorndorf/BRD

Freitag/Samstag, 15./16. Juni

SCHATTEN

Tiefenpsychologie und Bibel
mit **Robert Strubel,** Analytiker

All das, was ich an mir selber als negativ erlebe und vernachlässige, kann als Schatten bezeichnet werden. Es gibt biblische Texte zu dieser Thematik. Wir setzen uns mit ihnen auseinander.

Freitagabend und Samstagmorgen
im Foyer Voltastrasse 58

Freitag, 22. Juni
20.15 Uhr, Uni-Hörsaal 104

MACHBARE UTOPIEN

Vortrag von **Yona Friedmann,**
Professor für Architektur, Paris

Unter welchen politischen Bedingungen können ökologisch sinnvolle Siedlungen realisiert werden? Welche Rückwirkungen auf die Gesellschaft haben alternative Wohn- und Arbeitsformen?
Gemeinsam veranstaltet mit der Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU)

Samstag, 23. Juni
9.30–12 Uhr, Foyer Voltastrasse 58

Gruppengespräch mit Yona Friedmann
zum Vort(r)agsthema

Freitag/Samstag, 29./30. Juni, evtl. zusätzlich
Samstag/Sonntag, 7./8. Juli, auf Boldern

DEZENTRALE – SELBSTVERWALTUNG

Wohin zielt das Engagement für dezentrale Strukturen? Selbstverwaltung ist mehr als eine Strategie. Sie verändert unsere Lebenshaltung, unser Verantwortungsbewusstsein und unsere Beziehungen zueinander.

gemeinsam veranstaltet mit Boldern

28. August–15. September

SOMMERUNI 79

Etwa 60 Leute aus Bern, Zürich und anderswo treffen sich im Haus Löwenberg in Schleuis, Ilanz, um Neues zu erfahren unter dem Motto «Alternatives Lernen».
- Aufbauarbeit auf biol.-dyn. Bauernhof
- Umgehen mit Wolle, Farbe, Spindel, Webrahmen
- Feste feiern, gesund kochen und essen
- Kontakte mit Umweltgruppen wie «Pro Rein Anteriur»
- Bergsteigen, Wandern, Kräuter sammeln

Kosten: 120 Fr. für 2 Wochen, 170 Fr. für 3 Wochen, ohne Reise, Verdienende ein Drittel mehr

verantwortlich: Peter Berner, Hansueli Schmutz

GESELLIGKEIT

AM FRIITIG IM FOYER

Einmal im Monat, jeweils nach dem EHG-Gottesdient, ein Abend ohne festes Programm, bei einem schönen Essen,
mit Musik, Tanz,
guten Gesprächen mit neuen und alten Leuten

Daten: 4. Mai, 8. Juni, jeweils 19.30 Uhr
6. Juli Semester-Schlussfest etwa 20 Uhr

Donnerstag, 24. Mai

AUSFAHRT AN AUFFAHRT

Eine ganztägige Velotour durchs Züribiet (zwischen 40 und 60 km, je nach Lust und Ausdauer)
Besammlung: 8.30 Uhr, Hirschengraben 7
Wer kein Fahrrad auftreiben kann, mietet sich eines bei den SBB (Miete etwa 10 Fr.).
Anmeldung bis 22. Mai

EHG-VOLLVERSAMMLUNGEN

während und im Anschluss an die **BEIZ** am Freitagmittag
- am 12. Mai: Stellungnahme zur neuen Konzeption für die EHG
- am 22. Juni: Rückblick auf das Sommersemester 79 und Ideensammlung für das kommende Wintersemester

Einen Katzensprung weg von der Mensa gibt's jeden Freitag um 12.15 Uhr im Foyer am Hirschengraben 7 einen «währschaften Zmittag».
Wir verlangen dafür bescheidene 4.50 Fr. und bieten überdies eine individuelle Bedienung. Schau ungeniert einmal bei uns herein. Es ist eine gute Gelegenheit, das EHG-Team kennenzulernen.
Beginn: 20. April.

ATELIER

FRAUEN –
eine Selbsterfahrungsgruppe

Begegnung im Gespräch und mit nonverbalen Methoden (Rollenspiel, Körpererfahrung und Gestalten mit Farben und Lehm)
8 Montagabende jeweils 19.30–21.30 Uhr im Foyer Voltastr. 58 und 1 Wochenende
Leitung: **Brigitte Eugster** und **Evi Winizki,** Psychologinnen
Kosten: 135 Fr./170 Fr. für Verdienende
Beginn: 14. Mai

Anmeldung bis 7. Mai oder am
INFORMATIONSABEND: Montag, 7. Mai, 19.30 Uhr, Foyer Voltastrasse 58:
Interessierte Frauen können mit den Leiterinnen und untereinander ihre Ziele und die Möglichkeiten dieses Kurses diskutieren.

BEWEGUNG UND TANZ

Die Ausdrucksmöglichkeiten des eigenen Körpers kennenlernen, um damit spielerisch gestaltend umgehen zu können
7 Abende mit **Marianne Inselmini,** Rhythmik und Ausdruckstanz, Zürich
jeweils dienstags 18.30–20.30 Uhr
Foyer Voltastrasse 58
Beginn: 8. Mai
Kosten: 49 Fr.
Anmeldung bis 2. Mai

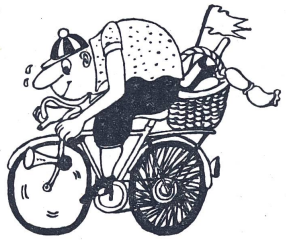
ARBEITSGRUPPEN

DRITTE WELT

Der eine Teil der Menschheit leidet an Überentwicklung, dem andern wird eine eigenständige Entwicklung verwehrt. Die Gruppe versucht, Zusammenhänge aufzudecken, weltwirtschaftliche Beziehungen zu verstehen und weiterzuvermitteln.

Untergruppen:
- **ÄTHIOPIEN/ERITREA:** Information über die Lage am Horn von Afrika, humanitäre Hilfe für das Gebiet der Eritreischen Volksbefreiungsfront
- **LATEINAMERIKA:** Peru und der Internationale Währungsfond
- **SÜDLICHES AFRIKA:** Beziehungen Schweiz–Südafrika, Lage der Befreiungsbewegungen
- **FINANZPLATZ SCHWEIZ:** Bankgeheimnis, Fluchtgelder, Einfluss der Schweizer Banken auf die Dritte Welt, Teilnahme an der Kampagne für die Bankeninitiative

Die Teilnehmer treffen sich jeden Mittwoch um 18.30 Uhr an der Voltastrasse 58 zum gemeinsamen Nachtessen; anschliessend Arbeit in den Untergruppen
erstmals am Mittwoch, 18. April
verantwortlich: Ulrike Hummel



ÖKOLOGIE UND POLITIK

Die Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke zeigt, dass es bei den anstehenden Umweltfragen um mehr als nur um technische Sicherheit, Ökonomie oder reine Interessenpolitik geht. Ziel: an praktischen Beispielen diese Zusammenhänge der verschiedenen Faktoren erkennen.

Untergruppen:
- **GEWERKSCHAFTSKURS:** Mitarbeit an Ökologie-Schulungskursen in Chemiegewerkschaft
- **ATOMKRAFTWERKE:** Informationskurse in Schulen und Gruppen

Neu:
- **VELO:** Beitrag zur Attraktivität und Sicherheit des Velofahrens in der Stadt
- **ALTERNATIVPRODUKTE:** Förderung von Vertrieb und Kauf von ökologisch sinnvollen Produkten

Treffen jeweils montags, Foyer Voltastrasse 58
19 Uhr Nachtessen; anschliessend Arbeit in den Untergruppen oder im Plenum
erstmals am Montag, 30. April
verantwortlich: Ruth Meierhofer, Hansueli Schmutz

GEWALTFREIHEIT

Gespräche, Planspiele, Rollenspiele, Übungen unter Leitung von **Peter Burckhart, Graziella Christen** und **Ueli Wildberger**

Der Versuch, der alltäglichen und politischen Gewalt mit gewaltfreien Mitteln entgegenzutreten

vierzehntäglich
jeweils donnerstags 19–22.30 Uhr
Foyer Voltastrasse 58
erstmals am 26. April

TREFFPUNKT
für Theologiestudenten und an Theologie und Kirche Interessierte

Theologie, Religion, Glaube als Themen menschlicher Realität:
was beschäftigt mich im Zusammenhang mit meinem zukünftigen Beruf, mit der Institution Kirche?

Eine Gesprächsrunde mit
- **Manfred Amez-Droz,** Gemeindepfarrer
- Kurt Straub

jeweils dienstags, 12.15 Uhr
Helferei (Kirchgasse 13)
erstmals 15. Mai

DAS PREDIGERBUCH

Eine Sammlung alttestamentlicher Weisheitssprüche, skeptische Sätze aus später Zeit, Meditationen, enttäuschte Gottessuche, Lob des guten Essens und Trinkens. Eine aus dem Rahmen fallende eindringliche Schrift am Rande der Bibel.

6 Leseabende, gemeinsam veranstaltet mit der Paulus-Akademie Zürich
jeweils donnerstags 18.15–19.45 Uhr
Hirschengraben 7
Beginn: 17. Mai

verantwortlich: Martina Schröder
Kurt Straub
Guido Vergauwen

PSYCHIATRIE

Noch immer ist psychische Erkrankung verbunden mit gesellschaftlicher Ächtung, Isolation und Vernachlässigung.
Wir suchen das zu durchbrechen und setzen dem entgegen:
- wöchentliche Besuche in psychiatrischen Kliniken (Burghölzli und Hard)
- eine Lektüregruppe (vierzehntäglich über Mittag)
- regelmässige Gespräche mit dem Oberarzt **Dr. Eberhard Rust,** Burghölzli. Diese ermöglichen Auseinandersetzung mit eigenen Gefühlen den Patienten gegenüber, bringen aber mit sich, dass Licht in versteckte Winkel unserer eigenen Psyche fällt.

EINFÜHRUNG:
Donnerstag, 26. April
12.15 Uhr Uni Hörsaal: **«ASYLUM»**
(siehe «öffentl. Veranstaltungen»)
18.15 Uhr Hirschengraben 7
Orientierung und Gruppeneinteilung
verantwortlich: Mariann Spoerri, Kurt Straub

WISSENSCHAFT UND EMANZIPATION

Was bedeutet uns die Wissenschaft, die wir uns aneignen sollten: ein wertfreies Erkenntnisinstrument, ein kostspieliges Hobby, eine Garantie von Status und Macht, ein Weg zu mehr Wohlstand, eine Möglichkeit, sich und andere zu befreien?
Es ist uns wichtig, nicht theoretische und allgemeinverbindliche Antworten, sondern unsere persönlichen Ansichten zu finden.
jeweils mittwochs, 12.15–14 Uhr
Foyer Hirschengraben 7
erstmals am 25. April
verantwortlich: Peter Berner, Hansueli Schmutz

Wie die Schweiz vor 70 Jahren auf den Terrorismus reagierte

«Man ist dem Wilhelm Tell was schuldig»

Von Tobias Kästli, Schribstube Bern

Während des Pruntruter Terroristenprozesses im letzten Jahr gab es kaum Stimmen der Sympathie für die Angeklagten Kröcher und Möller. Die beiden Deutschen wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Vor 70 Jahren hatten wir in der Schweiz schon einmal einen Terroristenprozess. Die Angeklagte, die Russin Tatjana Leontiew, hatte zugegebenermassen bei einem Terroranschlag einen Unschuldigen ums Leben gebracht. Trotzdem hatte sie das Verständnis eines Teils der Schweizer Bevölkerung und wurde vergleichsweise milde bestraft.

Am 25. März 1907 begann auf dem Schloss Thun der Prozess gegen *Tatjana Leontiew*. Nach viertägiger Prozessdauer fanden die Geschworenen die Angeklagte schuldig des vorsätzlichen und mit Vorbedacht begangenen Mordes. Mildernde Umstände wurden ihr zugebilligt. Die Geschworenen folgten auch der Ansicht der beiden Münsinger Irrenärzte, dass die Tat im Zustand verminderter Willensfreiheit begangen worden sei. Das Urteil lautete auf vier Jahre Zuchthaus abzüglich sechs Monate Untersuchungshaft und lebenslängliche Verweisung aus dem Kantonsgebiet.

Eine *freisinnige* Zeitung schrieb dazu: «Der Schlusseindruck mit dem Urteil, der dieser für unsere Verhältnisse so fremdartige Prozess zur Folge gehabt hat, scheint im Lande herum ziemlich befriedigend zu sein. Freilich meinen viele, man hätte mit der Dauer der Zuchthausstrafe höher gehen können. Wenn man aber den Gemütszustand dieser aus dem Gleichgewicht geratenen Person in Betracht zieht, so kann man sich auch mit diesen vier Jahren zufriedengeben. Sollte, wie es heisst, die Strafe in St. Johannsen oder Witzwil ausgehalten werden, so kann die Person dort bei angenehmer Arbeit mit Waschen, Gartenbau und leichtem Feldbau körperlich erstarken und geistig gesunden.»

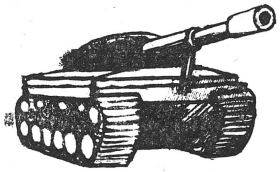
Im freisinnigen Lager hatte das Attentat von Interlaken also keine hysterischen Reaktionen ausgelöst. Die russische Terroristin wurde nachsichtig beurteilt. Man fühlte sich nicht verunsichert durch diese «aus dem Gleichgewicht geratene Person».

Das politische Klima in der Schweiz 1907

Die Frau, die sich selber als Terroristin bezeichnete, wurde entgegen dem Antrag des Staatsanwalts nicht zu acht, sondern bloss zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Dabei hatte sie in einem Restaurant des renommierten Kurorts Interlaken herumgeballert, was schädliche Auswirkungen auf den Fremdenverkehr haben konnte. Warum wurde nicht ein exemplarisches Abschreckungsurteil gefällt? Schliesslich waren damals politische Attentate in Europa an der Tagesordnung, und man hatte alles Interesse, ein weiteres Übergreifen des internationalen Terrorismus auf die Schweiz zu verhindern!

Es war auch keineswegs so, dass sich die Schweiz milde Richter erlauben konnte, weil sie ein Land des sozialen Friedens gewesen wäre. Im Gegenteil:

- Im März 1907 streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladenfabriken im Waadtland so lange, bis die übrige Arbeiterschaft aus Solidarität mitstreikte. Der Generalstreik wurde von der Waadtländer Regierung mit einem Truppenaufgebot beantwortet. Bei Konfrontationen zwischen Soldaten und Streikenden gab es mehrere Verletzte. Es wurde auch eine Bombe gefunden, die sich allerdings später als Attrappe entpuppte.
- Wilde Streiks waren an der Tagesordnung. Ein solcher wurde beispielsweise von den Arbeitern im Berner Eisenbahndepot durchgeführt, als sie sich von einem Vorgesetzten in ihrer Menschenwürde verletzt fühlten. (Dieser hatte verschiedentlich Arbeiter als «Läppi» oder «Laueri» tituliert.) Die Depotarbeiter von Thun und Biel traten aus Solidarität mit den Bernern ebenfalls in den Streik.
- In allen Arbeiterorganisationen wurde eifrig über die Strategie des Massenstreiks diskutiert. Die russische Revolution von 1905 hatte Denkanstösse gegeben. Die sozialdemokratische «Berner Tagwacht» berichtete fast täglich über Russland und prangerte «russische Zustände» auch in der Schweiz an.
- Die Sozialdemokraten verlangten an ihrem Parteitag, dass in der Truppenordnung Militäreinsätze bei Arbeitskonflikten ausdrücklich verboten würden.
- Im rechtslastigen «Berner Tagblatt» wurde die Aufstellung einer schweizerischen Polizeitruppe von 300 Mann gefordert (Busipo!).
- Während des Prozesses Leontiew beschuldigte die «Berner Tagwacht» die Bundesanwaltschaft, sie nutze die Terrorangst aus, um russische Sozialisten besonders zu beaufsichtigen, während die Geheimagenten des Zaren unbehelligt blieben. Schon vor Prozessbeginn hatte das sozialdemokratische Blatt die Bundesanwaltschaft heftig attackiert und die Vermutung geäussert, «dass das Bundesspitzelamt auf den bevorstehenden Prozess Tatjana Leontiew hin geschäftig bestrebt ist, der Mit- und Nachwelt die Unentbehrlichkeit der schönen Institution, die uns vor Jahren von Bismarck aufgedrängt worden ist, vor Augen zu führen».



Alles in allem kann man sagen, dass die Jahre 1906/07 von häufigen Arbeitskämpfen und heftigen ideologischen Klassenauseinandersetzungen geprägt waren.

Warum benutzte das Bürgertum den Fall Leontiew nicht, um die Linke generell mit Terrorismus in Verbindung zu bringen? Warum wurde der Terrorismus damals nicht zum Thema des ideologischen Klassenkampfs? Vielleicht, weil die Linke selbstsicher genug war, die Leontiew als Freiheitsheldin zu feiern. Vor allem aber, weil im Schweizervolk damals noch die Meinung verankert war, man sei der freiheitlichen Tradition der Schweiz einiges schuldig, und wenn eine Russin, die eben in ihrer Heimat solche Freiheit vermissen musste, gewalttätig werde, sei das nur zu gut zu verstehen. Dieser Stimmung mussten die Richter von Thun und die Redaktoren bürgerlicher Blätter Rechnung tragen.

Mit Wilhelm Teil im Herzen

Im «Berner Tagblatt» wurde das Urteil gegen Tatjana Leontiew zwar als viel zu mild bezeichnet. Man müsste sich fragen, zu welchen Zuständen es führen werde, wenn man in der Schweiz beinahe ungestraft einen Menschen erschiessen dürfe. In der «Tagwacht» wurden die Herren vom «Tagblatt» aber sofort getadelt; das Urteil sei nach gutschweizerischem Empfinden keineswegs zu mild: «Man gehe nach Thun, wo die Gerichtsverhandlungen stattfanden, so wird man die Stimmung erfahren und noch etwas erleben, wie einfache Frauen, Schweizer Bürgerinnen, zugestanden haben, dass viele von ihnen dasselbe machen könnten. Denn so einer Frau sind nicht nur die Lieder von Wilhelm Tell ins Herz gedrungen, sondern auch die Taten von ihm. Oder glauben die Herren vom ‹Tagblatt›, dass Wilhelm Tell den Gessler durch einen Kuss getötet hat?»

Die Haltung der Sozialdemokraten

Die *bernische Sozialdemokratie* engagierte sich für Tatjana Leontiew. In ihrem Organ, der *«Berner Tagwacht»*, wurde die Terroristin von jeder moralischen Schuld freigesprochen. Am Prozess fungierte als Verteidiger der *sozialdemokratische Nationalrat Dr. A. Brüstlein*. Die Prozessberichterstattung der «Tagwacht» war tendenziös zugunsten der Angeklagten.

Am zweiten Tag des Prozesses erzählte die Angeklagte von einem Zwischenfall während der Untersuchungshaft. Der Untersuchungsrichter hatte verlangt, dass sie in verschiedenen Kleidungsstücken photographiert werde. «Als man mich dann zum zehntenmal photographieren wollte, habe ich mich geweigert. Der Untersuchungsrichter drohte mir sehr erzürnt, er wolle mich auskleiden lassen. Dagegen lehnte ich mich auf. Die Gendarmen und eine Frau entkleideten mich nichtsdestoweniger. Sie zogen mich bis aufs Hemd aus. Ich ergriff einen Schemel und rief: ‹Das erlaubt man sich in der Schweiz, in einer Republik, wo man menschlicher sein sollte als in einer Monarchie.› Der Untersuchungsrichter packte mich an der Kehle und drückte mich gegen die Mauer. Während man mir die Hände festhielt, spuckte ich ihm ins Gesicht. (Bravo im Zuschauerraum.) Auf diese Szene hin verweigerte ich zwei Tage lang jede Nahrung.» – Die Zeugen mussten in der Folge den Zwischenfall bestätigen. Zusätzlich wurde noch festgestellt, dass der Untersuchungsrichter der Angeklagten habe die Bücher entziehen lassen, «mit der Begründung, wenn sie nicht gehorchen wolle, brauche sie auch keine Bücher.» Dazu der Kommentar der «Tagwacht»: «Hoffentlich werden dem eigentümlichen schweizerischen Untersuchungsrichter diese russischen Polizeimanieren deutlich abgewöhnt.»

In seinem Schlussplädoyer argumentierte der Verteidiger Dr. Brüstlein rein politisch. Er weigerte sich, die Angeklagte als gewöhnliche Verbrecherin anzusehen. «Das Attentat», rief er aus, «ist eine Episode im Kampf zur allgemeinen Menschheitsbefreiung.» Der «Tagwacht»-Korrespondent doppelte von sich aus nach und schrieb, Tatiana sei «wahrhaftig eine Heldin, wie sie die Weltgeschichte nur selten hervorbringt».

Terrorismus einst und heute

Die Schweizer fühlen sich nicht mehr überlegen

Der Prozess gegen die russische Terroristin Tatjana Leontiew im Jahr 1907 erregte in der schweizerischen Öffentlichkeit kein allzu grosses Aufsehen. Im Bewusstsein der schweizerischen Republikaner war es etwas Schlimmes, in einer Monarchie oder gar unter dem russischen Zaren leben zu müssen. Wenn da eine empfindsame Frau aus vornehmem Haus mal zur Pistole griff, um auf einen Repräsentanten des monarchischen Regimes zu schiessen, konnte sie mit einem gewissen Verständnis rechnen (selbst wenn sie dann versehentlich auf einen harmlosen Rentner schoss). Man fühlte sich überlegen in der freien Schweiz, man hatte es nicht nötig, hysterisch zu reagieren, konnte man doch auf eine lange, bei Wilhelm Tell beginnende freiheitliche Tradition zurückblicken.

Heute ist es anders. Der Stolz auf die freiheitliche Tradition ist geschwunden. Freiheitlichkeit wird zunehmend als Schwäche empfunden. «Je liberaler und demokratischer ein Staat ist, desto verwundbarer wird er gegen die illegitime Gewalt.» So der Militärpublizist Gustav Däniker in seinem neuen Buch «Antiterror-Strategie» (Huber, Frauenfeld). Und Paul Schaffroth rief am 3. Februar in einem «Bund»-Leitartikel den Bundesrat dazu auf, in der internationalen Terrorbekämpfung den zögernden europäischen Staaten voranzuschreiten. «Ein aktives politisches Handeln, ein mutiges Engagement der Landesregierung gegen den internationalen Terror», meinte Schaffroth, «würde ohne Zweifel bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes Rückhalt finden.»

In unseren Nachbarstaaten gibt es terroristische Organisationen. Ihre Aktivitäten haben ein paarmal die Schweiz berührt, und schon wird die «Terrorbekämpfung» für manche Schweizer zum Hauptproblem, die Schaffung eines internationalen «Kleinkriegsrechtes» (Däniker) zum vordringlichen Postulat. Die Schweizer fühlen sich nicht mehr überlegen, sondern sie haben einen Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Deutschen mit ihrem computerisierten Bundeskriminalamt und ihren spezialgedrillten Grenzschutzmannen. Mit dem Wilhelm Tell können wir nicht mehr protzen; nur durch «mutiges» Einstehen für eine umfassende Antiterror-Strategie können wir noch hoffen, auf dem internationalen politischen Parkett einigermassen ernst genommen zu werden. *Tobias Kästli*

Attentat mit Verwechslung

Tatjana Leontiew erhielt von der russischen revolutionären Gruppe der Maximalisten den Auftrag, den zurückgetretenen Innenminister des Zaren, Peter Durnowo, zu erschiessen. Durnowo war verantwortlich für das Blutbad, das die Soldaten im Januar 1905 unter friedlichen Demonstranten vor dem Winterpalais in St. Petersburg angerichtet hatten. Dieses Ereignis hatte eine revolutionäre Bewegung ausgelöst, welche der Zar durch scheinliberale Reformen aufzufangen suchte. Tatjana Leontiew hatte sich am Kampf der Revolutionäre beteiligt, war in Festungshaft gekommen, aber schon bald wieder entlassen worden. Sie war dann im Sommer 1906 in die Schweiz gereist, hatte sich zusammen mit einem Komplizen nach Interlaken begeben, wo sich Durnowo aufhalten sollte. In einem Interlakener Restaurant hatte sie dann einen Mann mit sieben Revolverschüssen tödlich verletzt. Nachträglich stellte sich heraus, dass es sich bei dem Erschossenen nicht um «die Blutbestie» Durnowo handelte, sondern um den Rentner Müller aus Paris. Während der Komplize unerkannt hatte entkommen können, war Tatjana Leontiew verhaftet worden.

INSERAT

LE RÉSEAU . . .

Zur Gestaltung Ihrer Freizeit, Weekends oder Ferien offerieren wir Ihnen die erste Ausgabe in deutscher Sprache der einmaligen französischen Kontaktrevue «Le Réseau» mit Hunderten von Inseraten und Photos von Frauen, Mädchen und Männern aus der Schweiz, Deutschland und anderen deutschsprachigen Ländern. Ausserdem bieten wir den ersten 1000 Interessenten

Ein Gratis-Inserat mit Photo

an. Fordern Sie unverzüglich unsere interessante Dokumentation unter Angabe von Namen, Adresse und Geburtsdatum an: **EURO-DIFFUSION,** Abt. Postfach 199, 4028 Basel

RRD/1

das konzept Tip

Kritischer Tourismus: Mexiko, Kenya . . .

Der «Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung» veröffentlicht sporadisch Länderberichte mit «Informationen, die der Tourist sonst nicht bekommt». Diese Berichte sollen – für jeweils ein Land – das Ziel des Arbeitskreises konkret machen: verhindern, dass fremde Länder, fremde Menschen und Kulturen gedankenlos «konsumiert» werden. Bisher erschienen Berichte zu Mexiko (50 Rp.) und zu Kenya (1 Fr.). Geplant sind weitere Berichte zu Peru und über die Balearen.

(Erhältlich beim Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung, Missionsstr. 21, 4003 Basel.)

. . . und Peru

Die Arbeitsgruppe 3. Welt Zürich hat (nicht allein für Touristen) eine Broschüre über Peru verfasst. Sie macht in leicht verständlicher Form die ungeheure Macht einer meistens nur unter dem Namen bekannten Organisation, dem Int. Währungsfonds, deutlich. Wirtschaftsproblematik in lesbarer Form, das ist tatsächlich ein grosses Verdienst.

(Zu beziehen bei: Arbeitsgruppe 3. Welt, Voltastr. 58, 8044 Zürich. 80 Rp. oder mehr.)

Kein Waffenplatz in Rothenthurm!

gh. Obwohl die Schwyzer Landsgemeinde sich jüngst für den Waffenplatz Rothenthurm ausgesprochen hat, will die *Arbeitsgemeinschaft gegen einen Waffenplatz in Rothenthurm (AWAR)* ihren Kampf für die Erhaltung des «Aegeririeds», des grössten noch zusammenhängenden Hochmoorgebiets in der Schweiz, fortsetzen. Durch die militärische «Zweckentfremdung» dieses einzigartigen Hochtals wird nicht nur die erholungsuchende Bevölkerung um eines der beliebtesten Ausflugsziele gebracht, auch die nach Süden fliegenden Vogelzüge verlieren dadurch ihr Durchfluggebiet.

Das EMD hat bisher nicht vor fragwürdigen Machenschaften zurückgeschreckt, um die Schwyzer Bevölkerung für seine «Kriegsspielwiese» zu gewinnen, was sogar die eher konservative Innerschweizer Presse auf die Palme brachte.

Wir fordern daher unsere Leser auf, der AWAR beizutreten. Jahresbeitrag 10 Fr. für Einzelmitglieder, 50 Fr. für Vereine und dgl. Auch Spenden sind willkommen. Einzahlungen bitte auf PC 60-16365.

Kittner: Weinert auf Platte

Erich Weinert ist ein Vergessener unter den «neu entdeckten», vergessenen antifaschistischen Schriftsteller: vielleicht deshalb, weil er politisch so deutlich engagiert ist, dass man ihn nicht verkennen kann. Das macht die Brisanz noch heute seiner Texte aus. Der bekannte Kabarettist Dietrich Kittner hat mit Weinert-Texten ein Programm gestaltet, «Der rote Feuerwehrmann», das auch in der Schweiz zu sehen und zu hören war. Bei «pläne» ist dieses Programm nun auf einer LP herausgekommen (LP G-3-0135).

Frauenerfahrung

Unter der Leitung von Brigit Keller und Beate Koch veranstaltet die Paulus-Akademie Frauengruppenabende unter dem Thema *Frauenerfahrung*. «Wir wollen uns daran machen, u n s e r e Erfahrungen ernst zu nehmen . . ., sie nicht einfach, wie wir es gelernt haben, als unwichtig und als Privatsache abzutun.

Nähere Auskunft über Daten und Kosten usw. bei Paulus-Akademie, Carl-Spitteler-Strasse 38, 8053 Zürich. Tel. (01) 53 34 00.

Patientenstelle Zürich:

Hilfe zur Selbsthilfe

Noch ist die Autorität des Arztes als Verwalter von Fachwissen und «Vater» der Patienten intakt; der Patient dagegen ist ein unmüdiges Wesen, dem Informationen über seine Krankheit, seine Behandlungsmethode verweigert werden können. Bei sogenannten Kunstfehlern während Operationen sieht sich der Kranke einer Lobby von Akademikern gegenüber (der Berufsstand verbindet), in der man sich gegenseitig schützt und verhindert, dass dreckige Wäsche vor der Öffentlichkeit gewaschen wird.

Sind Patienten wirklich wehr- und rechtlos? Theoretisch nicht. Patienten haben das Recht auf Information über ihre Krankheit, auf Einsicht in die Krankengeschichte, auf Wahl zwischen verschiedenen Behandlungsmöglichkeiten, Anspruch auf vollen Schadenersatz bei Behandlungsfehlern. Aber was nützen Rechte, wenn sie nicht wahrgenommen und vertreten werden können?

Diese Frage stellte sich eine Gruppe von Leuten – darunter viele Betroffene –, die am Aufbau einer Patienten-Selbsthilfeorganisation arbeiten. Im Herbst 1978 errichtete sie versuchsweise eine Patientenstelle, die sich mit persönlichen Anliegen von Kranken befasste, sie über ihre Rechte informierte. Der Probelauf – unterstützt vom CoCo (Gottlieb-Duttweiler-Institut) – war ein voller Erfolg: Mit der Patientenstelle Zürich, die seit Anfang April eröffnet ist, soll diese Arbeit weitergeführt werden: Persönliche Betreuung von Patienten, die sich schikaniert fühlen, Aufklärung bei finanziellen Problemen, Beratung in juristischen Fragen. Zusammenarbeit von Kranken und Gesunden als Grundlage für ein gleichberechtigtes Verhältnis von Arzt, Pflegepersonal und Patient.

Die Patientenstelle Hofwiesenstr. 3, 8042 Zürich (Tel. 01/26 92 56) ist Montag bis Freitag von 15 bis 19 Uhr geöffnet.

das konzept Bücherservice

«konzept»-Leserinnen und -leser: bestellt eure Bücher direkt bei «das konzept» – sie werden prompt und bequem ins Haus geliefert.

Für Leser auf dem Lande, für Faulenzer, Stubenhocker, Bequemlinge usw. beiderlei Geschlechts.

Einfacher geht's nicht: Gewünschte(n) Titel im Talon unten eintragen, Absender gut leserlich eintragen. Talon an «das konzept» schicken.

Eine Dienstleistung von «das konzept» in Zusammenarbeit mit «buch 2000».

Die Titel des Monats

① Gabriel Garcia Màrquez, **Hundert Jahre Einsamkeit,** Roman. Aus dem Spanischen von Curt Meyer-Clason, 476 Seiten, Sonderausgabe, nur 16.80 Fr.

Der Jahrhundertroman des lateinamerikanischen Kontinents, lange Zeit vergriffen, jetzt in einer Sonderausgabe. Die Geschichte der Familie Buendia, die Geschichte der Ausbeutung, des nordamerikanischen Imperialismus, der phantastischen Realität.

② Jorge Icaza, **Huasipungo,** Roman, 160 Seiten, 16.80 Fr.

Der erste lateinamerikanische Roman, 1934 erschienen, in dem die Indios selbst Träger der Handlung sind, in dem sie selbst sprechen.

③ Hugo Loetscher, **Wunderwelt,** Eine brasilianische Begegnung, 162 Seiten, 22 Fr.

Die Begegnung eines Europäers mit den Mythen von Leben und Tod einer fremden Kultur: eine Elegie, geschrieben für ein kleines Mädchen.

④ Peter Lehner, **Bier-Zeitung,** 160 Seiten, 16.80 Fr.

Ein Buch für alle Biertrinker, für Freunde von Literatur und Politik, und für Wortsportler. Eine fiktive Zeitung, eine Materialiensammlung mit aktuellen Artikeln zur Bierpolitik, regelmässigen Kolumnen und einem mehrteiligen Fortsetzungsroman.

⑤ Dieter Korczak, **Neue Formen des Zusammenlebens,** Erfolge und Schwierigkeiten des Experiments Wohngemeinschaft, 128 Seiten, 6.80 Fr.

⑥ Max Frisch/Eberhard Eppler/Peter Bichsel/Adolf Muschg, **Wandlungen,** Arbeiterbewegung von der Kampfzeit zur Gegenwart, Texte in Deutsch und Französisch, 115 Seiten, illustriert, 6 Fr.

«War der Landesstreik eine verpasste Chance? Verpasst wäre sie erst, wenn unsere Forderungen als Sozialdemokraten so wären, dass wir uns selbst überforderten.» (Adolf Muschg)

⑦ Dossier SPS/PSS: **Finanzplatz gegen Werkplatz,** 188 Seiten, 5 Fr.

Texte zur Bankeninitiative der SPS von Beat Kappeler, Walter Renschler, Rudolf Strahm, Peter Rüegg, Gret Haller u. v. a.

⑧ Virginia Woolf, **Ein Zimmer für sich allein,** 160 Seiten, 16.80 Fr.

«Eine Frau muss Geld haben und ein Zimmer für sich allein, wenn sie schreiben soll» (V. Woolf).

⑨ **Konkursbuch: Zeitschrift für Vernunftkritik,** pro Band 7.50 Fr.

Nummer zwei: **Gesichter der Gewalt** – Texte von Roland Barthes, Antonin Artaud, Bernd Mattheus, Franco Fornari, Bernd Nitzschke u. v. a., «To organize and teach, no doubt, / Is very good – that's true, / But still we can't succeed without / The Good Old Wooden Shoe» (Joe Hill). Sie können das «Konkursbuch» auch abonnieren, direkt ins Haus; vier Nummern für nur 28 Fr. inkl. Porto.

⑩ Marianne Berna (Hrsg.), **Züri fürs Volk,** 187 Seiten, ill., 12 Fr.

Alles über Züris Beizen, Milchmänner, Betreibungen, Verlage, Buchhandlungen, Quartier- und Mietergruppen, Musikszene, Drogenszene, Film und Video, politische Parteien und Gruppen. Das andere Handbuch für andere Leute.

⑪ P. Kammerer/E. Krippendorf, **Reisebuch Italien** – Torino, Bologna, Venezia, Firenze, Toscana, Roma, Napoli, Sicilia, etwa 140 Seiten, 9 Fr.

(Übrigens: Wir besorgen jedes lieferbare Buch. Notieren Sie Ihre Wünsche auf dem Zeitungsrand.)

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. (Bitte deutlich schreiben.)

Ich bestelle folgende Buchtitel Nr./Nrn.:

Den Rechnungsbetrag (zuzügl. Versandkostenanteil) bezahle ich nach Erhalt der Bücher und der Rechnung.

Name, Vorname:

Strasse, Ort:

PLZ, Ort:

Unterschrift:

Hauskrach mit Folgen im Filmkollektiv Zürich

Vernunftehe wurde aufgelöst

Von Marianne Fehr

Das Filmkollektiv Zürich ist in der Schweizer Filmlandschaft zum Begriff geworden. Die 1975 erfolgte Gründung der «linken» Filmproduktionsgemeinschaft war für die Oppositionellen über die Filmszene hinaus eine Hoffnung. Was ist daraus geworden? Interne Spannungen und Fraktionskämpfe führten zur Teilung des Filmkollektivs: Heute existiert ein geschwächtes Filmkollektiv weiter, die ausgeschiedene Fraktion geschäftet unter dem Namen «Cactus AG» im Haus nebenan.

Eines Morgens im Februar dieses Jahres werden in einem Hinterhaus an der Josefstrasse in Zürich die Schlösser der Eingangstüren ausgewechselt. Monatelang haben in diesem Geschäftshaus zähe Trennungsverhandlungen stattgefunden – streng nach Aktienrecht –, bis Bedingungen vorliegen, unter denen eine Gruppe von Leuten es akzeptiert, ihren Arbeitsplatz zu räumen. Monatelang haben sich verschiedene Leute in diesem Haus nur noch per Anschlagbrett verständigt, sind Gerüchte zirkuliert. Ein kleinbürgerlicher Betrieb mit alternativen Ambitionen, der auf den Hund gekommen ist?

An der Josefstrasse sind Filmcooperative und Filmkollektiv Zürich zu Hause, das Zentrum einer Gruppe von Filmschaffenden, die sich seit Jahren um die Herstellung und Verbreitung von *politisch nützlichen* Filmen bemüht.

1972 gründeten einige Filminteressierte die *Genossenschaft Filmcooperative,* eine Parallelverleihorganisation, von der aus fortschrittliche Filme an politische Gruppierungen, Jugendhäuser, Bildungszentren usw. weitergeleitet werden sollen. Noch existierten jedoch kaum Schweizer Filme, die sich mit der Realität von Lehrlingen, Arbeitern, Frauen oder Randgruppen befassten. Verschiedene Schweizer Filmautoren arbeiteten isoliert, erkämpften sich eine Praxis und einen Happen vom bescheidenen Filmförderungsgeld.

Zusammenschluss drängt sich auf

Die Notwendigkeit, sich als Filmschaffende zusammenzutun, um in diesem kargen Klima überleben zu können (nicht nur ökonomisch), war von aussen gegeben, versprach aber auch politische Perspektiven. *«Wir selber sind in einer Phase unserer Entwicklung als Filmemacher, in der wir nicht mehr in der alten Weise arbeiten wollen, aber noch keine neue 'Art gefunden haben, da diese nur aus einer neuen Praxis herauswachsen kann»* (Robert Boner und Richard Dindo, Mitbegründer des Filmkollektivs). Die gemeinschaftliche Verwaltung von Material, zentrierte Erfahrungen in Produktion und Realisation von zeitkritischen Filmen sollten die Filmschaffenden gegen aussen stärken, gegen innen eine Basis zur gegenseitigen Auseinandersetzung bilden. Die Filmcooperative bot sich hier als Mittelpunkt an, bestand das Hauptinteresse der Autoren doch hauptsächlich darin, auf einen funktionsfähigen Verleih für ihre Filme zählen zu können. Das Filmkollektiv Zürich (FKZ) wurde 1975 als *Aktiengesellschaft* gegründet. Diese rechtliche Form drängte sich auf, weil gewisse TV-Anstalten Koproduktionen nur mit Firmen dieser Gesellschaftsform eingehen.

Rasche Expansion

Innert kurzer Zeit wuchs das FKZ personell an: 1978 umfasste es bereits rund 25 Techniker, Autoren und Administratoren. In Ecublens (bei Lausanne) entstand auf Initiative des FKZ das *«Film et Vidéo Collectif».* Das FKZ investierte Geld in ein herabgewirtschaftetes Filmstudio (Cadia) und half am Neuaufbau mit. Von hier aus wollten einzelne Mitglieder des FKZ ihre Fühler nach dem Geschäftspartner Frankreich ausstrekken.

In Zürich war man mittlerweile mit eigenem Geräteverleih und einer Videoabteilung ausgestattet; eine Gruppe begann Erfahrungen im *Kinoverleih* zu sammeln. Diese Sparte war von der Filmcooperative abgetrennt worden, weil sich die Betreuer des Kinoverleihs die formaljuristischen Voraussetzungen schaffen wollten, um zu gegebener Zeit in den Schweizerischen Filmverleiher-Verband einzutreten. Diese Frage war von Anfang an umstritten. Der Schritt nach vorn war mit der Gefahr belastet, für finanzielle Vorteile von aussen bestimmte Spielregeln akzeptieren zu müssen. Der darin verborgene Widerspruch zeigt sich schon in der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt die Organisation der Schweizer Filmrealisatoren mit dem Filmverleiher-Verband prozessierte.

Auch auf *Produktionsseite* war die Arbeitskapazität gesteigert worden. 1978 zeichnete das FKZ bei 13 Filmen an den Solothurner Filmtagen als Produzent oder Koproduzent. Entscheidende Erfahrungen waren mit Gruppenprojekten wie *«Kaiseraugst», «Aufpassen macht Schule»* oder *«Lieber Herr Doktor»* gemacht worden; nicht jeder Film, der das Haus verliess, trug jedoch das Markenzeichen der «Kollektivität»: Der völlige Mangel einer für gemeinschaftliches Handeln notwendigen theoretischen und politischen Grundlage begünstigte die Durchsetzungskraft jener Vertreter, die forderten, dass nach dem Motto «Lasst hundert Blumen blühn» verschiedenste Ideen realisiert weden sollten. Bei der Frage, welche Blumen in der Praxis eine Existenzberechtigung und eine Überlebenschance hätten, schieden sich jedoch die Geister.

Fehlende Generallinie

Quer durch die einzelnen Arbeitsbereiche und Berufsschichtungen – zwischen denen sich auch Interessengegensätze herausbildeten – standen sich zwei grundsätzlich verschiedene Ideologien und Arbeitspraktiken gegenüber.

Die Gruppe strebte an, im jetzigen Zeitpunkt so konzessionslos wie möglich zu arbeiten: Kollektive Arbeitsprozesse sollten vorangetrieben, wichtige Entscheide im Plenum getroffen, die Praxis der einzelnen Bereiche sollte für alle einsichtig gemacht werden. Das Erleben von «alternativen» Arbeiten stand dem Anspruch, möglichst rasch einen Marktanteil zu sichern, mindestens gleichberechtigt gegenüber.

Die *zweite Fraktion* setzte diese Machtfrage prioritär. Sie wollte sich im Kräfteverhältnis mit der kapitalistisch-autoritär geführten Konkurrenz unter allen Umständen stellen, unter allen Umständen einen Durchbruch erringen. Praktisch hiess das: Unterstützung von «konkurrenzfähigen» Produktionen (grosse Spielfilme); als unvermeidbar wurde eine ansatzweise Hierarchisierung in den innerbetrieblichen Strukturen in Kauf genommen. Die Kontrolle durch Mitglieder eines andern Arbeitsbereichs wurde als inkompetent betrachtet, Kollektiventscheide suchte man nach Möglichkeit zu umgehen.

Kollektive Bande gerissen Originalbild: Stucki

Trennung unumgänglich

Der Einkauf und Verleih von Filmen wie *«The Harder They Come»* oder *«Opening Night»* schaffte verschiedenen Mitgliedern Identifikationsprobleme. Als Inserate im «Züri Leu» erschienen, fragte sich der eine oder andere zu Recht, ob hier ein Anspruch auf «Alternativität» noch vertreten werden könne. Die Meinungen waren in der Frage nicht mehr zu vereinen, wie man sich als linker Betrieb in einem kapitalistisch funktionierenden Umfeld zu verhalten habe.

Gleichzeitig mit den Konsequenzen der Produktion von *«Les petites fugues»,* einem kostspieligen Unternehmen, stellte sich die Frage der Trennung. Das Filmkollektiv zeichnete für den Film mit einem Budget von 1,7 Mio. Franken als ausführender Produzent (neben dem «Film et Vidéo Collectif» auf Schweizer Seite) und geriet durch Budgetüberschreitungen und schlechte Informationspolitik in finanzielle Schwierigkeiten: Ein Teil des aus Frankreich erwarteten Geldes war nicht eingetroffen. Der vom FKZ delegierte Produktionsleiter hatte zudem eine im Vertrag mit dem «Film et Vidéo Collectif» enthaltene Klausel, die besagte, dass das FKZ sämtliche Mehrkosten (rund 200 000 Fr.) zur Fertigstellung des Films zu tragen hätte, nicht zur Diskussion gestellt. Mit diesem Projekt – von dem sich nota bene die kommerzielle Condor AG zurückgezogen hatte – versprach sich die eine Fraktion einen Durchbruch im Verleihgeschäft und erhoffte sich eine Rechtfertigung, um in den Filmverleiher-Verband einzusteigen.

In dieser schwierigen Phase diente «Les petites fugues» als Druckmittel in den Trennungsverhandlungen, mit dessen Verkauf letztlich auch der Grundstein zur Trennung gesetzt war.

Die Trennung erfolgte aufgrund des Aktienrechts (eine Absurdität, die niemand voraussehen konnte). Die ungleiche Verteilung der Aktien hatte ein erbittertes Seilziehen um unentschlossene Inhaber von mehreren Aktien zur Folge, von denen es schliesslich abhing, wer im Hause bleiben und wer den Namen behalten sollte.

Der Trennungsvorschlag von *Hans Stürm* setzte sich in leicht abgewandelter Form durch: Die grössere Gruppe von Autoren, Technikern und Administratoren behielt Haus und Namen, der Gruppe von vier Leuten um *Donat Keusch* wurden eine Abfindungssumme und ein Stock von Filmen zugesprochen.

Wie geht es weiter?

Glücklich hat diese Auseinandersetzung im Filmkollektiv niemanden gemacht. Untragbare Widersprüche sind zwar anscheinend ausgeschaltet worden, aber ein sicheres Überleben des FKZ ist damit nicht garantiert: Ein angeknacktes Selbstvertrauen, eine schlechte finanzielle Ausgangsposition – Schwächen, die höchstens Herrn Hürlimann freuen können – sind die Startbedingungen für eine neue Phase des FKZ. Die Lehren aus diesen Erfahrungen ziehen bedeutet für das FKZ strukturell: die Gründung einer Betriebsgenossenschaft, in der die Macher die Filmkollektiv AG betreiben. Inhaltlich könnte das heissen: eine bessere Vermittlung von laufenden Fragen, Transparenz in Entscheidungen, der Versuch, theoretisch und ideologisch mit der Praxis Schritt zu halten.

Die «ausgestossene» Gruppe hat mittlerweile schräg gegenüber eine eigene Firma unter dem Namen «Cactus AG» eröffnet. Sie versucht, ihre langgehegten Ziele endlich zu verwirklichen: eine ernst zu nehmende Position in der Verleih- und Produktionsbranche zu erreichen – die «linken» Träume dürfen fürs erste wohl ruhig mal den harten Geschäftspraktiken weichen.

das konzept Tip

Lesetexte 5/78

Is. Die 25 Arbeitsblätter der Lesetextmappe 5/78 konzentrieren sich auf die drei Hauptthemen

- *Der kleine Unterschied* (zum Rollenverhalten von Mann und Frau)
- *Ernährung und Umwelt* (von der Verteilung der Nahrungsmittel in «unserer» und in der dritten Welt)
- *Zusammenarbeit Behinderte/Nichtbehinderte*

Mit den meist kurzen Texten wird versucht, an die Erfahrungen der Schüler anzuknüpfen, damit sie durch eigene Schlüsse Vorurteile erkennen und überwinden können. Dass es ihr mit dem emanzipatorischen Anspruch ernst ist, beweist die Arbeitsgruppe Lesetexte nicht nur mit dem seit 1972 kontinuierlichen Aufgreifen von «Alltagsthemen» für die Bearbeitung in der Schule, sondern auch mit den Konsequenzen, die sie für ihre eigene Arbeit zieht: seit 1974 erledigt die Kaufmännische Berufsschule für Körperbehinderte Rossfeld in Bern das Sekretariat des Lesetexte-Kleinverlags. Diesmal nun sind die behinderten Schüler auch mit eigenen Texten vertreten. Hoffentlich gelingt dem einen oder andern Lehrer der praktische Bezug zum Thema Behinderte/Nichtbehinderte. Ganz so einfach wie bei «Umwelt und Ernährung», wo viele Rezepte zum Ausprobieren von ökologisch sinnvollerem Kochen anregen, ist der Weg über den eigenen Bauch da allerdings nicht. (Und für den Lehrer gibt es da kein spezielles Heft mit vorgedruckten Lösungen . . .)

Die Lesetexte 5/78 sind für 12.50 Fr. (Klassenpreis ab 10 Ex.: 9 Fr.) zu beziehen bei: Arbeitsgruppe Lesetexte, Reichenbachstrasse 122, 3004 Bern (Blätter ab 10 Ex. auch einzeln erhältlich).

EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE ZÜRICH

WO MAN UNS FINDET

Haus am Lindentor, Hirschengraben 7,
8001 Zürich, T 32 87 55

Wir haben ein schönes Programm vorbereitet, das wir gern mit vielen ausprobieren möchten. Jeder nimmt da teil, wo es ihm passt. Und vielleicht ist doch auch zu merken, dass wir kein Sammelsurium anbieten wollen, sondern dass vieles zusammenhängt:

- **Kopf und Hand**
- **Unkraut und Rosen**
- **weiss und schwarz**
- **scheinbar und unscheinbar**
- **Gott und die Welt**

ODER?

MITARBEITER

- Kurt Straub, Sozialarbeiter
  Schwellistrasse 9, 8052 Zürich, T 50 14 29
- Hans-Ulrich Schmutz, Naturwissenschaftler ETH
  Haldenweg 7, 8320 Fehraltorf, T 954 14 35
- Gaby Belz, Sekretärin
  Loogartenstrasse 11, 8048 Zürich, T 64 30 06

ASSISTENTEN

- Peter Berner, psych.
- Ulrike Hummel, ethn.

- Martina Schröder, psych./theol.
- Mariann Spoerri, psych.

Wenn du mit jemandem von uns reden möchtest, bei einer Tasse Kaffee, freuen wir uns auf deinen Besuch. Am besten ist es, wenn du uns vorher anrufst oder im Vorbeigehen am Hirschengraben 7 mit uns etwas abmachst.

Die Evangelische Hochschulgemeinde ist getragen von der Zürcher Reformierten Landeskirche, sie steht allen offen.

Kontaktperson zur theologischen Fakultät während der Vakanz im Hochschulpfarramt:
Hans Weder, Dr. theol.

Unsere katholischen Partner sind am anderen Ende des Hirschengrabens zu finden, Nr. 86, T 47 99 50:
P. Dr. W. Schnetzer, P. Dr. W. Heierle und
P. Dr. A. Ziegler

ZITATE

Nur seine Pflicht getan: etwas wenig, wenn man bedenkt, was man sonst noch alles hätte tun können. Peter Bloch

**Man tut nie zuwenig, immer zuviel.
Das Leben reicht nicht aus, um alles zu lieben, was wie Unkraut aus dem Fertigmachenwollen schiesst.** HAP Grieshaber, 1943

**Entweder hast du Arbeit oder nicht.
Wenn du sagen musst: «Lasst uns etwas tun!», dann entsteht Unheil.** Rabindranath Tagore

Der etwa zu hörende Ausruf «Du heiliges Verdienen!» dürfte unser wahres Credo, unsere ehrlichste Anbetung artikulieren. Kurt Marti, 1979

Heillos gesund überlebt der kirchliche Apparat das Verschwinden Gottes aus ihm. Er hat es nicht einmal bemerkt. Kurt Marti, 1979

Wenn eine Person stirbt, stirbt sie nie ganz; sie lebt in den Fibern der Kinder weiter, in ihren Spuren in der Natur; sie geht einfach von der tönenden Gemeinschaft mit den andern in die schweigende über; nichts stirbt, es wandert bloss. Ein Indianer, 1978

Gott reist durch – durch uns hindurch. Vielleicht lässt er etwas mitlaufen von uns? Kurt Marti, 1979

Da Gott verschiedene Kostgänger hat, musste er auch Diätkoch werden. Seine Schonkost wird vornehmlich in Kirchen serviert. Kurt Marti, 1979

STUDENTEN FOYER

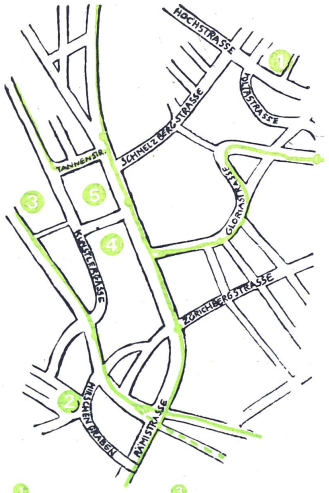
Voltastrasse 58 und Hirschengraben 7

Für Leute, die keine Lust haben, sich ins Mensagedränge zu stürzen (es hat an beiden Orten eine Küche, Geschirr und alles Nötige zum Selbermachen, an der Voltastrasse 58 sogar einen Konsum vis-à-vis).

Für alle, die zwischendurch etwas Abstand vom Unibetrieb brauchen statt einer Zwischenstunde im Lichthof oder in der ETH-Cafeteria. Am Hirschengraben 7 liegen viele Zeitungen – vom «Tagi» über den «Spiegel» bis zum «Bla-Bla» – zur Verfügung.

Für Arbeitsgruppen, Fachvereine, Vorstandssitzungen, Erstsemestrigen-Gruppen und sonstige Grüppeler an Abenden und Wochenenden (bitte frühzeitig reservieren: T 32 87 55). Tagsüber während der Woche offen und zugänglich für jeden Mann und jede Frau.

Eine weitere Dépendence befindet sich in der **ETH-Mehrzweckmensa** (MM-Gebäude) auf der **Polyterrasse:** der Raum Z 93, auf der Ebene der **Grossturnhalle, Treppenhaus Uni-Seite.**



1 FOYER VOLTASTRASSE
2 EHG
3 KATHOLISCHES AKADEMIKERHAUS
4 UNI
5 ETH

SOMMERSEMESTER 1979

MELDETALON

Ich bin an den Veranstaltungen der EVANGELISCHEN HOCHSCHULGEMEINDE interessiert insbesondere an:

Name:

Vorname:

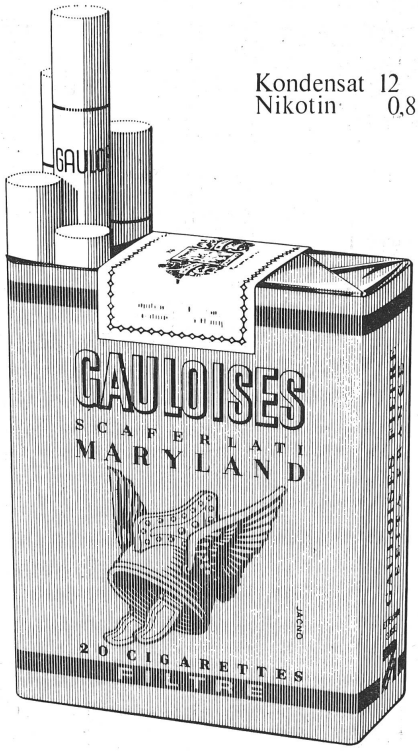
Fak./Abt.: Sem.:

Studienadresse:

Tel.:

Ausschneiden und senden an:
EVANGELISCHE HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7, 8001 Zürich, T 32 87 55

EVANGELISCHE
HOCHSCHULGEMEINDE
Hirschengraben 7
8001 Zürich
T 32 87 55



La cigarette.

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG **COPY-CENTER**

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

XEROX - DRUCKKOPIEN A 4

1 - 19	Kopien	=	15 Rappen/Stück
20	Kopien	=	Fr. 2.90
30	Kopien	=	Fr. 3.60
40	Kopien	=	Fr. 4.30
50	Kopien	=	Fr. 5.--
100	Kopien	=	Fr. 7.50

XEROX - Kopien A 3 = 30 Rappen/Stück

Verkleinerungen = 25 Rappen/Stück

DISSERTATIONSDRUCK

Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste ALLES-INKLUSIVE-PREISE (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlagen, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Binden).

REINSCHRIFTEN

Dissertationen, Lic- und Sem.-Arbeiten vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript auf IBM-Kugelkopfmaschinen mit Film- und Korrekturband. 20 verschiedene Schriften.

OEFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag 08.00 - 18.00 Uhr

30%

Ausnahmsweise eine sympathische Prozentklausel.

Als Student bekommen Sie den Tages-Anzeiger dreissig Prozent billiger.

Und trotzdem erfahren Sie alles, was sich in der Politik tut, wie die Wirtschaft läuft, wer im Sport gewinnt, was kulturell und gesellschaftlich passiert. Und natürlich, was wo wann in Zürich los ist: im Wochenprogramm.

In den Inseraten lesen Sie, wer Wohnungen vermietet und günstige Möbel verkauft. Und wenn Sie einen einträglichen Job suchen: Sie finden ihn im Stellen-Anzeiger.

Am Samstag bekommen Sie zusätzlich das farbige Magazin. Es bietet nicht nur anregenden Lesestoff, sondern oft auch Gesprächs- oder gar Zündstoff.

Sie sehen: Ein Abonnement des Tages-Anzeigers ist zwar etwas Billiges. Aber auch etwas Lohnendes.

Wer de Tagi liest, cha über alles mitrede.

30% Studentenrabatt.

☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.
☐ Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:
☐ monatlich Fr. 7.- ☐ halbjährlich Fr. 39.90
☐ vierteljährlich Fr. 20.15 ☐ jährlich Fr. 79.10

Name
Strasse
PLZ, Ort
Fakultät Semester

Bitte ausschneiden und mit Kopie Ihrer Legi senden an Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich. 7513

Ilanz I/II: gegen Umwelt, Bergbevölkerung und Stromkonsumenten

Wie Wasserkraft Profite schafft

Von Peter Egloff

Noch 1975 versicherte der Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke, dass ein Weiterausbau der Wasserkräfte aus Gründen des Landschaftsschutzes nicht in Frage komme. Heute tönt es anders: Wenn es nach dem Willen der Nordostschweizerischen Kraftwerk AG (NOK) und der hinter ihr stehenden Finanz- und Industrielobby geht, wird noch vor dem ersten August dieses Jahres mit dem Bau der umweltzerstörerischen, unnötigen und unrentablen Wasserkraftwerke Ilanz I und II begonnen – gegen den Willen der drei direkt betroffenen bündnerischen Konzessionsgemeinden Waltensburg, Andiast und Brigels. Dazu SVP-Nationalrat Erwin Akeret: «Da hört der Rechtsstaat auf!» – Rund 50 weitere Wasserkraftwerk-Projekte liegen bereits vor: darunter einmal mehr Berggebiete wie Gletsch, Greina, Domat/Ems-Fläsch.

1957 und 1964 verliehen Waltensburg, Andiast, Brigels zusammen mit weiteren Bündner-Oberländer Gemeinden der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG die Konzessionsrechte für die Nutzung des Vorderrheins zwischen Tavanasa und Ilanz (Ilanz I) und des Panixertales (Ilanz II). Schon damals gaben die Restwassermengen – der verbleibende «natürliche» Rhein also – zu Meinungsverschiedenheiten Anlass. Die Gemeinden wehrten sich für höhere Wassermengen, als das Projekt vorsah. Sie übergaben die diesbezüglichen Verhandlungen einer regierungsrätlichen Kommission, welche vier Jahre später skandalös entschied: *gegen den Antrag der Gemeinden* und ganz nach NOK-Wunsch sollten dereinst von Tavanasa bis Ilanz nur noch 1 bis 3 Kubikmeter Wasser das Rheinbett hinunterfliessen, da wo heute noch ein weitgehend natürlicher Fluss zwischen 18 und 40 Kubikmeter Wasser pro Sekunde zu Tal führt.

Die NOK will sich durchboxen

Dann wurde es still um die ganze Angelegenheit – die Projekte schlummerten in den Badener NOK-Schubladen. Bis zum Frühjahr 1978, als die Frage einer Konzessionsverlängerung aktuell wurde und den Gemeindeversammlungen vorgelegt werden musste – üblicherweise ein Routinegeschäft. Waltensburg, Andiast und Brigels lehnten jedoch überraschend eine Verlängerung zu den bisherigen miserablen Bedingungen ab, die NOK sahen ihre Felle davonschwimmen.

Aber da schlugen die Kraftwerkbosse zu – so eine Schlagzeile der Schweizerischen Fischerzeitung «Petri Heil». Am 27. Juli 1978 gaben die NOK an einer Pressekonferenz in Ilanz bekannt, dass man *vor dem Ablauf der Konzessionen,* also vor dem 1. August 1979, mit dem Bau von Ilanz I und II beginnen werde.

Dagegen regte sich der Widerstand in der einheimischen Bevölkerung. Die kurz zuvor gegründete *Bürgerinitiative «Pro Rein anteriur»* zählte innert weniger Monate über 250 eingeschriebene Mitglieder – obschon sich das wirtschaftshörige regionale CVP-Blatt «Gasetta Romontscha» alle Mühe gab, die Bevölkerung einseitig im Sinne der NOK zu «informieren».

Bündner Polit-Catch

Für ihre Profite kämpft die Elektro- und Finanzlobby an allen Fronten und mit allen Mitteln – auch mit dem der persönlichen Diffamierung. Weit unterhalb die Gürtellinie zielte etwa Nationalrat *L. M. Cavelty,* NOK-Anwalt und Präsident der mittlerweile durch zwei handfeste Affären angeschlagenen Bündner CVP. Nach in Bündens Politlandschaft (und nicht nur dort) altbewährtem Muster sah bzw. färbte Cavelty rot: Vom Präsidenten der «Pro Rein anteriur», dem Waltensburger Mechaniker und jetzigen Justtudenten *Gallus Cadonau* behauptete er kurzerhand, dieser sei «Exponent einer linksextremen Partei» und «Vizepräsident einer POCH-Gruppierung an der Uni Zürich». Cadonau, seit über 10 Jahren Mitglied der Bündner SP, stellte den Lobbyisten zur Rede und erzwang einen hastigen Rückzieher des christlichen Saubermannes. («Ich nehme diese Behauptung zurück und entschuldige mich dafür.»)

Den Disentiser Benediktiner und Naturwissenschafter *Pater Flurin Maissen* konnte man aus naheliegenden Gründen nicht ohne weiteres in irgendein linksextremes Offside (oder was man dafür hält) abschieben. *Leo Schöbi,* Redaktor der rabenschwarzen CVP-Postille «Neues Bündner Tagblatt», liess sich deshalb etwas anderes einfallen: Er verunglimpfte den klösterlichen Kraftwerkgegner und Umweltschützer als greisenhafte Figur, der sich «als Aushängeschild einer mit untauglichen Mitteln agierenden Opposition benützen lasse» . . . Pater Maissen bewies aber bald darauf seine überaus intakte geistige und körperliche Vitalität als Bündens führender Kämpfer für die eidgenössische Atomschutzinitiative. Diese wurde bekanntlich in Graubünden gegen den Widerstand fast der ganzen politischen Prominenz (Steuerhinterzieher-Ständerat Vincenz war Präsident des gegnerischen Komitees) deutlich angenommen.

«Der Aufstand von Ilanz ist da!»

Die wichtigsten Argumente der «Pro Rein anteriur»:

- *die fehlende energiepolitische Notwendigkeit:* Ilanz I und II würden zusammen ganze 0,6% Prozent der heutigen schweizerischen Elektrizitätsproduktion erbringen – bei einem bereits bestehenden Exportüberschuss von rund 20 Prozent.
- *die absolut ungenügende Restwassermenge von 1 bis 3 m³/sec.:* Sie bedeutet die Ausrottung einer seltenen Flora und des gesamten Fischbestands und eine für die Landwirtschaft verhängnisvolle Senkung des Grundwasserspiegels.
- Trotz der riesigen Investition von über 300 Mio. Franken werden in der betroffenen, von der Abwanderung bedrohten Region *keine langfristigen Arbeitsplätze* geschaffen. Das einheimische Gewerbe ist überdies bei solchen Grossaufträgen nicht konkurrenzfähig.
- Die wichtigste und zukunftsträchtigste Stütze der Region, der *Sommertourismus,* wird durch die Verwüstung von 12,5 km des reizvollen Vorderrheintals extrem *gefährdet.*
- *Das NOK-Projekt 77 ist nicht in jeder Beziehung identisch mit dem 1964 konzessionierten.* Änderungen müssten aber von den zuständigen Gemeindeversammlungen genehmigt werden.

Berggebiete: Kolonie der AG Schweiz

Dass die Atominitiative gerade in den Gebirgskantonen Graubünden, Uri und Tessin angenommen wurde, ist auch als *Protestkundgebung gegen die Elektrizitätswirtschaft* zu werten. Denn man beginnt im Berggebiet zu merken, in welchem Ausmass man über den *unterbezahlten Rohstoff Wasserkraft* während Jahrzehnten vom industrialisierten Unterland ausgenützt und kolonisiert wurde. Die Parallele zum globalen Verhältnis Entwicklungsländer–Industrienationen drängt sich auf. Und es beginnt sich in den Gebirgskantonen etwas abzuzeichnen, das es schon einmal gab in den vierziger Jahren, als gigantische Stauseeprojekte derselben Elektrolobby die Dörfer des Rheinwalds und des obern Reusstals bedrohten: eine über die Kantonsgrenzen reichende Solidarität und Zusammenarbeit, ein gemeinsames Problembewusstsein.

Die Bündner Stimmbürger beginnen sich zu fragen, weshalb ausgerechnet sie im Erzeugungsgebiet zwischen 40 und 200 Prozent höhere Strompreise zu berappen haben als etwa die Stadtzürcher Stromkonsumenten. Die Urner können sich von ihrem CVP-Landrat und Energiepolitiker *Anton Stadelmann* vorrechnen lassen, dass ihre Wasserzins-Einnahmen im Durchschnitt viermal langsamer gestiegen sind als die Arbeitslöhne im gleichen Zeitraum und dass das geltende Steuergesetz es den Energiekonzernen erlaubt, via verdeckte Gewinnausschüttungen an die Verteilerorganisationen im Unterland den Bergkantonen massiv Steuergelder zu entziehen. Und vor der Abstimmung zur Atominitiative, waren es da nicht die Energiegewaltigen selber, die lauthals verkündeten, unter einem Stausee zu leben sei «1000mal risikoreicher als in der Nähe eines AKW»?

Ilanz I/II: Im Interesse der Banken und Konzerne

SP-Regierungsrat *Bachmann,* via Zürcher Regierungsmandat NOK-Verwaltungsrat und Vizepräsident der Kraftwerke Ilanz AG, ungewohnt mutig in einem Interview mit der «Bündner Zeitung»: *«Das ist Strom, den wir gar nicht brauchen. Die Kraftwerke Ilanz I und II werden kein rentables Unternehmen.»* Aber solche Einsichten fruchten nichts: Bachmann vermag sich gegen die «Falken» in NOK-Verwaltungsrat (unter diesen auch der Zürcher FDP-Regierungsrat Hans Künzi) offensichtlich nicht durchzusetzen. Und das hat handfeste Gründe.

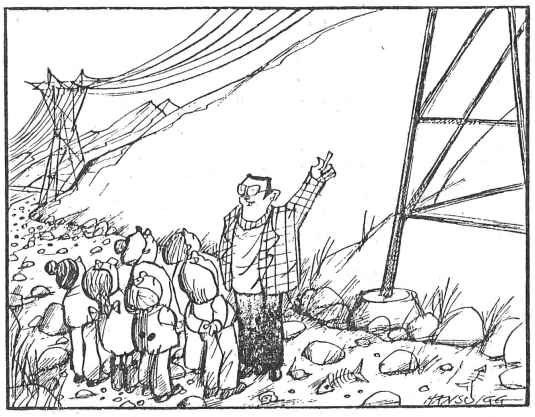
«Unrentabel» ist ja sonst in der sogenannten freien Marktwirtschaft meist ein todsicheres Argument. Bloss nicht in diesem und in ähnlich liegenden Fällen. Denn die NOK sind wohl völlig undemokratisch organisiert, befinden sich aber zu 100 Prozent in öffentlichem Besitz. Zu rentieren brauchen sie also nicht, weil Fehlinvestitionen via Strompreiserhöhungen ohnehin auf den Stromkonsumenten überwälzt werden können. Hinter den NOK und ihrem Ilanz-Projekt steht jedoch eine mächtige Industrie- und Bankenlobby mit vitalem Interesse an immer rentierenden – weil «öffentlichen» – Liefer- und Bauaufträgen und Investitionsmöglichkeiten. Bezüglich der zwischen Domat/Ems und Fläsch spruchreif projektierten Rheinkraftwerke der Elektrowatt hat der Ragazer Kurdirektor und FDP-Mann *Willy Ziltener* das hässliche Kind beim Namen genannt: *«Es geht nicht um die Produktion von angeblich benötigtem Strom, sondern um die profitträchtige Investition von 450 Millionen Franken.»* (Bei Ilanz I/II: 300 Millionen).

Einmal mehr also das üblich-üble Spiel: Privatisierung von Gewinnen unter gleichzeitiger Sozialisierung der Verluste! Dazu der Bündner SP-Grossrat *Krättli:* «Im vorliegenden Fall würde der Schweizer Stromkonsument gleich doppelt zahlen. Einmal mit einer kaputten Landschaft und das zweite Mal durch Strompreiserhöhungen.»

Bündner Regierung: verlängerter Arm der NOK

Unangefochten von all diesen Überlegungen, gibt sich die Bündner Regierung weiterhin als willfähriges Instrument der NOK-Bosse: Hartnäckig weigert sie sich, der Forderung nach einem ökologischen Gutachten über die Auswirkungen der Kraftwerkbauten Nachdruck zu verschaffen. Und dies bis heute, obwohl sogar Bundesrat Ritschard – kaum als grundsätzlicher Gegner der Energielobby zu bezeichnen – im Auftrag des Gesamtbundesrats zweimal mit der «Bitte» um ein solches Gutachten an die Bündner Regierungsräte gelangt ist. Wieweit und in welcher Art die Bündner Regierung wie schon so oft von den Energie-Gewalttätern unter Druck gesetzt wird, ist schwer zu sagen. Bei gewissen Regierungsräten ist dies jedenfalls gar nicht nötig. Der Ilanzer CVP-Regierungsmann *Donat Cadruvi* beispielsweise, eine äusserst zwielichtige Schlüsselfigur in dieser Auseinandersetzung, ist nämlich seit über 10 Jahren u. a. auch Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke Bündner Oberland und als solcher in den massgeblichen Kreisen bestens bekannt und eingeführt . . .

Solcherart gedeckt können die NOK weiterhin auf ihre angeblich «wohlerworbenen Eigentumsrechte» pochen – mit einer Arroganz, die auch etliche lupenrein bürgerliche Politiker vor den Kopf stösst. Etwa den Winterthurer SVP-Nationalrat *Akeret: «Es müsste doch auch diesen Kreisen langsam klarwerden, dass wir heute eine sozialbezogenere Auslegung des Eigentumsbegriffs brauchen als noch vor zwanzig, dreissig Jahren.»*



«Und hier oben hört ihr den guten alten Vater Rhein vorbeisummen.»

Mit derlei begrüssenswerten Einsichten belastet sich allerdings der St.-Galler FDP-Regierungsrat und NOK-Präsident *Willy Geiger* nicht. Sagte er doch unlängst mit kaum zu überbietendem Zynismus zu «Pro Rein anteriur»-Präsident Gallus Cadonau: *«Kein Mensch weiss, was ein ökologisches Gutachten ist. Wir werden mit dem Bau beginnen, ganz unabhängig davon, ob ein solches Gutachten vorliegt oder nicht. Das hängt von den Experten ab.»* Geiger ist in seinem Kanton als Vorsteher des Baudepartements pikanterweise auch gleich für die Verleihung der Wasserrechtskonzessionen zuständig und – noch pikanter – präsidiert zudem die bundesrätliche Studienkommission für Restwassermengen.

Ob dieses arrogante Machtwort das zum Gärtner gemachten Bockes das letztlich gültige sein wird, bleibt vorderhand noch offen. Immerhin wird die Front der Kraftwerkgegner ständig breiter, der Protest der organisierten Umwelt- und Natürschützer, Fischer und Jäger inner- und ausserhalb des Kantons immer deutlicher. Was die Fischerzeitung «Petri Heil» in ihrer Märznummer hoffnungsvoll titeln liess: «Der Aufstand von Ilanz ist da!» – Nun werden also gar die geduldigen Sportfischer revolutionär; Cincera wird sich's notieren müssen. ●

EMD lockert Befehl über politische Betätigung

Diskussion erlaubt

bb. Keine unzulässige politische Veranstaltung bedeute der Vortrag über Atomenergie eines Elektrowatt-Angestellten während der Dienstzeit in einem WK. Aktuelle Fragen dürfen auch in einem WK diskutiert werden, sofern das Bedürfnis nach Diskussion innerhalb der für solche Zwecke vorgesehenen Zeit kundgetan wird. Dies teilte uns das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) auf eine entsprechende Anfrage mit. Damit verliert der ominöse Befehl über die politische Betätigung in der Armee (Vischer, Hirschy) praktisch an Bedeutung: Es darf diskutiert werden – auch über politische Fragen.

Was war geschehen? Mit einem militärischen Schreiben – klassifiziert «Nur für dienstlichen Gebrauch» – lud der Kommandant einer WK-Einheit seine Soldaten zu einer Besichtigung des Atomkraftwerks Leibstadt ein – unter kundiger Führung, versteht sich. Während des WK veranstaltete er einen Vortrag eines Elektrowatt-Angestellten und liess Broschüren der Energiewirtschaft verteilen. Dies geschah im Herbst 1978 – also im Vorfeld der Abstimmung über die Atominitiative.

EMD kritisiert

In einer Stellungnahme zu dieser politischen Propagandaveranstaltung während der Dienstzeit kritisiert selbst der Chef der Abteilung für Information und Dokumentation des EMD, H. R. Kurz, das Vorgehen des Einheitskommandanten. Zwar habe während der Dienstzeit genügend Zeit zur Diskussion des Vortrags zur Verfügung gestanden, weshalb sich irgendwelche Massnahmen nicht aufdrängen würden. Hingegen hätte der Einheitskommandant angesichts der doch auch schon im September letzten Jahres zutage getretenen Emotionen im Umfeld der Atominitiative auf die Verbreitung einer Einladung zur Besichtigung eines AKW mit Vorteil verzichtet.

Neue Praxis

Damit bringt das EMD endlich Klarheit in die restriktive Praxis des Hirschy-Befehls: Es geht laut EMD nicht darum, Diskussionen über aktuelle Fragen zu verbieten, sondern einseitige politische Veranstaltungen zu verhindern. Im vorliegenden Fall sei den Soldaten genügend Gelegenheit gegeben worden, abweichende Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Das EMD gibt aber zu, dass nach dem Referat tatsächlich im Moment keine Zeit mehr für eine Diskussion blieb und der Kommandant darauf nicht zurückkam. Als am zweitletzten Tag des WK zwei Soldaten beim Kommandanten gegen die einseitige Atomveranstaltung protestierten, wurden sie abgewiesen.

Die Antwort des EMD zu diesem Vorfall legt nun aber zwei Dinge klar:

● Der Einheitskommandant hat den Soldaten Gelegenheit zu geben, abweichende Meinungen zu Veranstaltungen zum Ausdruck zu bringen.

● Aktuelle Fragen dürfen im WK dargestellt und diskutiert werden, sofern das Bedürfnis nach Diskussion innerhalb der früh solche Zwecke vorgesehenen Zeit kundgetan wird.

Einem kritischen WK steht nichts mehr im Wege . . .

Spots

Ausgerechnet die militantesten AKW-Gegner Niedersachsens wurden kürzlich als V-Männer der Kriminalpolizei enttarnt (vgl. «Stern» 9/79). So hatten sich die nun «aufgeflogenen» Polizeispitzel vor rund einem Jahr beim Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (GAK) eingeschlichen und regelmässig an den Sitzungen der AKW-Gegnerorganisationen teilgenommen; ja sogar an den Gorleben-Seminaren war einer mit dabei. Seine Empfehlung gegen die geplante Atommülldeponie in Gorleben: «Es wäre gut, wenn man eine Rauchbombe in die Trafo-Station werfen würde.» Oder: «Bei der nächsten Demonstration will ich eine Tränengasgranate loswerden . . .» Die Granate brachte er gleich selbst mit. Ein anderer Spitzel tauchte bei einer Landkommune in Braunschweig auf, legte eine 50er-Packung 9mm-Munition auf den Tisch und sagte: «Die habe ich aus Frankfurt. Ich kann da auch Waffen kriegen.» Stellt sich bloss die Frage: Waren die Bombenleger von Kaiseraugst und Leibstadt V-Männer der aargauischen Kriminalpolizei?

*

Nicht nur bezüglich himmlischer Herrschaften gibt es Todsünden, nein auch bei den im wirtschaftlichen Kodex operierenden Familiengesellschaften. Letzteres hielt Rudolph R. Sprüngli, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Lindt & Sprüngli, in einem Interview im SKA-Bulletin 1/2/79 fest. Todsünde Nr. V: «Wenn man den Jahresabschluss so konstruiert, dass möglichst keine Steuern bezahlt werden müssen, und darob vergisst, sich zu fragen, wie man wirklich abgeschlossen hat.» – Nach der ewigen und der staatspolitischen Wahrheit droht nun also durch solche sträfliche Nachlässigkeit auch noch die «betriebswirtschaftliche Wahrheit» (Zitat Sprüngli) in die Binsen zu gehen . .

*

Die Lieferung von Coca-Cola nach China zwei Tage nach Unterzeichnung des Vertrags mit den USA konnte man noch belächeln – was regiert die Welt . . .? –, dann kam Teng mit Cowboyhut; schliesslich der Krieg gegen Vietnam, da gefror das Lächeln. Und jetzt (man kann auf dieser Linie offensichtlich weiterfahren) enthüllt eine Reportage über die chinesische Wirtschaft in «Renmin Ribao», dass die Führung gedenke, die Planwirtschaft in bestimmten Bereichen durch die Marktwirtschaft zu ergänzen. Man wisse allerdings noch nicht genau, wie die Marktwirtschaft richtig zu verstehen sei.

das konzept *lesen ist viel, es abonnieren ist mehr*

(leider auch nicht alles)

«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnements stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *Mai bis Dezember 1979 für 12 Fr. (Ausland 16 Fr.)*
☐ ***Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)***
☐ *Geschenkabonnement, (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse: *PLZ, Ort*

Beruf: *Datum:* *dk 4/79*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Auffahrt/Pfingsten

SSR-Mini-Trips

Amsterdam 345 345/315.-

Grachtenrundfahrten, das Van-Gogh- und das Rijksmuseum, fabelhafte indonesische Restaurants, die Parkanlagen von Keukenhof - das sind Details aus deinem nach eigenen Wünschen zusammengestellten Programm.
23.5.-28.5./1.-5.6., Bahnfahrt, Uebernachtungen mit Frühstück, SSR-Reiseleiter.

Prag 360/370.-

Die goldene Stadt an der Moldau, die Stadt Kafkas und Smetanas nicht nur sehen, sondern entdecken und erleben.
24.-28.5./31.5.-4.6., Linienflug, Hotel mit Halbpension, Stadtrundfahrt, Visum, Transfers, Transfers, SSR-Reiseleiter, 24.-28.5./31.5.-31.5.-4.6.

Paris 235/215.-

Den Frühling in Paris feiern. 6 resp. 5 Tage, Bahnfahrt, Uebernachtungen mit Frühstück, Stadtrundfahrt, SSR-Reiseleiter
23.5.-28.5.

Florenz 190/175.-

Florenz mit seinen Museen, Boboli-Gärten, dem Ponte Vecchio, Michelangelos David wird auch dich begeistern.
Bahnfahrt, Uebernachtungen mit Frühstück, SSR-Reiseleiter, 23.-28.5./1.-5.6.

Venedig 210/195.-

Bahnfahrt Zürich-Venedig retour, Uebernachtungen mit Frühstück, Inselrundfahrt, SSR-Reiseleiter, 23.-27.5./1.-5.6.

Wanderferien

Bella Toscana 420.-

Die Toscana zu Fuss durchstreifen: Ein faszinierendes Wandererlebnis.
18.-27.5., Bahn-, Bus- und Taxifahrten, Hotel mit Halbpension, SSR-Reiseleiter

Sabiner Berge 480.-

Ein einmalig schönes Wandergebiet, fernab vom grossen Touristenstrom, von Hektik und Stress.
18.5.-27.5., Bahnfahrt Zürich-Rom-Zürich, Rundreise mit Bus, Unterkunft mit Halbpension, SSR-Reiseleiter

Südwest-Kreta 990.-

Eine Wanderung durch den wilden, noch unentdeckten Westen Kretas.
18.5.-1.6./1.6.-15.6.. Flug Schweiz-Heraklion, Uebernachtungen/Frühstück, SSR-Reiseleiter.

Detailprogramme findest Du im SSR-Reisekatalog.

SSR-Reisen

Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn

Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.

Es ist weder schwarz, noch rot, noch grün und doch politisch. Es ist weder aktuell, noch informativ. Es baut auf, indem es niederreisst. Es ist wütend und gewaltlos. Es predigt Arbeit wo andere Liebe fordern. Es will Liebe, wo andere gleichberechtigen. Es legt sich quer, damit man stolpert und das Hirn geschüttelt wird. Es entsetzt Bürger, frustriert Freaks und langweilt Oekologen. Es passt in keine Scene und trotzdem existiert es seit 6 Jahren, das

ÖKOjournal

8mal jährlich über Oekologie, Alternativen, Kreativität und Mumm. Abo-Richtpreis: 30.- oder weniger oder mehr. Bei Oekojournal, CH-9128 Bächli. Tel. 071 56 11 49, oder Sprendlinger Landstr. 74, D-6050 Offenbach.

DISSERTATIONEN

druckt exzellent

von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format

bei Expl.	DM pro Seite
70	3.60
100	3.80
150	4.10
200	4.35
300	4.55

Frachtverbilligung Raster billigst!

Angebot anfordern

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Schnelldruckerei

Neuauflage – Neuauflage – Neuauflage

das konzept hilft verhüten

unerwünschte Schwangerschaften und, wenn es nicht mehr anders geht, unerwünschte Kinder. Soeben hat «das konzept» die Liste der Ärzte, die Verhütungsmittel liberal handhaben neu überarbeitet. Auch in das Merkblatt zum Schwangerschaftsabbruch haben wir wieder mehr Informationen zu Kliniken und Ärzten im In- und Ausland aufgenommen, darunter auch Rückmeldungen von Frauen, die mit unserer Dienstleistung etwas anfangen konnten. Sie erhalten die Liste auf Anfrage gratis (bitte frankiertes Antwortcouvert beilegen!).

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien – Normal 20 Rp. – Verkleinerung 30 Rp.
– mit Legi 15 Rp. – mit Legi 25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)

	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

Reinschriften / Dissertationsdruck

Sprachkurse in England
für Studenten, die wirklich Englisch lernen wollen:
O.I.S.E.
OXFORD INTENSIVE SCHOOL OF ENGLISH
Sekretariat: 4147 Aesch BL
Lerchenstr. 14, ☎ (061) 78 24 53

Sofort zugreifen:

MOJON'S ARMY-SHOP

U.S.-ARMY-Schlafsack

Fabrikneu, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. **Nie mehr kalt haben.** Ideal für Übernachtungen im Freien. 3,5 kg schwer, 230 cm lang. Spitzenprodukt zu Schlagerpreis:

Brutto **89 Fr.**

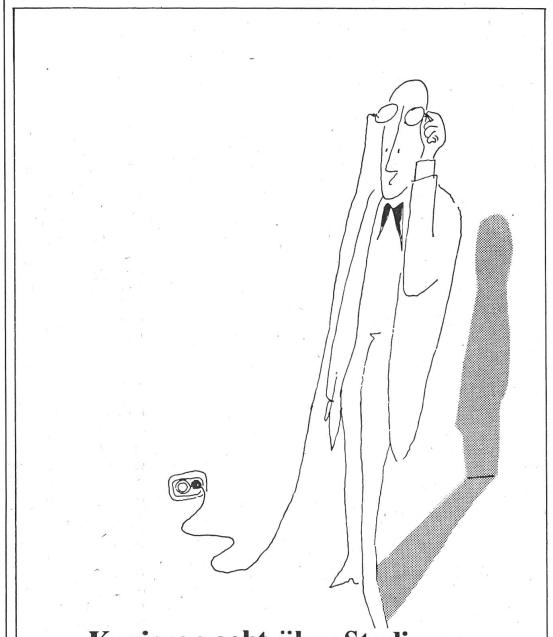
zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Traghülle dazu (fakultativ): 7 Fr. Sofortversand mit Einzahlungsschein. Rückgaberecht.
Studentenrabatt: 5%; ab 100 Fr. 10%.
Bestellen oder Prospekt anfordern.

NICOLAS MOJON & CO. AG
Bethlehemstr. 114, 3018 Bern
Tel. ☎ (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir im Schlafsacksektor über

20 erprobte Modelle

in allen Preislagen. Ob für Sommer oder Arktis, bei uns finden Sie das Richtige! Ausführliche Tabelle anfordern.



Kopieren geht über Studieren

..... Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihn schonen
speziell bei Dissertationen.

Copy Quick

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 ● 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 34 39 39 ● 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 ● 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 ● 3011 Bern, Bahnhofplatz 10 B, Tel. 031 22 22 20 ● 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44

Jugendhaus Winterthur
Steinberggasse 31
8400 Winterthur
Telefon (052) 22 12 87

Wir (zwei Frauen, ein Mann) suchen auf 2. Mai 79 einen jungen

Mitarbeiter

für diesen Jugendtreffpunkt mit Café- und Discobetrieb, Veranstaltungen, Möglichkeiten für handwerkliches und musisches Gestalten, Gespräche, 1001 Aktivitäten und Kontakte zur Öffentlichkeit.

Wir stellen uns vor, dass Du
- Freude hast, mit Jugendlichen Ihre Freizeit zu verbringen
- über handwerkliche Praxis verfügst und/oder mit Theater oder Musik zu tun hast
- Wert auf Teamarbeit legst
- Auseinandersetzung wünschst über unsere Arbeit und die sozialen Zusammenhänge

Wir würden uns freuen, wenn Du bei uns vorbeikommen würdest oder Dich telefonisch melden könntest.

Schriftliche Bewerbungen mit Unterlagen an:
André Rioult, Präsident des Trägervereins
Römerstr. 18, 8400 Winterthur

Büchergilde

Das Buch des Monats C. A. Loosli:
Die Schattmattbauern

318 Seiten, 15.90 Fr. **Vorwort:** *Jakob Bührer*

1932 – ein paar Jahre vor Friedrich Glausers «Wachtmeister Studer» – hat C. A. Loosli diesen Bauernkrimi geschrieben und damit eine neue Gattung in die Schweizer Literatur eingebracht. Loosli erzählt die Geschichte eines jungen Emmentaler Bauern, der zu Unrecht eines Mordes beschuldigt und in Untersuchungshaft genommen wird. Der Angeklagte wird schliesslich – obwohl anfangs viele Gründe gegen ihn vorlagen – freigesprochen. Und bricht dann doch zusammen, nachher, endet im Irrenhaus: «Er hat seinen Glauben an alles, was ihm vorher, weil bestehend, als unantastbar und unverrückbar gegolten hatte, verloren.»

Die Büchergilde hat die «Schattmattbauern» bereits 1943 und ein zweites Mal 1976 in ihr Programm aufgenommen.

Bestellung an: **Büchergilde Gutenberg,** Kanzleistrasse 126, 8021 Zürich

..... **Ex. Loosli: Die Schattmattbauern**
(Best. Nr. 12019, 15.90 Fr.

Name und Adresse unten auf Zeitungsrand:

Berufsskandale an den Hochschulen

Die Herren blieben gern unter sich

Von Martin Graf, VSS

Der «Fall Saner» hat weit über die Uni Bern hinaus Aufsehen erregt. Das Verfahren zur Wahl von Professoren an unseren Universitäten widerspricht allen demokratischen und wissenschaftlichen Erfordernissen. Die Nichtwahl des qualifiziertesten Bewerbers für den zweiten Berner Philosophie-Lehrstuhl ist kein Einzelfall. Grundsätzliche Reformen tun not – nicht nur in Bern.

Professoren sitzen zwar in der Regel nicht unmittelbar an den Schaltstellen der politischen und wirtschaftlichen Macht. Bührle-Verwaltungsrat und Zürcher Ökonomieprofessor *Rühli* oder ein

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18
Vorstand: Martin Graf, Laurent Duvanel, Ruedi Spöndlin

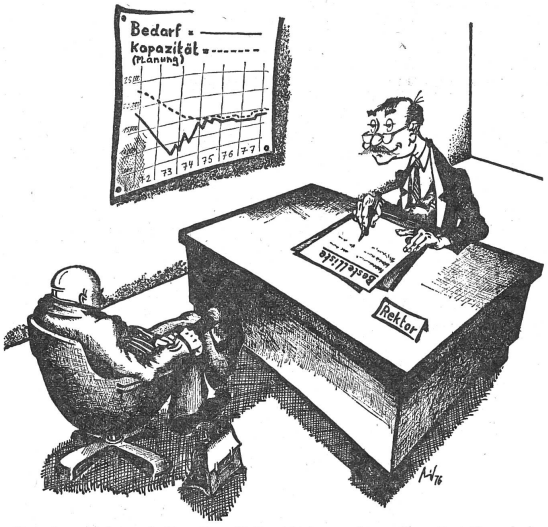
Nationalrat vom Format eines *Walther Hofer* bilden da eher Ausnahmen. Dennoch: Diejenigen politischen Kräfte, die den grössten Teil des Lehrkörpers unserer Universitäten auf ihrer Seite wissen, haben eine der wichtigsten gesellschaftlichen Machtpositionen in ihrer Hand. Professorale Gutachten lenken den Gang der Politik aus dem Hintergrund heraus oft wirksamer als im Rampenlicht stehende Politiker. Naturwissenschafter und Ökonomen erarbeiten wichtige Grundlagen für das Gedeihen der Wirtschaft – nach welchen Kriterien, zu wessen Nutzen? Juristen und Geisteswissenschafter besorgen mehr oder weniger bewusst die Reproduktion der vorherrschenden Ideologien; was seinen konkretesten Ausdruck in der universitären Ausbildung eines grossen Teils der Lehrer findet, die ihrerseits mehr oder weniger bewusst (meist weniger . . .) die bürgerliche Denkungsart weiter Bevölkerungsschichten zu verewigen haben.

Feudalismus an der Uni

So erklärt sich leicht die Hartnäckigkeit, mit welcher in den letzten Jahren mehrheitlich bürgerlich ausgerichtete Fakultätskollegien diese Machtpositionen gegen andersdenkende Wissenschafter verteidigten – notfalls auch wider alle wissenschaftlichen Argumente und entgegen den Bedürfnissen der Hauptbetroffenen, der Studenten. Dieses Sich-Abschliessen gegen alles Neue wird noch gefördert durch nahezu feudalistisch anmutende Universitätsstrukturen.

Die *Fakultätskollegien* stellen eine Art *Zünfte von Privilegierten* dar, deren gemeinsames Interesse mehr der Erhalt eben dieser Privilegien ist als das Bestreben nach Wissenschaftlichkeit und einigermassen effizienter Verwaltung. Eifersüchtig wahrt man seine Sonderinteressen gegen diejenigen anderer Hochschulstände, anderer Fakultäten, aber auch gegen Eingriffe politisch übergeordneter Behörden. Wichtiger Faktor bei Berufungen wird so der Wille, *unter sich zu bleiben:* Auf freiwerdende Lehrstühle werden alte Freunde und Bekannte nachgezogen, potentielle Störenfriede aber ferngehalten. Das demokratische Prinzip der Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen hat dort nichts zu suchen, wo man sich der Öffentlichkeit gegenüber gar nicht verantwortlich fühlt und überdies offenkundig einiges zu verbergen hat; wo persönliche Intrigen und Winkelzüge naturgemäss den Gang der Dinge mehr prägen als rationale, demokratische und/oder wissenschaftliche Kriterien der Entscheidfindung.

Dieses trübe Bild lässt sich leicht durch den Verlauf zahlreicher Berufungsverfahren der letzten Jahre belegen.



Sie müssen sich entscheiden, Herr Kollege! Nehmen wir nun Ihren Parteifreund, den Verbindungsbruder oder den Vertrauensarzt Ihrer Frau?

Von Obersten und kritischen Pfarrern . . .

1974 erhielt Oberst im Generalstab und Redaktor der ASMZ («Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift») *Schaufelberger* nach langem Hin und Her in Zürich endlich eine ausserordentliche Professur «für Allgemeine und Schweizer Kriegsgeschichte». Dies trotz Personalknappheit und offenkundigem Desinteresse der Studenten, die lieber die wohl historisch relevanteren Teilgebiete allgemeine Zeitgeschichte, Sozialgeschichte und Geschichtsmethodologie ausgebaut hätten. In der Berufungskommission sassen neben zwei Geschichtsprofessoren die *fachfremden Obersten Sonderegger* (Germanist) und *Hilty* (Romanist). Auch die einflussreiche *Zürcher Offiziersgesellschaft* bekundete plötzlich lebhaftes Interesse an universitären Belangen . . .

Der «Fall Schaufelberger» ist besonders beispielhaft im Hinblick auf das professorale Verständnis von studentischer Mitbestimmung. In der Seminarkonferenz des Historischen Instituts bestand nämlich eine drittelsparitätische Mitbestimmung, die allerdings nicht auf irgendeiner gesetzlichen Grundlage, sondern nur auf der Bereitschaft aller Beteiligten zur Mitarbeit beruhte. Seminardirektor *Peyer* konnte sich so bei der Auseinandersetzung um Schaufelberger ohne weiteres über die gegen diese absurde Professur eingestellte Seminarkonferenz hinwegsetzen. «Die Professoren kündigen ihre Loyalität immer dann auf, wenn demokratisch zustande gekommene SK-Beschlüsse ihre Interessen gefährden» (Communiqué der Historiker-Fachschaft).

Seit Sommer 1977 war das *Publizistische Seminar der Universität Zürich* («NZZ»: «Das publizistische Seminar war eine Zeitlang eine Zelle der Kontestation») ohne Leiter. Die Berufungskommission war so ehrlich, in einem Brief an den renommierten linksliberalen Bewerber *Harry Pross* aus Berlin gleich schriftlich zuzugeben, dass er aufgrund «ausserfachlicher Gründe» nicht in Frage komme. Es seien «Schwierigkeiten in der Fakultät zu befürchten . . .» Das Berufungsverfahren brachte später das seltene Ergebnis, dass sich die Regierung über den Antrag der Fakultät hinwegsetzte und das Zürcher Eigenprodukt *Ulrich Saxer* dem offenkundig qualifizierteren Münchner Professor Wolfgang Langenbucher vorzog; dies, obwohl das wissenschaftliche Gutachten über Saxer zum verheerenden Schluss gekommen war: «Seine Bemühungen lassen noch kaum einen Durchbruch zu eigenständiger Leistung erkennen . . .»

Ähnlich Revolutionäres geschah in Bern, als der Regierungsrat entgegen dem Antrag der Theologischen Fakultät den kritisch engagierten Pfarrer und Schriftsteller Kurt Marti abwies.

Altphilologen: vielseitig verwendbar

Noch ein Wort zu Ulrich Saxer: Der nun wohlbestallte Publizistikprofessor hatte seine wissenschaftlichen Sporen gar nicht in diesem Fach abverdient; er war eigentlich Germanist. Noch weniger mit seiner 1974 in Bern errungenen professoralen Würde zu tun hatte die Ausbildung des *«Soziologen» Walter Rüegg:* er war ursprünglich Altphilologe. Mehr ins Gewicht als diese wissenschaftliche Qualifikation fiel aber offensichtlich die Tatsache, dass sich Rüegg in den wüsten 68er Jahren in Frankfurt als *Law-and-Order-Rektor* bewährt hatte. Auch das Soziologische Institut in Bern war nämlich einmal so eine «Zelle der Kontestation», früher sogar recht renommiert dank Namen wie Jäggi und Atteslander (alle emigriert . . .). Rüegg brachte das Institut wieder zur (Friedhofs-)Ruhe – wozu er auf die Mithilfe juraerprobter Berner Polizeigrenadiere nicht verzichten konnte.

Vom Altphilologen Rüegg zu einem anderen Altphilologen: *Dr. Andreas Graeser,* nun seines Zeichens Ordinarius für Philosophie an der Universität Bern. Die Berufungskommssion hatte ihn zwar, da er bis anhin nur im Gebiet der antiken Philosophie gearbeitet hatte und dem aufgestellten Anforderungsprofil in keiner Weise genügte, an die letzte Stelle der Berufungsliste gesetzt; an erster Stelle stand *Hans Saner,* der sich sowohl als Kant-Forscher und Jaspers-Nachlassverwalter wie auch durch seine philosophische Auseinandersetzung mit tagespolitischen Problemen einen Namen gemacht hatte. Das Fakultätskollegium stiess aber, nachdem es die Studentenvertreter hinauskomplimentiert hatte, die Reihenfolge um und setzte Graeser an die erste, Saner an die letzte Stelle. Der Regierungsrat bestätigte die Wahl Anfang Januar 1979.

Fakultät in der Isolation – Studenten in der Offensive

Es scheint, dass nicht, wie in all den anderen Berufungsskandalen, über den «Fall Saner» zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Die *öffentliche Meinung* ist nachhaltig auf die herrschenden Missstände aufmerksam gemacht worden (ein seltener Erfolg studentischer Öffentlichkeitsarbeit!). Alle grossen Zeitungen (abgesehen natürlich von der «NZZ») haben eindeutig auf seiten der Studenten Stellung genommen, vom Berner «Bund» bis zu einem Oskar Reck in der «Weltwoche». Wohl wichtiger noch: Dieser einzelne Berufungsskandal hat zu einer lange nicht mehr gesehenen *Mobilisierung der Studenten* geführt. An einer vor allem aus diesem Anlass einberufenen Generalversammlung der Studentenschaft platzte die Aula aus allen Nähten; verschiedene weitere Aktivitäten werden vorbereitet. Nicht nur *Linksaussen-Parteien,* sondern auch die sonst recht brave *Berner SP* verurteilte den Entscheid von Fakultät und Regierung.

Doch Empörung allein bringt uns nicht weiter. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch den «Fall Saner» muss weiterführen zu konkreten Reformvorschlägen. Nach der Generalversammlung der Studentenschaft wurde von vielen Studenten aus verschiedenen Fachbereichen die Gründung eines *Basiskomitees gegen Verschulung und undemokratische Berufungsverfahren* beschlossen.

Innerhalb des Komitees will eine «Initiativgruppe» – gestützt auf einen 74er VSS-«Entwurf für ein neues bernisches Universitätsgesetz» – die Möglichkeit für die Lancierung einer Volksinitiative betreffend Totalrevision des Universitätsgesetzes prüfen.

Zwei mögliche Reformen schlägt die SP-Grossrätin Marie Böhlen in einer kürzlich im Berner Grossen Rat eingereichten Motion vor:

Am Beispiel «Saner»

Der «Fall Saner» zeigt alle Symptome des herrschenden Berufungsverfahrens in seltener Klarheit auf: den Vorrang politischer vor wissenschaftlichen Kriterien, das Kooptationsprinzip der Wahl persönlicher Bekannter, die Angst vor einem transparenten Wahlverfahren, Intrigen und Verleumdungskampagnen der schlimmsten Art. Die Details können in einer ausführlichen Dokumentation der Philosophen-Fachschaft, erhältlich auf dem Büro der Studentenschaft Bern (Erlachstrasse 9, 3012 Bern), nachgelesen werden.

- Der Wahlvorschlag an die Regierung muss durch *fachlich kompetente Kreise* erfolgen. Wenn Prähistoriker über Romanisten und Anglisten über Historiker urteilen sollen, wird offenkundig, dass sogenannte «ausserfachliche» Kriterien eine erhebliche Rolle bei der Formulierung des Wahlvorschlags spielen müssen. Das bedeutet konkret, dass Berufungsverfahren aus der Kompetenz der Fakultät ausgegliedert und neu zu schaffenden Gremien, die verwandte Fächer repräsentieren, übergeben werden sollen.
- Wohl noch wichtiger ist die Forderung nach *vermehrter Transparenz der Berufungsverfahren.* Durch geeignete Massnahmen muss erreicht werden, dass die Verantwortlichen in jeder Phase des Verfahrens ihre Argumentationen offen darlegen müssen und somit überhaupt erst zur Rechenschaft gezogen werden können. Viel geholfen wäre in dieser Hinsicht bereits, wenn in jeder Phase des Verfahrens studentischen Vertretern zumindest das Mitspracherecht garantiert wäre. An der Universität Bern gibt es zwar im Gegensatz zu Zürich teilweise ein solches Mitspracherecht; solange dieses jedoch nur auf professoraler Gnade beruht und die Studentenvertreter in «heiklen Fällen» nach Belieben ausgeschlossen werden können, hat diese Mitsprache nur reine Alibifunktion.

Es versteht sich von selbst, dass diese Forderungen nicht nur durch isolierte studentische Gremienvertreter und auch nicht nur durch Vorstösse auf parlamentarischer Ebene erhoben werden können. Den nötigen Druck verleihen wir diesen Forderungen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und breite Mobilisierung der betroffenen Studenten. Bereits die Reaktionen auf die Philosophie-Affäre in Bern zum Beispiel dürften der Rechtsaussen-Clique in der Phil.-Hist. Fakultät Anlass zu grösserer Vorsicht in künftigen Berufungsverfahren geben. Womit bereits ein kleiner Schritt voran getan wäre.

Bestellcoupon für das konzept – Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel	Preis	Porto + Verpack.	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972–78	8.50	–.70	9.20
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978	2.50	–.70	3.20
.....	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, gefalzt	3.50	–.70	4.20
	starkes Papier, (ab 5 Stück 3.–) ungefalzt in Rolle	3.50	2.—	5.50
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, gefalzt	1.50	–.70	2.20
	A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.–) ungefalzt in Rolle	1.50	2.—	3.50
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»	1.—	–.40	1.40
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»	1.—	–.40	1.40
.....	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang	10.—	2.—	12.—
.....	Poster «Unser Strauss» ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
	(aus Nr. 1/78) gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» ungefalzt in Rolle	2.—	2.—	4.—
	(aus Nr. 4/78) gefalzt	2.—	–.40	2.40
.....	Mai-Zitig (zum 1. Mai 1978) «10 Jahre nach 68»	2.—	–.—	2.—
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)	1.—	–.40	1.40
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)	1.80	–.40	2.20
.....	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» (Okt 78)	1.—	–.40	1.40
.....	Adressliste der Alternativmedien	1.–	–.40	1.40
.....	Mai-Zitig 1979 (erscheint Ende April) (ab 20 Exemplaren halber Preis, Bestellung gilt nur bei Vorauseinzahlung)	2.–	–.40	2.40

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

Zahlungsmodus
☐ *Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
☐ *Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.
(*Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

Alles was Recht ist . . .

Hier schreiben unsere juristischen Mitarbeiter zu aktuellen Fragen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, über Macht und Machtlosigkeit, über den «freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat» und seine Auswüchse.

Kirchenaustritt

Wer Mitglied einer Landeskirche ist, bezahlt neben den ordentlichen Steuern auch noch die Kirchensteuern. Für viele Grund genug, aus der Kirche auszutreten. Wie geht man dabei vor? Brief an die Kirchgemeinde, der man bis anhin angehört hat: «. . . und teile ich Ihnen mit, dass ich mit Wirkung von heute an aus Ihrer Gemeinde austrete . . .» Bestätigung des Austritts verlangen! Nach der Praxis des Bundesgerichts ist es zulässig, wenn vom Austretenden verlangt wird, dass er nach Ablauf einer «Bedenkfrist» eine notariell beglaubigte Bestätigung seiner Erklärung abgeben muss. Diese Schikane wird zum Beispiel im Kanton Bern praktiziert; in Zürich geht's schmerzloser. Die Wirkung des Austritts tritt aber in jedem Fall schon von dem im ersten Schreiben genannten Datum an ein. Wer also seinen Austritt auf den 30. April erklärt, zahlt nur noch ein Drittel Kirchensteuer.

(BGE 104 Ia 79)

«Aber Herr Kollege, es ist doch paradox, wenn Linke Rechte beanspruchen.»

Konkubinat

Heiraten ist schön – Scheiden ist schon etwas schlimmer: Der schuldlose Ehegatte hat Anspruch auf Unterstützungsbeiträge von seinem Ex-Partner. Im Falle des Ehepaares X wurde der Ehemann zu monatlichen Zahlungen von 1000 Fr. verpflichtet. Als er erfuhr, dass seine Ehemalige mit einem andern Mann im Konkubinat lebte und den neuen Freund nur deshalb nicht heiratete, um weiterhin die Rente beziehen zu können (bei einer Heirat hört gemäss Art. 153 Abs. 1 Zivilgesetzbuch die Pflicht zur Bezahlung der Rente auf), ging Ehemann X vor die Gerichte – mit Erfolg: Das Bundesgericht befreite ihn von der Zahlungsverpflichtung. Es sei ein Verstoss gegen das Gebot von Treu und Glauben, wenn der rentenberechtigte Ehegatte nach der Scheidung eine neue Lebensgemeinschaft mit einem Angehörigen des anderen Geschlechts bilde, mit diesem aber nicht die Ehe eingehe, um der gesetzlichen Folge des Rentenverlusts (ZGB 153; vgl. oben) auszuweichen. Das Konkubinat ist zivilrechtlich nirgends aufgeführt oder gar anerkannt. Das zitierte Urteil bringt eine faktische Anerkennung dieser Ur-Art des Zusammenlebens – eine Anerkennung mit erfreulichen Folgen für den Ehemann X. Über das rechtliche Schicksal des Konkubinats ist damit noch nichts entschieden. Es wird weiterhin geheiratet und geschieden werden. Beim Abschluss einer Scheidungskonvention bleibt zu bedenken, ob nicht eine Klausel aufgenommen werden soll, die die Leistungspflicht entfallen lässt, sobald der Rentenempfänger mit einem neuen Partner im Konkubinat lebt. *(BGE 104 II 154)*

Todesstrafe

Artikel 65 Absatz 1 der Bundesverfassung (BV) lautet: «Wegen politischer Vergehen darf kein Todesurteil gefällt werden.» Also folgt: Vergehen nichtpolitischer Art dürfen mit der Todesstrafe sanktioniert werden. Was die Verfassung formell erlaubt, versuchen Politiker wie etwa NA-Nationalrat Oehen oder K. Flubacher (FDP) durch eine Änderung des Strafgesetzbuches tatsächlich zu erreichen. Argumentiert wird meist mit der abschreckenden Wirkung, die eine solche Gesetzesänderung auf die «Verbrecher» ausübte. Ganz abgesehen von der Mordlust biederer Politiker bleibt eine wichtige Frage: Was ist wohl für einen Straftäter abschreckender, die Aussicht, in schweizerischen Gefängnissen eine Strafe absitzen zu müssen, oder der Tod?

Absatz 2 von Artikel 65 BV lautet: «Körperliche Strafen sind untersagt.» Also folgt: Andere als körperliche Strafen sind nicht untersagt. Oder: Sichtblenden, Dunkelarrest, Einzelhaft usw. sind erlaubt. Es lebe der verfassungsmässige Strafvollzug!

(Amnesty International führt seit Ende 1977 eine weltweite Kampagne zur Abschaffung der Todesstrafe. Diese muss also auch die Schweiz umfassen!)

*Interview mit Dr. h. c. Teesahler**

«Spiele des Friedens»

von Robert Wunderli

Seethaler Festspielnachlese: Die nichtzuschauende stille Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hätte sich ja auch zusammenschliessen können. Wie ein solcher Wehrvorführungsgegnerverband aussähe, schildert Robert Wunderli in einem Interview mit dem Verbandspräsidenten Dr. h. c. Teesahler.

Herr Teesahler, wann wurde der Verband Schweizerischer Wehrvorführungsgegner VSWG gegründet, und wie viele Mitglieder hat er zurzeit?

Teesahler: Wir haben den VSWG am 18. März 1979, einen Tag nach der Wehrvorführung in Zürich, aus der Taufe gehoben. Wir sind weitaus der jüngste, aber auch bereits der absolut grösste Verband, den es in der Schweiz je gegeben hat. Genaue Zahlen liegen zwar noch nicht vor. Folgende Milchmädchenrechnung dürfte jedoch von der Realität eher noch übertroffen werden: rund 400 000 Personen haben die Wehrvorführungen gesehen. Etwa 100 000 Personen kamen aus Protest nicht, weil ihnen die Wehrvorführung entweder zu bescheiden oder zu operettenhaft erschien. Diese Kategorie (darunter viel hohes Militär) befürwortet nur ganz ernsthafte Lektionen. Rechnen wir vorsichtshalber weitere 100 000 Personen dazu, die umständehalber die Vorführungen nicht sehen konnten, so ergibt das zusammen eine potentielle Beteiligung von 600 000 Personen. Gemessen an der schweizerischen Gesamteinwohnerzahl von über 6 Millionen ergibt dies eine Beteiligungsquote von nicht einmal ganz 10 Prozent! Mit anderen Worten: *über 90 Prozent (!) sind also gegen Wehrvorführungen* im besonderen und gegen militärische Rüstung im allgemeinen und wurden somit gemäss Statuten automatisch zu Mitgliedern des VSWG.

Wir bringen das Gespräch ausnahmsweise als Exklusiv-Vorabdruck. Stattfinden wird es in absehbarer Zeit nicht.

Wie erklären Sie sich ein solch phänomenales Ergebnis?

Der Erfolg beruht auf nichts anderem als auf dem *gesunden Verstand von 90 Prozent aller Schweizer.* Wir sagen uns: strategisches Denken – wie es beispielsweise Herr Blocher und Herr Seethaler vertreten – gibt es in jedem Land, das eine Armee hat. Wenn es in der Welt 200 Armeen gibt, so hören wir 200mal täglich dasselbe: wir greifen niemanden an, aber wir *könnten* jederzeit angegriffen werden. Und wenn sie die Budgets beraten, so hören wir Jahr für Jahr, 200mal: wir müssen unsere Armee verstärken, bevor uns der Nachbar zuvorkommt . . . Diesen tödlichen Teufelskreis endlich einmal zu durchbrechen ist das Ziel des VSWG, also von rund 5,5 Millionen Schweizern.

Das leuchtet eigentlich auf Anhieb ein, aber trotzdem: Ihre Argumente erscheinen mir ein bisschen allzu einfach. Eine solche Sache will gründlich überlegt sein . . . Wie sehen Sie denn die zukünftige Enwicklung?

Vorerst, wie gesagt, sind die Resultate genau zu ermitteln und zu analysieren. Für nächstes Jahr zeichnet sich bereits eine *Grossveranstaltung «Spiele des Friedens»* ab, wie dies kürzlich vom Präsidenten der VSWG-Sektion Zürich vorgeschlagen worden ist. Allerdings werden wir, in Erwartung von schätzungsweise 3,8 Millionen Teilnehmern, die Veranstaltungen auf die Allmenden und Stadien der Region Zürich verteilen müssen.

Haben Sie schon konkrete Pläne für die Friedensspiele?

Vom Eidgenössischen Luftamt haben wir bereits die provisorische Zusicherung zur Durchführung eines grossen *Papierdrachen-Flugmeetings.* Ausserdem haben wir die Mitwirkung der *Heilsarmee* zugesichert bekommen, die voraussichtlich den Ordnungsdienst übernehmen wird.

Noch eine letzte Frage: Können Sie Gewähr bieten, dass gegen die 10prozentige Minderheit der Armeebefürworter keine Repressalien ergriffen werden? Wir leben ja schliesslich in einer Demokratie.

Eben! Wir gehen deshalb davon aus, dass jede Minderheit bereits genügend gestraft ist, da sie in ihrer Entfaltungsmöglichkeit von vornherein sehr eingeschränkt ist. Wir halten den Armeeanhängern sämtliche Türen offen, sie sind jederzeit bei uns willkommen. Für die ganz Hartnäckigen wäre die Gründung eines Hilfsfonds denkbar, der den *kostenlosen Transfer* in ein Land ermöglichen würde, das sein Militär noch nicht abgeschafft hat. Sollten aber eines Tages selbst Länder wie die Sowjetunion, die USA, die DDR oder Israel ihre Armeen abschaffen, so könnten für diese Minderheiten auf Uno-Ebene sogenannte *Kriegsschauplatz-Reservate* geschaffen werden, wo sie ihrer Leidenschaft bis zur vollständigen gegenseitigen Ausrottung frönen dürften. Doch dies ist vorläufig noch Zukunftsmusik; einstweilen haben wir alle Hände voll zu tun mit dem Aufbau von nationalen Sektionen in Österreich, Italien, Frankreich und Jugoslawien. Mit weiteren Ländern wie England, Polen, der Tschechoslowakei und der BRD sind bereits Verhandlungen im Gange.

Foto: Klaus Rozsa

Ich will aber auch mitspielen!

* *Dr. Teesahler ist Präsident des neugegründeten Verbandes Schweizerischer Wehrvorführungs-Gegner VSWG*

Gewerkschafter gegen SPS für das Finanzpaket

Mit Lohnpromillen gekauft

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Hänni

Dicke Luft zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten: Der Föderativverband, Dachorganisation der «Öffentlichen», setzt im Abstimmungskampf um das exklusiv von den Bürgerlichen geschnürte Finanzpaket mindestens 50 000 Franken ein – und dies gegen die SPS.

Noch am 4. Dezember 1978 bekräftigte Nationalrat Werner Meier (SP/BE) mit seinen Fraktionskollegen: *«Keine Finanzvorlage ohne Bankenbesteuerung».* Am 15. Dezember war Meier, Präsident des Schweizerischen Eisenbahnerverbandes (SEV) und Präsident des Föderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe (FV), einziger Sozialdemokrat, der bei der Schlussabstimmung über Finanzminister Chevallaz' liebstes Kind durch Stimmenthaltung glänzte. Warum, so fragte man sich im Bundeshaus, war der Volksvertreter, der in Allmendingen auf einem gediegenen Landsitz wohnt, umgefallen?

Geschenke verpflichten

Insider wussten die Antwort: Chevallaz' clevere Beamten hatten den FV-Präsident gekauft. An einer Verhandlungssitzung vom 12. Dezember hatte der Bundesrat den von Meiers FV seit Jahren vergeblich geforderten Teuerungsausgleich bewilligt und *noch einige Promille Teuerungszulage dazu!* Drei Tage vor der alles entscheidenden Schlussabstimmung im Nationalrat verpflichtete sich der Vorsitzende der «Öffentlichen» dazu, die Feindschaft der bekämpften Finanzvorlage gegenüber aufzukündigen, ja noch mehr: diese mit *gewerkschaftlichen Geldmitteln* zu unterstützen.

Mit Mühe und Not konnte Meier im FV-Vorstand noch eine Teilniederlage beigebracht werden. VPOD-Sekretär Walter Renschler, dessen Gewerkschaft als FV-Mitglied das Finanzpaket bekämpft, konnte den Abstimmungskampfbetrag von 100 000 Franken (Meier) auf die Hälfte kürzen, was allerdings nicht ausschliesst, dass Meiers Hausverband, der SEV, und verwandte Gewerkschaften dieses Finanzmanko zugunsten kleinerer Löcher in der Bundeskasse aus internen Vorräten mehr als auffüllen werden.

Unterstützung auch beim SGB

Das hat es noch nie gegeben: Gewerkschaftsverbände bekämpfen in einer zentralen Frage die Sozialdemokratische Partei auch mit massiven Geldern, denen die SPS keine ebenbürtigen Mittel zum Kauf der öffentlichen Meinung entgegensetzen könnte.

Eifrig mit dabei ist denn auch ein Teil des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Dessen jüngster Sekretär, Beat Kappeler, hat sich dabei als Befürworter der bürgerlichen Finanzvorlage entpuppt. Kappeler, der bereits im letzten Jahr in einem Interview mit «dem konzept» auf die Frage nach seinem Funktionärssalär mit einem barschen «no comment» antwortete, betätigt sich bis zum Abstimmungssonntag vom 20. Juni als verkappter Reisender in Sachen Chevallaz. Inzwischen ist er aus taktischen Gründen auf die Parole «Stimmfreigabe» eingeschwenkt.

Fragwürdige Verbrüderung

Klar, dass gewisse Gewerkschaften nicht gegen eine Finanzvorlage angehen können, die ihren beamteten Mitgliedern auch in Zukunft einen (mehr oder weniger) gutbezahlten Arbeitsplatz sichert. Mittels Tausenden in *einer* Front mit «Volksvertretern» zu fechten, die weder Steuerhinterzieher antasten noch Reiche und Superreiche via Bankenbesteuerung etwas zur Kasse bitten wollen, ist aber doch ein starkes Stück. Bleibt nur die Gewissheit, dass das Schweizer Volk die ungerechte und auch von rechtsbürgerlicher Seite bekämpfte Mehrwertsteuervorlage, die eine Sanierung der Bundesfinanzen auf dem Bukkel der Niedrig- und Mittelverdiener vorsieht, ebenso wuchtig verwerfen wird wie die erste am 16. Juni 1977.

Auf Anfang 1980 soll das SRG-Programm «umstrukturiert» werden. Die Programmverantwortlichen rechnen unter anderem fest damit, dass der Bundesrat einer Ausdehnung der Fernsehreklame ins Abendprogramm zustimmt. Es wären dann fünf 5-Minuten-Blökke, der letzte um 21 Uhr, weil danach laut Statistik der Fernsehkonsum rapide abnimmt. Und die AG für Werbefernsehen lebt ja davon, dass die Werbeminuten rings um Sendungen mit hohen Einschaltquoten plaziert werden. Der neue Programmplan passt sich an: Von 20 bis 21 Uhr wird nur mehr Unterhaltendes gebracht. Die Verantwortlichen «oben» geben hiermit einmal offen zu, dass in der Schweiz Politik die Massen nicht zu fesseln vermag – und schon gar nicht bei guter Laune zu halten.

*

Wo Zeichnen in der Schule als Selektionsfach eingeführt wird, kriegt auch die Muse vom Notendruck ihre blauen Flecken ab. Die Lehrer «wehren» sich – wie ein Kollege aus der Unterstufe zu berichten weiss – auf ihre Weise, mit «Objektivität»: die unvermeidlichen perspektivisch verschachtelten Würfel und Prismen treten auf den Plan, «Strichführung und Genauigkeit beim Ausarbeiten» werden «vermehrt geübt». Vereinzelt gibt es noch die ganz gewöhnlichen kreativen Arbeiten, zum Beispiel Bilder zum Thema «Angst». Die geben aber mangels nachvollziehbarer Bewertungskriterien keine Noten.

*

Mit einem Schecksystem, das gegenwärtig in Bern erprobt wird, will die Migros-Bank auf Kundenfang gehen. Scheckhefte erhalten nur Inhaber von Migros-Bank-Konten, und die Schecks können in allen Migros-Läden in Bargeld umgewandelt werden. Der Kassiererin/dem Kassierer wird eine zusätzliche Arbeit, die des Bankschalterangestellten, übertragen. Wer seine Schecks verflüssigt, kauft oft auch in der Migros ein und bringt sein Geld auch eher auf die Migros-Bank, wodurch der Mammut-Konzern seinen Eigenfinanzierungsgrad erhöhen kann – noch mehr Geld arbeitet ausschliesslich für die Migros. Für wen den sonst?

Zum Verhältnis von Politik und Kunst

Max Frisch: Kunst als freier Ausdruck tiefen Unbehagens

Mit Beiträgen von Jürg Weibel und Niklaus Meienberg* ist «das konzept» schon der Frage nachgegangen, welches das Verhältnis von Literatur – Kunst – zur Politik sei. Es galt, die Indienstnahme der Kunst durch die Politiker in Frage zu stellen: denn insbesondere von sozialistischer Seite wurde immer wieder ein direkter Beitrag der Kunst zur Veränderung der Gesellschaft gefordert. In einem Interview mit «Le Monde» ging Max Frisch auch auf diese Problematik ein. Wir drucken die entsprechende Passage.

Weshalb schreiben Sie?

Max Frisch: Ich glaube, die Frage stellt sich nie auf diese Weise, wenigstens nicht zu Beginn. Ich erinnere mich beispielsweise an Gedichte von Mörike oder an Stücke von Ibsen, die ich mit fünfzehn Jahren gelesen habe. Ich habe sie nicht verstanden, aber ich habe Lust gehabt, etwas in der Art zu machen, ohne Absicht; um des Vergnügens willen, Figuren zu schaffen, so wie man in den Schnee zeichnet, spielerisch, allein die Phantasie freizusetzen. Auch haben wir schon sehr früh die Erfahrung gemacht, wie vergänglich alles ist: Mit dem Schreiben möchte man die Zeit anhalten, indem man eine Person oder einen Ort «für immer» beschreibt. Ich glaube, man möchte auch zeigen, wovor man sich fürchtet; man muss den Teufel an die Wand malen, wie man sagt. Um ihn zu erkennen oder sich seiner zu entledigen.

Das Gespräch mit Max Frisch führte Franck Jotterand für «Le Monde».

Verknüpft mit dem Wunsch zu schreiben ist auch das Bedürfnis, sich selbst zu erkennen, indem man sich selbst darstellt, ein autistisches Element. Schliesslich kommt das Unerwartete: das Publikum. Der Schriftsteller bemerkt, dass er mit dem Problem das zu beschreiben er veranlasst war, nicht alleine ist. Sein Buch löst es nicht, aber es stellt eine Kommunikation her. Manchmal erschrickt man vor dieser neuen Verantwortung gegenüber dem Andern.

Ich möchte betonen: Der Antrieb zum Schreiben, diese Freude am Spiel, schliesst nicht das Bewusstsein unserer Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen aus. Aber es ist nicht wahr, dass man aus einem Gefühl der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft heraus zum Schriftsteller wird.

Ich spreche natürlich als Schriftsteller einer westlichen Demokratie, wo der Roman und die Poesie nicht die zusätzliche Aufgabe haben, gefährliche Informationen zu liefern, die anders unmöglich zu verarbeiten wären. Die internationale Oligarchie wartet nicht auf unsere Schriften, um sich bekehren zu lassen. Aber wenn die Kunst schon nicht eine Gegenmacht ist, so kann sie doch eine Gegen-Position zur Macht bilden. Nehmen wir ein Beispiel: General Franco hat vierzig Jahre lang geherrscht, ohne dass ihn «Guernica», das Bild von Picasso, daran hätte hindern können. Franco ist tot, das Bild ist immer noch da, und es hat nichts von seinem Zeugniswert, von seiner Vehemenz verloren.

Die Versuchung ist gross, und viele von uns sind ihr erlegen: die Versuchung, uns einer direkt-politischen Literatur zu widmen, um unsere Existenz als Schriftsteller zu rechtfertigen. Beckett ist ein grosser Dichter, auch wenn er sich in seinem Werk nicht in einer direkten Weise politisch ausdrückt. Auch Brecht, obwohl er dies tut, ist ein grosser Dichter.

Haben Sie nie einer Partei angehört?

Ich verachte die Parteien natürlich nicht. Ich glaube, dass gewisse politische Ziele nicht ohne sie erreicht werden können. Aber sie brauchen Sympathisanten, die sie kritisieren, um sie wachzuhalten. An einem kürzlich abgehaltenen Kongress der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands habe ich gewisse Dinge gesagt, die Willy Brandt sicherlich dachte, die er aber von seiner Partei aus nicht aussprechen konnte.

Ich weiss: Was ich hier in Kürze skizziere, kann als ein Rückzug in den Elfenbeinturm missverstanden werden. Die Poesie ist individuelles Brechen zur Spontaneität. Wie jede Kunst, die sich ernst nimmt, stellt sie unser ideologisiertes Bewusstsein in Frage. Sie fragt, sie gibt keine Antworten.

Sie glauben also nicht, dass die Kunst zur Schaffung einer besseren Gesellschaft beitragen kann?

Nicht in der Weise, wie man das von ihr glaubt. Ich möchte eher sagen, dass die Kunst das aufrechterhält, was über die Vorschläge der Politiker hinausgreift: die Utopie. Wenn zum Beispiel ein Roman den Todeskampf eines jungen Menschen, die Zerstörung einer Ehe oder die allgemeine Misere der entfremdeten Arbeit beschreibt, lauter Sachen, die leider alltäglich sind, so lässt er von einer Welt träumen, wo der Tod nicht existiert, die Liebe ewig währt und soziale Gerechtigkeit herrscht. Wie dahin gelangen? Dies zeigt die Kunst nicht, aber sie ist da, als freier Ausdruck tiefen Unbehagens und eines Verlangens.

(Aus dem Französischen ins Deutsche übertragen von J.-M. Gaillard, von Max Frisch durchgesehen.)

* In den Nrn. 6/78 und 10/78. Die Beiträge bilden Grundlage für die im Rahmen der Solothurner Literaturtage (25.–27. Mai) stattfindende Diskussion dieser Problematik (mit Dürrenmatt, Kroez, Meienberg, Muschg, Orelli, Velan, Vogt).

«St. Galler Tagblatt» wies auch Inserat zurück

Der Schah und seine Freunde

Im freisinnigen «St.Galler Tagblatt» weht ein scharfer Wind aus Westen: Strenge Zensur wird nicht nur bei Leserbriefen geübt, sondern auch im Inseratenwesen. Folgender Text des fleissigen Leserbrief-Schreibers Adrian Ruckstuhl aus Schocherswil wurde von beiden zuständigen Stellen abgewiesen – einer Begründung enthielten sich die Jünger von Zollikofers Gnaden:

Der Schah herrscht nicht mehr in Iran. Verschiedenes kam ans Licht. Z.B. die Folterkeller des sauberen Herrn. Es waren also keine Schauergeschichten, dass in Persien Menschen verschwanden und (zu Tode) gefoltert wurden. Der Schah übte einen grausamen Terror aus, liess Terror ausüben. Und man liess ihn gewähren. Nicht nur gewähren, man unterstützte ihn gar. Auch bei uns. Man nahm und nimmt ihn immer noch sogar in Schutz, gegen die bösen ‹Unterstellungen› von ‹Links›.

Nun erwarte ich, nachdem das alles klar ist, dass sich u.a. Herr E. Cincera, Herr Eibel, Herr Farner, Herr R. Schatz, Herr Kurt Huber, Herr Jean Forster usw. vom Schah distanzieren. Vorher haben sie ihn, den Oberterroristen, zumindest geistig unterstützt.

Oder darf ich diese Herren etwa als Sympathisanten des Terroristen Pahlewi bezeichnen? Gerade diese Herren sind ja schnell mit dem Begriff ‹Sympathisant› zur Hand. Allerdings ‹Sympathisant› von Terroristen, die als Häufchen Verzweifelter keine Macht hatten im Vergleich zum Terror des Herrn Pahlewi über ein ganzes Volk. Diese vorhin aufgezählten Herren sind nun also Sympathisanten eines Terroristen, der Hunderte umbringen und foltern liess, wie sie auch Sympathisanten des Terroristen Pinochet in Chile sind.

Warum werden diese Herren saubern Sympathisanten nicht geächtet, nicht mit Berufsverbot belegt?» Ja, warum wohl?

mai zitig 79

Auch dieses Jahr wieder geben der «zeitdienst» und «das konzept» gemeinsam die «MAI-ZITIG» heraus, die handliche Zeitung zum 1. Mai, die man schon an den Demonstrationen lesen kann und die hoffentlich Stoff für weitere politische Diskussionen und Aktionen hergibt. Aus dem Anlass der *Bankeninitiative* der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist die Nummer vor allem Banken- und wirtschaftlichen Problemen gewidmet. Aus dem Inhalt: Die Entwicklung der SP von einer kapitalfreundlichen zur wirtschaftskritischen Partei. Steuerhinterziehung, der (im Mai beginnende) «Chiasso-Prozess», Frauen in der Wirtschaft: eine kommentierte Bildgeschichte. Umschlag-Innenseiten-Poster von Mario Grasso und viel anderes, was zu einer MAI-ZITIG gehört.

Die MAI-ZITIG 1979 wird zusätzlich zu den normalen «konzept»-Nummern produziert und kostet 2 Fr. Sie wird gegen Ende April erscheinen und den Bestellern sofort zugesandt.

Achtung! Wiederverkäufer zahlen beim Bezug von 20 und mehr Exemplaren nur 1 Fr. pro Ex.

Bestellt jetzt schon, damit die MAI-ZITIG möglichst viele Leser findet.

Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Name, Vorname:

Strasse, Nr.:

PLZ, Ort:

bestellt Ex. der MAI-ZITIG 1979

Banknoten oder Briefmarken beilegen oder Einzahlung auf PC 80–37626, «das konzept», Zürich.

Vermerk: MAI-ZITIG.

(übrigens: «10 Jahre nach 68», unsere letztjährige MAI-ZITIG, ist noch immer gegen 2 Fr in Briefmarken erhältlich.)